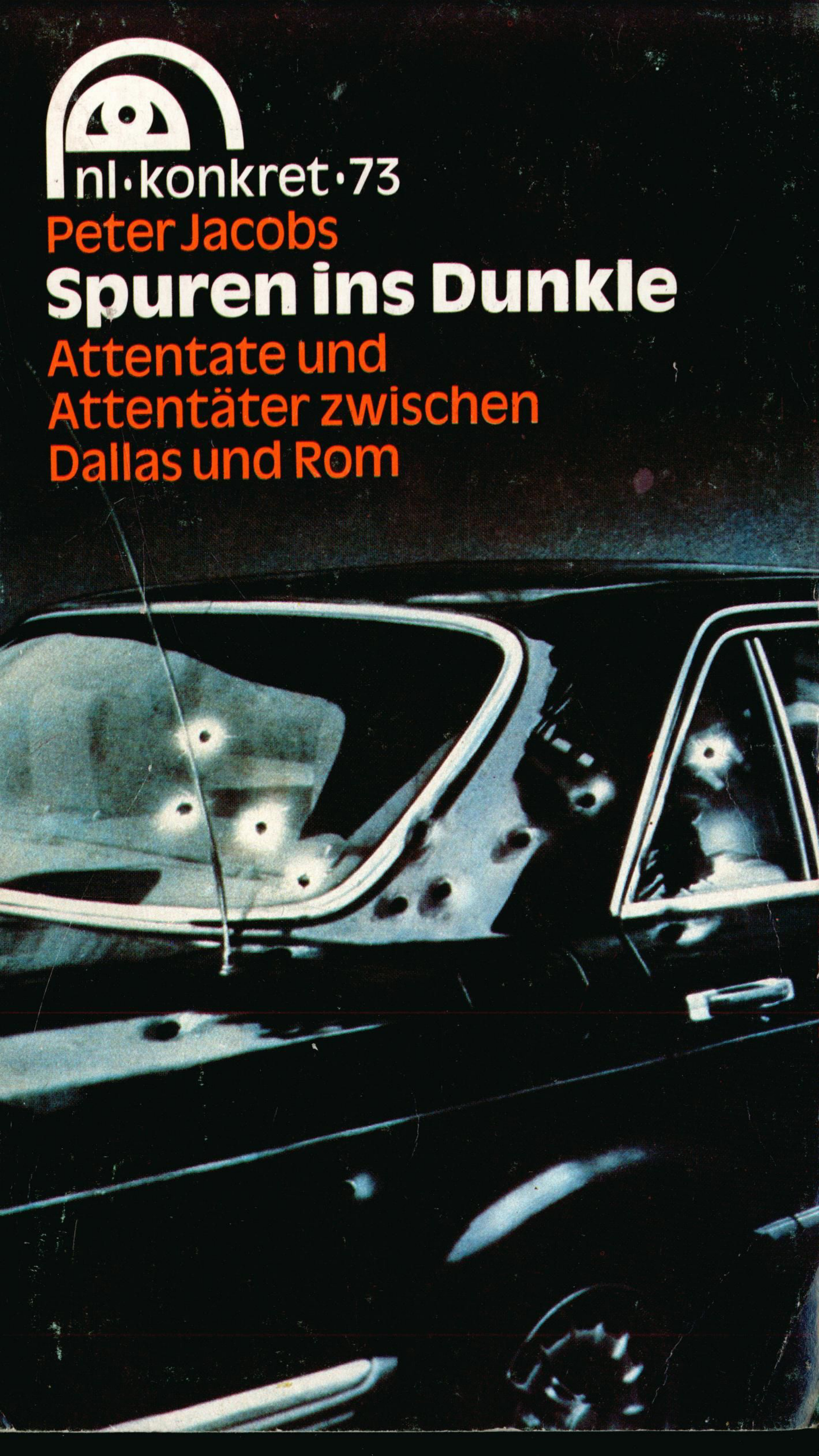

nl·konkret·73
Peter Jacobs
Spuren ins Dunkle
Attentate und
Attentäter zwischen
Dallas und Rom



Über den Autor

Stationen

Geboren 1938. Studium der Journalistik in Leipzig. Redakteur für Außenpolitik (seit 1961 bei der „Berliner Zeitung", seit 1975 bei der „Neuen Berliner Illustrierten"). Reportagereisen führten Peter Jacobs unter anderem in die BRD, nach Italien, Bulgarien, Vietnam, Indien, Libanon, Ägypten, Mexiko, Kolumbien und Peru.

Publikationen

Reportagebücher: „Bengalisches Feuer" (1973), „Transit Santiago" (1975), „Als die Muchachos kamen" (1982); Bildbände (alle gemeinsam mit dem Fotografen Thomas Billhardt): „Hanoi am Tage vor dem Frieden" (1973), „Noch steht der Schiefe Turm ..." (1976), „Die Drushba-Trasse" (1978), „Italien mit und ohne Belcanto" (1981), „Wo liegt Palästina?" (1984).
Kinderbücher: „Troy" (1978), „Carlo" (1981), „Rafaela" (1983).
In der Reihe nl · konkret erschienen „Weil ich Jane Fonda bin" (Band 25) und „Auf dem Regenbogen reitet der Tod" (Band 44).

nl · konkret 73

Können Attentäter „Geschichte machen"? Sie fühlen sich gemeinhin als Rächer oder Märtyrer, handeln aus Fanatismus, Verschwörergehorsam oder Gewinnsucht. Die Kopfgeldjäger von heute sind in der Regel Werkzeuge des politischen Gangstertums, Fußsoldaten imperialistischer Geheimdienste oder solcher Mordsyndikate wie der Mafia, der türkischen Grauen Wölfe und der lateinamerikanischen Todesschwadronen. Dieses Buch schildert exemplarische Fälle aus den letzten zweieinhalb Jahrzehnten und wirft zugleich einen Blick zurück in die Geschichte der Attentate bis in die Antike.

Peter Jacobs

Spuren ins Dunkle

Attentate und Attentäter zwischen Dallas und Rom

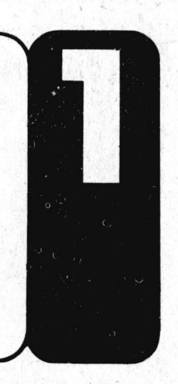
Verlag Neues Leben

ISBN 3-355-00009-4

3., bearbeitete Auflage, 1989
Lizenz Nr. 303 (305/292/89)
LSV 0239
Umschlag: Werner Hahn
Fotos: ADN-ZB: 61, 68, 83/AFP: 97/AP: 20, 36, 109, 160/dpa: 150/Kumar: 136; Archiv des Autors: 7, 9, 14, 15, 16, 21, 27, 32, 50, 55, 63, 65, 70, 76, 87, 92, 105, 106, 113, 115, 124, 128, 130, 132, 139, 145, 146, 154, 157; H. Simon: 29, 45
Typografie: Erika Wald
Schrift: 9 p Univers
Lichtsatz: (140) Druckerei Neues Deutschland, Berlin
Druck und buchbinderische Weiterverarbeitung: Druckerei Märkische Volksstimme, Potsdam
Bestell-Nr. 643 988 7
00410

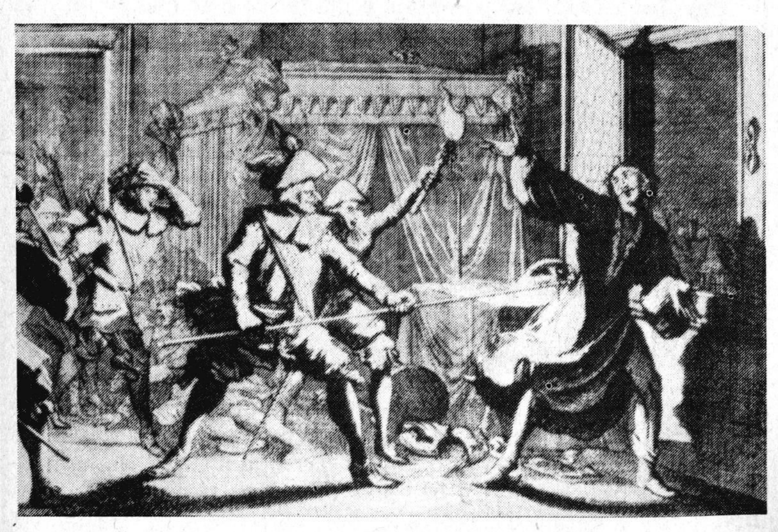
Inhalt

Attentate und Attentäter in 5000 Jahren Geschichte: Die Mörder und die Macht



Ein unsichtbarer Feind ist's, den ich fürchte ...
Nicht, was lebendig, kraftvoll sich verkündigt,
Ist das gefährlich Furchtbare. Das ganz
Gemeine ist's, das ewig Gestrige ...

Friedrich Schiller, Wallenstein



Die Ermordung Albrecht von Wallensteins im Jahr 1634

Es beginnt mit dem Deboralied

Den alten Römern verdankt die Weltgeschichte die Erfindung der Leibgarde, dem britischen König Jakob I., der sich vor Dolchstichen fürchtete und deshalb in der Öffentlichkeit stets ein dickgefüttertes Wams trug, die Erfindung der Panzerweste. Genützt hat beides nicht viel: Ungezählt sind die Attentate auf Politiker und Prälaten, Minister und Monarchen, Gesandte und Generale.

Himmel und Hölle wurden einst bemüht, um das geschichtliche Phänomen der Attentate zu erklären. Die Täter galten entweder als Racheengel oder als des Teufels Abgesandte. Sie wurden mit einem Glorienschein umgeben oder ans Kreuz geschlagen. Heute machen sich in der westlichen Welt Film und Fernsehen, Boulevardpresse und Krimiindustrie genüßlich daran, jedes Detail auf dem Marktplatz der Sensationen auszuschlachten. Die Hintergründe werden dabei meist weniger gut beleuchtet.

Attentate – das Wort ist aus dem Lateinischen über das Französische in unsere Sprache gekommen – bezeichnen im allgemeinen Mordanschläge gegen prominente Persönlichkeiten. Manchmal trifft der Dolch, die Kugel oder die Bombe auch einen derjenigen, welche im Verborgenen an den Schalthebeln der Politik und der Wirtschaft hantieren. Seltener sind solche Opfer, die erst durch ein Attentat berühmt werden, deren Namen gewissermaßen in die Öffentlichkeit gebombt werden.

Den Dolch im Gewande, das Scharfschützengewehr im Anschlag, das Sprengstoffpaket im Reisekoffer, wollen Attentäter „Geschichte machen". Beseelt vom Drang zu einer aufsehenerregenden Tat oder besessen von einer fixen Idee, motiviert oder auch bezahlt von einer Verschwörergruppe, führen sie ihren individuellen Terrorakt aus und bewirken damit höchstens einen kurzen Stau im Fluß der Geschichte, gewisse Korrekturen in den Herrschaftsmechanismen und den Austausch einer Person – falls das Attentat gelingt.

In der Regel sind Attentäter keine Einzelgänger, sondern Vorgeschickte und Mißbrauchte einer Verschwörung, deren Ausmaß sie nicht genau kennen und von deren eigentlichen Hintermännern sie nichts wissen. Oft bemerken sie nicht, daß sie nur der einen oder anderen Gruppierung der herrschenden Klasse als Werkzeug dienen, und sie ahnen – wenn überhaupt – erst viel zu



König Jakob I. von England

spät, daß sie sich mit ihren Einzelaktionen dem Walten der Gesetze des Klassenkampfes nicht entgegenstellen können.

Daß alle bisherige Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, wissen wir erst richtig seit Karl Marx. Unsere Altvorderen – von den Märchenerzählern bis zu Friedrich Schiller – haben dem Attentat bisweilen eine mystische, geschichtsbildende Kraft zugeschrieben: ein Wunderglaube, der unter Anarchisten und Linksextremisten bis ins 20. Jahrhundert lebendig blieb.

Wie viele Märchen berichten uns von Attentaten im Guten wie im Bösen!

Da sind die bedrohten Kinder Hänsel und Gretel, die der dämonischen Macht einer heimtückischen Hexe entgegentreten müssen. Durch einen Trick gelingt es ihnen, die Verkörperung des Bösen in den Backofen zu schieben, der Hänsel zugedacht war: Klappe zu, Hexe tot.

Da ist die eitle und selbstsüchtige Königin und Stiefmutter, die Schneewittchen durch einen gedungenen Jäger und durch Gift umzubringen versucht, weil sie keine Schönheitskonkurrentin an ihrer Seite dulden will. Die Serie von Mordversuchen gelingt nur scheinbar. Am Ende siegt natürlich das Gute, und die Attentäterin muß sich in glühenden Pantoffeln zu Tode tanzen.

Und da ist auch der Anschlag auf das Königskind Dornröschen, dem eine beleidigte weise Frau den Tod im fünfzehnten Lebensjahr durch den Stich einer Spindel anhexen will. Eine andere weise Frau kann das Todesurteil gerade noch in hundert Jahre Tiefschlaf umwandeln. Am Ende erscheint ein schöner Prinz und wendet mit einem Kuß alles zum Guten.

In den Tragödien und Balladen von Schiller wimmelt es von Attentätern. Und es sind nicht immer Bösewichter.

Da ist der Wilhelm Tell aus den Schweizer Bergen, der dem tyrannischen Landvogt den Garaus macht und damit seinem Volk die Freiheit schenkt. Ein historischer Tell hat nicht existiert, es konnte ihn nicht geben. So einfach mit einem Pfeilschuß auf einen unvorsichtigen Reiter, der durch eine hohle Gasse kommt, ist der Lauf der Geschichte nicht zu ändern.

Da schleicht im Gedicht „Die Bürgschaft" ein Grieche namens Damon in die Stadt Syrakus, um diese von dem Tyrannen Dionys zu befreien. Er wird ertappt („Was wolltest du mit dem Dolche? Sprich!") und soll ans Kreuz geschlagen werden. Aber er hat noch eine Privatangelegenheit zu erledigen (nämlich seine Schwester zu verheiraten) und bekommt von dem Wüterich drei Tage Aufschub unter der Bedingung, daß er einen Freund als Pfand zurückläßt. Was keiner für möglich hält: Der Todgeweihte kehrt im letzten Moment zurück, den Freund auszulösen. Der König, gerührt von soviel Treue, hebt das Racheurteil auf und fleht als Geläuterter: „Ich sei, gewährt mir die Bitte, in eurem Bunde der dritte."

Ein Happy-End unter Männern, eine Schnulze nach heutigen Begriffen, aber kein Grund für uns, Schiller zu unterstellen, er habe das Phänomen Attentat immer so romantisch gehandhabt und so tröstlich abgetan. Seine große Trilogie „Wallenstein" ist ein Meisterwerk der Gestaltung politischer Intrigen, die zu einem Attentat führen. Der böhmische Feldherr mußte unter dem Stahl gedungener Mörder sterben, weil er dem Kaiser Ferdinand II. und

den anderen Mächtigen seiner Zeit selbst zu mächtig geworden war und weil er im Dreißigjährigen Krieg zu früh Frieden schließen wollte, als noch längst nicht alle Interessengegensätze der europäischen Potentaten ausgefochten waren. Ein Attentat, das nicht den Lauf der Geschichte änderte, sondern das denjenigen, der den herrschenden Kräften im Weg stand, ins Grab beförderte.

Fälle dieser Art durchziehen als eine blutige Kette die ganze geschriebene Geschichte der Menschheit. Das Attentat erweist sich in den Händen der herrschenden Klassen als ein Mittel zur Regulierung der Macht. Dies nutzten schon die Königinnen in Sumer, einer der frühesten Hochkulturen der Menschheit. Damals, vor etwa fünftausend Jahren, galt im Zweistromland zwischen Euphrat und Tigris noch das Matriarchat, und in den Stadtstaaten zwischen Kisch und Eridu saßen Gottköniginnen auf den Thronen. Die Könige waren nur beischlafpflichtig, zu sagen hatten sie nichts. Damit sie nicht doch auf dumme Machtgedanken kämen, wurden sie jeweils nach Ablauf eines Jahres ausgewechselt. Während ein Neuling in die heiligen Gemächer einzog, brachte man den Ausgedienten im Tempel den Göttern zum Opfer – gewissermaßen durch ein vorbeugendes rituelles Attentat.

Alexander der Große wäre vermutlich nicht so groß geworden, hätte seine Mutter Olympias nicht mögliche Konkurrenten aus dem Weg geräumt. Sie ließ nach angeblichen Verschwörern fahnden, die einer nach dem anderen über die Klinge sprangen. Die Unschuldigen hatten alle einen gemeinsamen Fehler: Sie gehörten zum weitverzweigten Familienclan und hätten, wären sie am Leben geblieben, die Chancen des heranwachsenden Alexander verderben können.

Der Sohn erfüllte die kühnsten Träume seiner Mutter und erstritt mit seinen Kriegern ein Weltreich, das bis zum Industal reichte. Aber sein früher Tod im Alter von zweiunddreißig Jahren in Babylon nach einem Bad im Euphrat liegt im Dunkel der Geschichte; das Fieber, das ihn angeblich befiel, muß nicht von einer Lungenentzündung hergerührt haben, es könnte auch Gift im Blut gewesen sein.

Olympias selbst wurde von Alexanders Nachfolgern, den Diadochen, als Staatsfeindin Nummer 1 angesehen. Der Feldherr Kassandros schloß die Hauptstadt Pella ein und schickte heimlich zweihundert seiner Kämpfer in die Stadt. Aber keiner wagte es, gegen die Frau, die sich mit ihrer Dienerschaft zum Kampf stellte, die Hand zu erheben, und so mußte sich Kassandros etwas anderes einfallen lassen. Er sammelte die Witwen und Waisen der einstigen Opfer Olympias', und diese zögerten nicht, die Feindin zu steinigen.

Der römische Staatsmann und Feldherr Gajus Julius Cäsar fiel

unter den Messerstichen von sechzig Senatoren, nachdem er sich die Diktatur auf Lebenszeit hatte übertragen lassen. Die von ihm überspielte, aber nicht ausgeschaltete alte aristokratische Oberschicht glaubte, so ihre frühere Macht zurückgewinnen zu können.

Auch die Bibel hat viele Attentatsgeschichten zu erzählen. Schon das Deboralied im Buch der Richter besingt ein solches. Die Richterin Debora preist eine Frau namens Jaël, die den feindlichen Feldherrn der Philister, Sisera, in ihr Zelt nahm, ihn mit Milch erquickte und zum Schlaf bettete, aber dann einen Zeltpflock und einen Hammer ergriff und dem Getäuschten die Schläfe durchschlug.

Berühmter noch ist die Erzählung von der schönen Witwe Judith, die, als sich die Stadt Bethulia schon fast den assyrischen Belagerern ergeben wollte, in das Zelt des feindlichen Feldherrn Holofernes ging. Berauscht von Judiths Schönheit, ließ sich der Assyrer auf dem nächtlichen Lager all seiner Manneskraft berauben, was ihn Kopf und Sieg kostete. Denn die schlaue Gespielin trug ein Schwert bei sich. Sie verwirrte mit ihrem Beischlafattentat die Reihen der Gegner derart, daß diese in Panik auseinanderliefen.

Im Mittelalter waren dynastische Totschlägereien an der Tagesordnung. Die Opfer: Fürsten und Feldherren, Kardinäle und Kurtisanen, Thronfeinde aller Art und allzu anspruchsvoller Familienanhang. Die Täter: Herzoginnen und Hofschranzen, Leibgardisten und Landsknechte, Kammerzofen und Kuttenträger. Da wurden Rivalitäten zwischen weltlicher und geistlicher Macht mit stählerner Klinge entschieden, da starben Könige in den Umarmungen ihrer Buhlen, da wurden mögliche Thronfolger schon in der Wiege erdrosselt.

Der Meuchelmord gehörte zu den Herrschaftsinstrumenten der Feudalgesellschaft, wie wir besonders aus William Shakespeares Königsdramen wissen. Richard III. von England ließ seine Neffen beseitigen, um sich selbst die Krone aufstülpen zu können. Heinrich VI., der so glücklos im Hundertjährigen Krieg gegen Frankreich focht und sich mehrerer Volksaufstände und Adelskriege zu erwehren hatte, wurde schließlich von seinem Rivalen Eduard IV. gefangengesetzt und 1471 im Tower umgebracht.

Die Namensvettern auf dem französischen Thron lebten nicht ruhiger. Ein fanatisierter Mönch erstach 1589 Heinrich III., nachdem dieser einen Vertrag mit den protestantischen Hugenotten geschlossen hatte. Dem Nachfolger Heinrich IV., der 1598 durch das Edikt von Nantes die Hugenottenkriege beendet hatte, lauerte ein vom spanischen Hof angestachelter Jesuit namens François Ravaillac mehrmals auf, bis ihm im Mai 1610 auf offener Straße in Paris die tödlichen Dolchstöße gelangen.

Im Zarenreich gab es kaum einen Selbstherrscher, der nicht Attentatsversuchen ausgesetzt gewesen wäre oder seinerseits Attentate arrangiert hätte, um seine Machtstellung zu festigen. Dem sechsundzwanzigjährigen Peter I. trachtete 1689 seine Halbschwester Sophia nach dem Leben – vergeblich allerdings, und so mußte sie sich in ein Kloster stecken lassen und mit ansehen, wie man vor ihrem Fenster die Hauptbeteiligten der von ihr geschürten Strelitzenrevolte aufknüpfte. Die aus einem anhaltinischen Fürstengeschlecht stammende Katharina II. ließ 1762 ihren Gatten Peter III. erwürgen, der nur ein halbes Jahr lang die Krone getragen hatte, und nahm fortan allein auf dem Zarenthron Platz.

Die Familienchroniken europäischer Adelshäuser von Palermo bis Petersburg sind gefüllt mit Beispielen dieser Art. Attentate galten unseren Vorfahren als eine solche Alltäglichkeit, daß sie uns eine Redewendung hinterlassen haben, deren Sinn uns heute gar nicht mehr zum Bewußtsein kommt. Mit dem ist nicht gut Kirschen essen, sagen wir, aber wer weiß schon, daß dies eine Anspielung auf ein Attentat des Bischofs Withego sein soll, der von 1266 bis 1293 amtierte und auf seinem Schloß Hirschstein dem Markgrafen von Meißen, Friedrich Tuta, vergiftete Kirschen reichen ließ.

Der Irrglaube des Bürgertums

Der Mythos, durch Attentate den Lauf der Geschichte ändern zu können, ist bürgerlicher Herkunft. Er steht unmittelbar mit der Überschätzung der Rolle der Persönlichkeit in Verbindung. „Keine Klasse hat so dem Glauben gehuldigt, daß die Person eines mächtigen Einzelnen zu beseitigen eine große geschichtliche Tat sei, als gerade das Bürgertum, und zwar von den Tagen der alten Griechen an bis in unser Zeitalter"[1], sagte August Bebel.

Dies demonstrierte einst die Girondistin Charlotte Corday, als sie am 13. Juli 1793 den Arzt, Physiker und Publizisten Jean-Paul Marat, der nach dem Sturm auf die Bastille zu einem der führenden Männer der Französischen Revolution und zum Präsidenten des Jakobinerklubs aufgestiegen war, im Bad erstach. Die großbürgerlichen Feinde des „Volksfreunds" wollten die Revolution aufhalten. Doch sie konnten damit den Weg in die revolutionär-

demokratische Jakobinerdiktatur nicht versperren. Erst als sie mit allen reaktionären und restaurativen Kräften eine Front geschmiedet hatten und die Männer um Maximilien-Marie-Isodore de Robespierre sich vom Volk isolierten, gelang der Gegenputsch, der Rücklauf der Revolution.

Am 28. Juli 1914 schoß in der bosnischen Stadt Sarajevo der Gymnasiast Gavrilo Princip auf den im offenen Auto fahrenden Erzherzog Franz Ferdinand. Der Thronfolger von Österreich-Ungarn, an der Halsschlagader verletzt, starb sofort. Der Attentäter gehörte der serbischen Nationalistenbewegung Schwarze Hand an, von der man bald nichts mehr vernahm. Bürgerliche Zeitungs-

Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich





Die Festnahme des Attentäters Gavrilo Princip

und Geschichtsschreiber aber versuchten, die Schüsse von Sarajevo unter die Ursachen des ersten Weltkriegs einzureihen. In Wirklichkeit war das Gemetzel um die imperialistische Neuaufteilung der Welt schon vorprogrammiert und hätte auch ohne diesen Anlaß stattgefunden.

Längst haben die reaktionärsten Kreise der Bourgeoisie gelernt, Attentate zweischneidig zu handhaben: erstens, um damit ihre eigenen Gruppeninteressen auszufechten, zweitens, um fortschrittliche Bewegungen und insbesondere die Arbeiterklasse niederzuhalten.

Dieser Doppelcharakter – als Instrument der Manipulation und der Unterdrückung – zeigte sich schon vor mehr als hundert Jahren. Am 11. Mai 1878 schoß ein Wirrkopf mit einem untauglichen Revolver auf den deutschen Kaiser Wilhelm I. Max Hödel, so hieß der Täter, war noch nicht enthauptet, da versuchte es am 2. Juni auch der promovierte Nationalökonom Karl Eduard Nobiling, und zwar mit einer Schrotflinte, aus dem Haus Unter den Linden Nr. 18. Seine Majestät der Kaiser trug einige Wunden an Arm und Bein und ein paar Schrammen auf der Wange davon. Der anar-

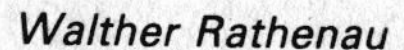
chistische Einzelgänger fügte sich selbst eine tödliche Verletzung zu.

Kanzler Otto von Bismarck aber ergriff die Gelegenheit für eine maßlose Verleumdungskampagne gegen die Sozialdemokraten und die Liberalen. Die folgenden Reichstagswahlen, genannt Attentatswahlen, brachten den reaktionären Parteien solche Gewinne, daß die Sozialistengesetze erlassen werden konnten, die die Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts für zwölf Jahre praktisch in die Illegalität trieben.

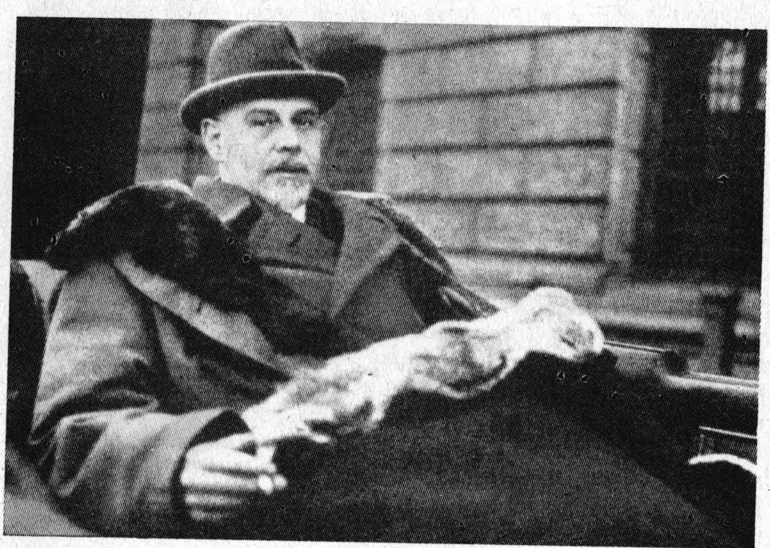
Im zaristischen Rußland zerschmetterte am 13. März 1881 auf einer Parade eine Bombe der Narodowolzen die Kalesche des Zaren Alexander II. Die meisten Attentäter wurden ergriffen und gehenkt. Aber nicht genug damit. Die Geheimpolizei schleuste einen Spitzel namens Jewno Asef in die Reihen der ungeduldigen Revolutionäre der vormarxistischen Periode ein. Dieser bildete selbst neue Attentäter aus, um sie dann rechtzeitig zu verraten und dem Regime weitere Gelegenheiten für Verhaftungswellen zu bieten.

Frankreichs letzter Kaiser Napoleon III. fand einen ganz schlauen Trick. Er beauftragte die Geheimpolizei mit Attentaten gegen sich selbst, die natürlich schiefgehen mußten. Sie sollten nur Anlässe zu neuen Unterdrückungsmaßnahmen abgeben.

Ein Musterbeispiel für den Doppeleffekt liefert das Attentat auf den Außenminister der Weimarer Republik, Walther Rathenau, Generaldirektor der AEG (Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft)



Walther Rathenau



und vielfaches Aufsichtsratsmitglied. Angesichts der katastrophalen Lage der Werktätigen in der damaligen Nachkriegszeit äußerte er einige sozialkritische Gedanken und setzte sich für eine Politik der Verständigung mit Sowjetrußland ein. Überdies war er jüdischer Abkunft. Ein Mordkommando der reaktionären, vom Monopolkapital finanzierten nationalistischen Geheimorganisation Consul machte seinem Leben am 24. Juni 1922 ein Ende.

Mehr als dreihundert politische Morde gegen Linkskräfte, darunter die an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, hatte die Weimarer Republik bis zu diesem Zeitpunkt erlebt. Nun erging in aller Eile ein Gesetz, das vor Radikalismus schützen sollte. Angewendet wurde es von der Klassenjustiz und von der Polizei so eindeutig gegen Links, daß ein Jahr später in München ein gewisser Adolf Hitler zum erstenmal einen Putsch wagen konnte.

Das Strickmuster ist in Gebrauch geblieben. Als in den USA 1963 der Präsident John F. Kennedy, vier Jahre danach dessen Bruder Robert Kennedy und der Bürgerrechtskämpfer Martin Luther King reaktionären Attentaten zum Opfer fielen, unterstellte man linken und systemkritischen Kräften wenn schon nicht die direkte, so doch die geistige Urheberschaft. In dem Klima der Erregung und Unsicherheit wurden nicht etwa die Faschisten der John-Birch-Gesellschaft oder der Rassenhetzerorganisation Ku-Klux-Klan verhaftet, sondern vor allem Führer solcher Organisationen wie der Black-Panther-Bewegung junger Schwarzer verfolgt.

Als in der BRD während der siebziger Jahre terroristische Untergrundorganisationen wie die Baader-Meinhof-Gruppe das Land in Unruhe versetzten und schließlich im Herbst 1977 Hanns Martin Schleyer, Präsident des Unternehmerverbands BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände), entführt und ermordet wurde, ergoß sich von den Rednerpulten reaktionärer Politiker und aus den Zeitungen des Springerkonzerns eine hemmungslose Hetze vor allem gegen die westdeutschen Kommunisten.

Zeit der Profis

Das Charakterbild der Attentäter ist vielgesichtig. Da sind die Idealisten, die Fanatiker, die Selbstaufopferer, die einer echten oder vermeintlichen Idee wegen ihr Leben in die Schanze schlagen, die vorgeben, den Strang, das Richtschwert und den elektrischen Stuhl nicht zu fürchten, die es auf sich nehmen, gelyncht zu wer-

den, oder bereit sind, vermittels eines Sprengsatzes gemeinsam mit dem Opfer die Himmelfahrt anzutreten.

Unter den Attentätern gibt es auch solche, die im Affekt handeln: die Eifersuchtstäter zum Beispiel, ebenso aufbegehrende Gedemütigte und von Rachegedanken Besessene, Menschen in einer komplizierten psychischen Situation, die sich in eine mörderische Idee verbeißen. Die Literatur aller Jahrhunderte hat dafür Beispiele in großer Zahl zur Hand, und diese Täter sind keineswegs am Aussterben. Im Gegenteil: In der kapitalistischen Neurotikergesellschaft, besonders in den USA, hat man sich daran gewöhnt, mit ihnen zu leben wie mit einem Krebsleiden. Das Sensationsinteresse der Presse, des Fernsehens und Hollywoods fordert solche Psychopathen geradezu heraus, sich mit einer schallgedämpften Pistole oder einer Ladung Dynamit einen Platz in der Weltgeschichte zu verschaffen. So schoß der College-Aussteiger John Hinckley 1981 auf Präsident Ronald Reagan und der arbeitslose Privatpolizist Mark David Chapman 1980 auf den ehemaligen Beatle John Lennon.

Dennoch sind diese Attentäter nur Randfiguren. In der hochentwickelten, hochspezialisierten kapitalistischen Industriegesellschaft hat das moderne Management in das organisierte Verbrechen Einzug gehalten. Die Arbeitsweise der Mafias und der Rauschgiftsyndikate liefert Beispiele dafür. Ebenso ist man auch darangegangen, Attentäter methodisch einzusetzen, wo es Machtinteressen erforderlich erscheinen lassen.

Imperialistische Geheimdienste und reaktionäre Terrororganisationen haben den Typ des professionellen Attentäters hervorgebracht, der für einen, höchstens zwei Einsätze vorbereitet wird und dann von der Bildfläche verschwindet. Er handelt meist in der Hoffnung, den Ertrag seines tödlichen Handwerks irgendwo in einem milden Klima zu verzehren oder sich als biederer Geschäftsmann niederzulassen oder sich vielleicht gar zu einem honorigen Politiker zu mausern. Daß diese Rechnung fast nie aufgeht, steht auf einem anderen Blatt.

Die Drahtzieher solcher hochkarätigen politischen „Operationen" lieben keine Mitwisser und auch nicht Leute, denen sie lebenslänglich zu Dankbarkeit und materiellen Zuwendungen verpflichtet wären. Der Kennedy-Attentäter Lee Harvey Oswald, der Mörder des salvadorianischen Erzbischofs Oscar Arnulfo Romero, Walter Antonio Álvarez, und viele andere könnten ein Lied davon singen, wenn sie ihre Taten überlebt hätten.

Die Central Intelligence Agency, der 1947 gegründete größte Geheimdienst der USA, darf für sich den fatalen Ruhm in Anspruch nehmen, bei fast jedem bedeutenden politischen Attentat

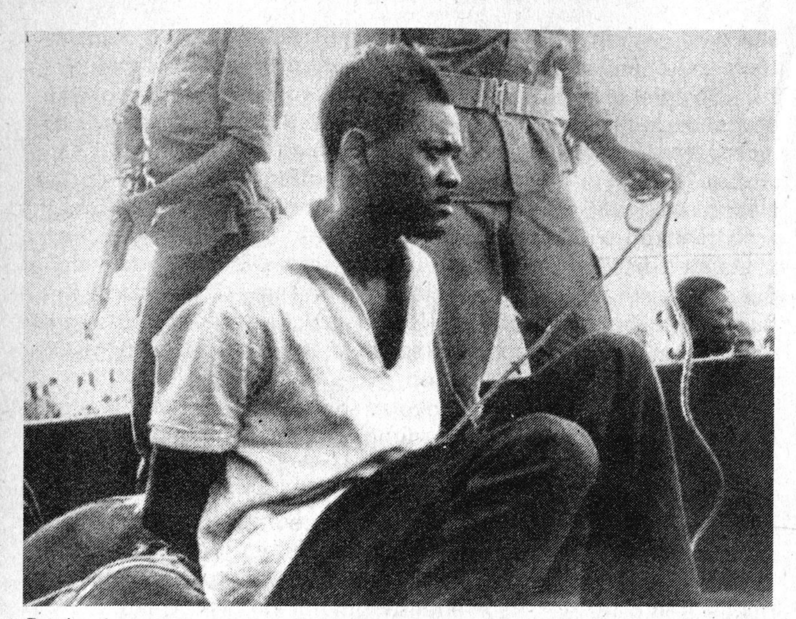
seit dem zweiten Weltkrieg die Täter gestellt zu haben oder Mittäter beziehungsweise Mitwisser gewesen zu sein. Im Jahr 1955 zum Beispiel plante die CIA ein Attentat auf den damaligen Präsidenten Indonesiens, Ahmed Sukarno, um die erste Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten in Bandung zu verhindern. Man wußte, daß die in Bandung zusammentreffenden Vertreter junger Nationalstaaten Beschlüsse gegen imperialistische Vorherrschaftsansprüche fassen würden. Ein Mordkomplott kam nicht zustande, die Konferenz fand ungehindert statt, aber es gelang der CIA, nachträglich zuzuschlagen: Auf dem Rückweg aus Bandung explodierte an Bord des Flugzeugs „Princess of Cashmere" über dem Südchinesischen Meer eine Bombe und riß achtzehn Konferenzteilnehmer in den Tod.

Ein Jahr danach, als in Ägypten der Suezkanal verstaatlicht wurde, erwog man die Ermordung von Staatspräsident Gamal Abdel Nasser. Wie geschäftsmäßig solche Gangsterstücke eingefädelt werden, offenbart eine Passage aus einer Biographie des ehemaligen CIA-Chefs Allen Dulles, die neunzehn Jahre später in der „Washington Post" abgedruckt worden ist:

„Nach einem offiziellen Abendessen im Hause des bekannten politischen Beobachters Walter Lippmann kam das Gespräch unvermittelt auf Nasser. ‚Allen', meinte einer der Anwesenden im Scherz, ‚könnten Sie nicht einen Killer hinschicken?' Dulles machte eine ernste Miene, er lehnte sich in dem großen Ledersessel zurück, zündete seine Pfeife an und zog mehrmals an ihr, bevor er antwortete: ‚Sehen Sie, zu diesem Zweck braucht man einen Fanatiker, einen Mann, der für den Fall seiner Festnahme Selbstmord begehen würde. Überdies darf es kein Ausländer sein. Ein Araber wäre nötig'."[2]

Ein solcher fand sich nicht. Gamal Abdel Nasser blieb verschont. Doch fünf Jahre danach, in einem anderen Land, verfuhr die CIA nach dem Dulles-Rezept. In Kongo, dem heutigen Zaïre, hatte die Nationalbewegung das belgische Kolonialjoch zerbrochen. Der erste Premierminister, Patrice Lumumba, wollte die gewaltigen Rohstoffvorkommen – Uran, Kupfer, Zinn, Gold, Diamanten und anderes – dem Zugriff der internationalen Monopole entziehen. Die CIA setzte zunächst den Giftmischer Sidney Gottlieb, genannt „Joe aus Paris", in Marsch. Als dieser nicht zum Zug kam, mobilisierte man den machtversessenen Einheimischen Moise Tshombé, einen ehemaligen Hotelier, der gerade die Provinz Katanga abzuspalten versuchte. Ein CIA-Offizier namens Michael Mulroney sorgte dafür, daß der Nationalheld Patrice Lumumba dem Separatisten in die Hände fiel und bestialisch umgebracht wurde.

Mindestens achtmal nahmen CIA-Agenten den Führer der kubanischen Revolution, Fidel Castro, ins Visier. Sie folgten seiner



Patrice Lumumba wird verschleppt.

Spur in den Jahren 1960 bis 1965 mit Panzerfäusten, Spezialkarabinern und Gift. Ein Exilkubaner, der den Decknamen Amlash trug, wurde mit einer Giftnadel ausgesandt, die in einem Füllfederhalter verborgen war. Ein anderes Mal versuchte man, Fidel Castros Lieblingszigarren mit dem schnellwirkenden Botulinustoxin zu versetzen. Auf die Tauchleidenschaft des kubanischen Ministerpräsidenten spekulierend, präparierten Fachleute der CIA einen Taucheranzug, der ihm während der Verhandlungen über die Freilassung der 1961 in der Schweinebucht gefangengenommenen konterrevolutionären Invasoren geschenkt werden sollte. Eine zweite Variante sah vor, an einem Küstenstreifen, wo Fidel Castro zu baden pflegte, eine mit Sprengstoff gefüllte Muschelschale auszulegen.

Auch psychologische Attacken standen bei der CIA zur Debatte. Zu einem Zeitpunkt, da der Regierungschef über Radio Havanna zu seinen Landsleuten sprechen wollte, sollten im Studio Rauschsubstanzen verteilt werden, damit sich seine Rede verwirre. Einem anderen Plan zufolge sollten seine Schuhe mit einer Lösung von Thalliumsalz besprüht werden, um völligen Haarausfall herbeizuführen und Fidel Castro auf solche Weise in der Öffentlichkeit lächerlich zu machen.

Viele dieser Einzelheiten sind durch den Church-Bericht des US-amerikanischen Senats im Jahr 1975 bestätigt worden. In

dem achttausend Seiten starken Dokument hat eine von dem Senator Frank Church geführte Kommission die Aussagen von fünfundsiebzig Zeugen zusammengefaßt. Bemerkenswert ist, daß in der Todesliste der CIA auch die Namen solcher Politiker auftauchen, die selbst Kreaturen der CIA gewesen sind: Rafael Trujillo zum Beispiel, der grausame Diktator in der Dominikanischen Republik, und Ngo Dinh Diem, die Marionette der USA-Politik im damaligen Südvietnam.

Trujillo schoß man am 30. Mai 1961 in den Rücken, weil er nicht mehr garantieren konnte, in seinem Land einer ähnlichen Entwicklung vorzubeugen wie im benachbarten Kuba. Er mußte oppositionellen Kräften der Bourgeoisie Platz machen, welche die CIA für flexibler hielt.

Ngo Dinh Diem wurde im November 1963 geopfert wie ein Stück Vieh. Seine Gegner zogen ihm das Messer durch die Kehle, weil man in Saigon neue Leute wie den ehrgeizigen Luftwaffengeneral und Hitlerverehrer Nguyen Cao Ky einsetzen wollte, die für eine Offensive gegen die Befreiungsbewegung besser geeignet erschienen. Der dem Katholizismus anhängende Diktator hatte sich vor allem unter den Buddhisten des Landes zu viele Feinde gemacht.

Der Church-Bericht übte gedämpfte Kritik an der CIA und versuchte die Auftraggeber im Weißen Haus von einer Mitwisserschaft mehr oder weniger reinzuwaschen. Bewirkt hat er nichts. Ungeniert führte die Attentatsfirma in Langley ihr blutiges Gewerbe fort. Zum Beispiel in Chile. Dort hatte, wie im Church-Be-

Die Diktatoren Rafael Trujillo (links) und Ngo Dinh Diem





richt aktenkundig, die CIA schon im Oktober 1970 mitgeholfen, den General René Schneider zu beseitigen, der sich weigerte, die Armee in einen Konflikt zu der demokratisch gewählten Regierung des Sozialisten Salvador Allende zu führen. Inzwischen hatte der Klüngel um den General Augusto Pinochet den militärfaschistischen Putsch vom 11. September 1973 vollzogen. Präsident Allende und Tausende von Chilenen waren umgebracht worden, Zehntausende hielt man in Konzentrationslagern gefangen. Pinochets Geheimdienst DINA (Nationale Nachrichtendirektion) jagte auch im Ausland nach „unbequemen Personen", und die CIA leistete Führungshilfe. Am 21. September 1976 explodierte unter dem Auto des ehemaligen Außenministers Orlando Letelier, der in New York im Exil lebte, eine Bombe. Das Attentat hatte der CIA-Agent Michael Townley organisiert, der später zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde, aber schon nach kurzer Zeit freikam.

In Südkorea erschoß der ehemalige Geheimdienstchef Kim Jae Kyu am 26. Oktober 1979 den Präsidenten Pak Dschong Hi. Drei Stunden später, auf einer Sondersitzung der Minister, prahlte der Attentäter: „Ich habe ihn getötet. Hinter mir stehen die USA. Es ist wünschenswert, daß jeder von Ihnen mir Folge leistet."[3]

Im Sommer 1981 kamen Einzelheiten über Mordpläne der CIA gegen den libyschen Staatschef Muammer al-Ghaddafi ans Licht, und das Nachrichtenmagazin „Newsweek" kommentierte ungeniert: „Zwar ist amerikanischen Geheimdienstlern untersagt, Mordanschläge auf ausländische Politiker zu verüben, doch man ist der Auffassung, daß ein Komplott der Libyer selbst legal wäre."[4]

Anfang Juni 1984 veröffentlichten nikaraguanische Zeitungen die Aussagen des CIA-Agenten Joseph Luther über ein geplantes Attentat gegen den Außenminister Miguel d'Escoto.

Überall in den Entwicklungsländern, wo es Positionen für die USA zu halten oder wiederzugewinnen gilt, sind CIA-Agenten am Werk. „Schließlich ist die CIA nichts weiter als die Geheime Polizei des amerikanischen Kapitalismus, die Tag und Nacht die Löcher in dem politischen Damm verstopft, damit die Aktionäre der in armen Ländern tätigen US-Konzerne weiter ihre fetten Dividenden genießen können"[5], schreibt der ehemalige Agent Philipp Agee, der 1974 bei der „Firma" ausgestiegen ist und danach viele Praktiken der CIA enthüllt hat.

Die „Kleinen" mischen mit

Was der CIA recht ist, erscheint anderen Geheimdiensten billig. Gelehrig und mit neuen eigenen Ideen operiert der israelische Geheimdienst Mossad ebenfalls in vielen Teilen der Welt. Einige seiner Kader kommen aus den Terrororganisationen Irgun und Lechi, die vor allem durch das Massaker von Deir Yassin am 9. April 1948 berüchtigt geworden sind. Damals haben sie das kleine palästinensische Dorf an der Straße von Tel Aviv nach Jerusalem vernichtet und 254 Einwohner, darunter schwangere Frauen, erschossen, erstochen und in Brunnen geworfen. Fünf Monate danach, am 17. September 1948, lauerte ein Lechikommando in Jerusalem dem von der UNO entsandten Vermittler im Palästinakrieg, dem schwedischen Grafen Folke Bernadotte, auf und schoß ihn auf offener Straße nieder.

Später richtete sich der Attentatsterror des Mossad vor allem gegen führende Männer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Einen besonders hinterhältigen Anschlag verübte ein von Mossad geführtes israelisches Militärkommando in der Nacht vom 9. zum 10. April 1973 in Beirut. Drei PLO-Funktionäre, darunter der Dichter Kamal Nasser, wurden im Schlaf in ihren Wohnungen mit Maschinenpistolen niedergemacht.

Der Mossad steht im Verdacht, auch Attentate auf israelische Staatsbürger im Ausland zu organisieren. Die Schuld wird dann der PLO oder arabischen Nachbarstaaten zugeschoben, und somit ist ein neuer Vorwand für aggressive Handlungen geschaffen. Am 3. Juni 1982 verletzten Mordschützen in London den israelischen Botschafter Schlomo Argov mit einem lebensgefährlichen Kopfschuß. Die israelische Propaganda erzeugte eine hysterische Kriegsstimmung, und nur sechzig Stunden später fiel eine hundertzwanzigtausend Mann starke Aggressionsarmee, die längst aufmarschiert war, in Libanon ein. Sie verwüstete den Süden des Landes und große Teile Beiruts und wollte der PLO das Rückgrat brechen. Die beiden Attentäter von London waren zwar palästinensischer Abkunft, hatten aber – wie sich bald herausstellte – mit der PLO nichts zu tun. Weder für sie noch für Argov zeigte man später öffentliches Interesse. Es war wie nach den Schüssen von Sarajevo: Der Kriegsanlaß geriet schnell in Vergessenheit, als die eigentlichen Interessen ausgefochten wurden.

CIA und Mossad bauten den persischen Geheimdienst Savak auf, der Tausende von Schahgegnern foltern und töten ließ.

Auch die DINA, der Geheimdienst des chilenischen Diktators Pinochet, gedieh im besten Einvernehmen mit der CIA-Zentrale in Langley, wie das Attentat auf den ehemaligen chilenischen Außenminister Letelier bewies.

Die berüchtigten Todesschwadronen in El Salvador, Brasilien und anderen lateinamerikanischen Ländern sind über viele geheime Kanäle mit Kontaktleuten der CIA verbunden.

Die Stadt Miami in Florida, an der südlichsten Spitze der USA, bildet einen Tummelplatz für Rauschgiftmafias und konterrevolutionäre lateinamerikanische Emigrantenorganisationen, vor allem solche aus Exilkubanern, ehemaligen nikaraguanischen Nationalgardisten und argentinischen Folterern. Dort ist es der CIA ein leichtes, im trüben nach Attentätern zu fischen. Dort werden Mordpläne ausgeheckt wie jener Bombenanschlag auf ein kubanisches Linienflugzeug, das am 6. Oktober 1976 vor der Insel Barbados ins Meer stürzte und achtundsiebzig Menschen in den Tod riß. Unbehelligt haben Terrororganisationen wie Omega-7 und Kubanische Aktion von Florida aus in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten Hunderte von Sprengstoffanschlägen auf kubanische Handelsvertretungen, Raketenangriffe auf nach Kuba fahrende Schiffe und Attentate auf kubanische Diplomaten verübt.

Als man nach dem Mord an USA-Präsident John F. Kennedy in Dallas im November 1963 die Hintermänner suchte, stieß man auf das riesige Netz einer blutigen Brüderschaft von FBI, CIA und Mafia.

Mehrere imperialistische Geheimdienste unterhalten Beziehungen zu der türkischen faschistischen Organisation Graue Wölfe, die Millionen Gastarbeiter in den kapitalistischen Ländern Europas terrorisiert und aus deren Reihen der Papstattentäter kam.

Die Terroristen der Brigate rosse (Rote Brigaden) in Italien sind verflochten mit der Mafia und den Freimaurerlogen im Land und über diese ebenfalls mit der CIA. Seit der Entführung und Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Aldo Moro, der für den von der Kommunistischen Partei Italiens vorgeschlagenen historischen Kompromiß mit den Christdemokraten zur Lösung wichtiger sozialer und politischer Probleme des Landes eingetreten ist, weiß man mit Sicherheit, daß es sich um eine von reaktionären Kräften völlig unterwanderte Attentatsorganisation handelt.

In Stockholm erschoß ein unbekannter Mörder im Februar 1986 den Ministerpräsidenten Olof Palme. Der schwedische Politiker, der auch Vizepräsident der Sozialistischen Internationale war, galt als ein außerordentlich aktiver Verfechter von Ideen für eine internationale Entspannung. Von ihm stammte ein Plan, in Mitteleuropa einen von Atomwaffen freien Korridor zu schaffen. Damit machte er sich viele heimliche Feinde auf der Seite der Entspannungsgegner.

Die Reihe solcher Beispiele ließe sich beliebig fortsetzen. Sie zeigt, daß imperialistische Geheimdienste und reaktionäre Diktaturregimes, Mafias und Freimaurerlogen, Neonazis und unterwanderte ultralinke Terroristenorganisationen, Chauvinisten und Rauschgiftsyndikate miteinander in einer schwarzen Internationale verknüpft sind, die ihr Netz über die ganze kapitalistische Welt zu spannen versucht und in deren Zentrum wie eine Spinne die CIA-Zentrale in Langley sitzt.

Sechs exemplarische Fälle aus der jüngeren Geschichte werden in diesem Buch behandelt – Attentate, die in der einen oder anderen Weise politische Machtinteressen der herrschenden Klassen regulieren, den gesellschaftlichen Fortschritt bremsen, der Konterrevolution dienen oder den Sozialismus in Verruf bringen sollten. Sie alle haben ihren eigenen Charakter und ihre eigene Tragik. Den Lauf der Geschichte haben sie nicht geändert.

Quellen der Zitate

1 August Bebel, Attentate und Sozialdemokratie, Expedition der Buchhandlung Vorwärts, Berlin 1905, S. 8
2 „Washington Post", 2. Dezember 1975
3 zit. nach: Iwan Paltschew, Terrorismus in Aktion, Verlag der Agentur Sofia-Press, Sofia 1984, S. 24
4 ebenda, S. 39
5 zit. nach: „Einheit", 8/1984, S. 738

Chronik eines angekündigten Attentats: „Warum ich, warum gerade der Papst?"



Warum sollten wir so schwierige Untersuchungen durchführen? Damit hätten wir doch nur in Teufels Küche kommen können.

Nicolo Amato

Ort und Zeitpunkt des Geschehens:

Rom, Petersplatz, 13. Mai 1981, 17.17 Uhr

Augenzeugen:

Zwanzigtausend Pilger, Touristen, Passanten, dazu eine nicht ermittelbare Millionenzahl italienischer Fernsehzuschauer

Täter:

Mehmet Ali Agca, Türke, zum Zeitpunkt des Attentats 23 Jahre alt, professioneller Terrorist

Opfer:

Karol Wojtyla, Pole, seit 1978 unter dem Namen Johannes Paul II. Oberhaupt der katholischen Kirche, zum Zeitpunkt des Attentats 61 Jahre alt



Sekunden vor den Schüssen auf den Papst: rechts im Kreis der Revolver des Attentäters

Die Fährte des Grauen Wolfes

Mehr als ein Jahr hindurch bewegt er sich auf leisen Sohlen durch Westeuropa. Er führt wenig Gepäck bei sich, ist aber immer gut bei Kasse und hält sich niemals lange am selben Ort auf. Im Spätsommer des Jahres 1980 wird er in Frankfurt am Main, in Westberlin, in Mainz und in Bad Wurzach in der Bundesrepublik gesehen. Auch in Belgien, Großbritannien, Dänemark und Frankreich hinterläßt er seine Fährte. Am 27. Oktober mietet er sich in dem Luzerner Hotel „Krone" ein, zahlt für eine Woche im voraus und verschwindet nach drei Tagen. Am 13. Dezember überquert er mit dem Motorschiff „Boccaccio" das Mittelmeer von Tunis nach Palermo. Die siebenundfünfzigjährige Besitzerin des Hotels „Liguria", Lidia Grosna, erinnert sich später: „Das war vielleicht

ein schöner Junge, höflich, exquisit und sanft. Und dann diese grünen Augen und dieser federnde Schritt – wie ein englischer Lord."

Knapp zwei Monate danach, am 6. Februar 1981, legt der elegante junge Türke seinen Paß, der auf den Namen Faruk Özgün ausgestellt und eine Fälschung ist, auf den Tresen des Hotels „Anker" im schweizerischen Aarau. Gleich um die Ecke, im Färbergässli, befindet sich das Türkisch-Islamische Vereins- und Gebetshaus, den Erkenntnissen der Schweizer Polizei zufolge ein Sammelplatz für illegal Einreisende und für Rechtsradikale. Am 3. April passiert der seltsame Globetrotter die österreichisch-schweizerische Grenze, und am 8. April schreibt er sich in der italienischen Stadt Perugia an der Ausländeruniversität ein. Für einen Grundkurs in Italienisch zahlt er 150 000 Lire. Das sind etwa 300 Mark. Ein Trinkgeld im Vergleich zu dem, was er inzwischen an Hotelkassen und Schaltern von Fluggesellschaften gelassen hat.

Der angebliche Student will an dem Sprachkursus gar nicht teilnehmen. Er braucht nur den Immatrikulationsbescheid; denn dieser sichert ihm für drei Monate die Erlaubnis zum Aufenthalt in Italien. Damit ausgestattet, quartiert er sich am 13. April im Hotel „Torino" in Rom ein, von wo aus er ein langes Telefongespräch in türkisch mit einem Partner in der Bundesrepublik führt.

Vom 25. April an wohnt der Mann, der sich Faruk Özgün nennt, als Feriengast im Hotel „Flamboyan" auf der spanischen Insel Mallorca. Still und unauffällig verbringt er den Tag, joggt abends zwischen fünf und sieben nach dem 3 Kilometer entfernten Fischerdorf Porrasa und zurück, trinkt später an der Hotelbar einen Milchkaffee oder ein Tonicwasser, dreht eine Runde durch den Spielsaal und ist stets um elf auf seinem Zimmer. Nur einmal empfängt er einen Besucher, an den sich später niemand genau erinnert. Ansonsten: keine Begleiterin, keine Freunde, kein Alkohol. Ein stiller Mitmensch, den man schnell vergißt.

Knapp eine Woche nach Mallorca ist die Odyssee des Faruk Özgün, der richtig Mehmet Ali Agca heißt, zu Ende. Er steht auf dem Petersplatz in Rom inmitten einer Menge von zwanzigtausend katholischen Gläubigen und neugierigen Touristen, das Ziel vor Augen, auf das er lange gewartet hat. Er zieht das kalte Eisen eines Browning HP 35, Kaliber 9 Millimeter. Seine Hand zittert nicht. Drei Schüsse werden fallen, und danach – so glaubt er – wird er um 3 Millionen Mark reicher sein. Für jeden Schuß eine Million.

Es ist der 13. Mai 1981, ein Mittwoch, um 17.17 Uhr. Papst Johannes Paul II., in weiße Seide gekleidet und auf einem weißen Fiat-Jeep stehend, hält öffentlich Audienz ab. Er schüttelt Hände, berührt segnend Köpfe von Gläubigen, hat soeben ein blondlocki-

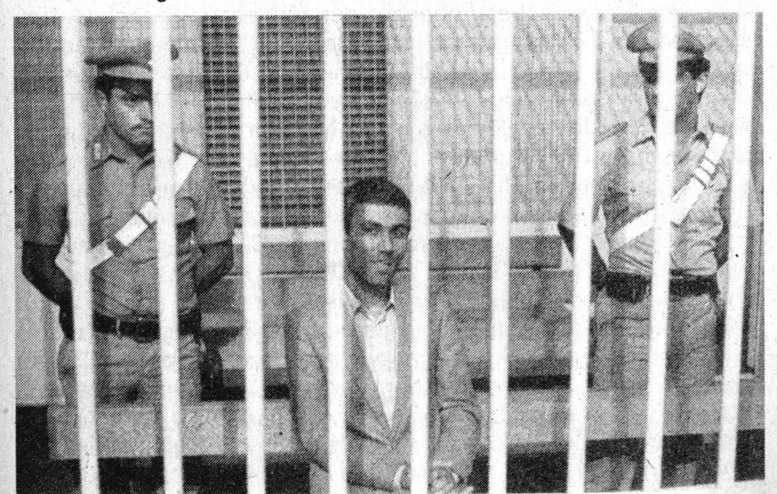
ges Kind auf dem Arm gehabt. Als das Spezialgefährt zur zweiten Schleife durch die Menge ansetzt, krümmt sich der Heilige Vater plötzlich zusammen. Sein weißes Gewand färbt sich in Höhe des Bauches rot. Den Menschen ringsum wird mit Entsetzen bewußt, daß jemand geschossen hat. Die Nonne Maria Letizia Giudici fällt einem jungen Mann in den Arm und schreit: „Was machst du da?"

Mit aufgeblendeten Scheinwerfern jagt der Jeep zur Ersten-Hilfe-Station im Vatikan. Dort wird der Schwerverletzte in einen Krankenwagen gelegt. „Warum ich, warum gerade der Papst?"[1] stöhnt er, ehe er das Bewußtsein verliert. Der Krankenwagen rast zur Gemelli-Klinik im Norden von Rom. Auf dem Petersplatz herrschen Verwirrung und Hysterie. Nur einer hat kalte Ruhe bewahrt: der Schütze Mehmet Ali Agca. Widerstandslos läßt er sich von dem Karabiniere Pier Maria Nati festnehmen.

Beim ersten Verhör durch italienische Antiterrorspezialisten im Polizeihauptquartier von Rom gibt der Attentäter an, völlig allein gehandelt zu haben. Er fühle „einen tiefen Haß auf das Abendland"[2]. Auf den katholischen Oberhirten habe er angelegt, weil dieser der Kommandeur „maskierter Kreuzritter" sei, die den Kampf gegen den Islam führten.

Das Motiv Agcas klingt glaubwürdig für die mit Vorurteilen belastete Öffentlichkeit der westlichen Länder. Seit langem wird Panik gemacht wegen einer angeblichen islamischen Heraus-

Mehmet Ali Agca während des Prozesses 1985



forderung an die Welt. Gemeint ist damit so ziemlich alles, was imperialistischen Interessen im Nahen Osten entgegensteht: die Ölpolitik der arabischen Länder, der Sturz des Lieblingsmonarchen der USA vom Pfauenthron in Iran, die palästinensische Befreiungsbewegung und so weiter.

Einige Sensationsblätter machen in ihren Sonderberichten den Attentäter der Einfachheit halber sogleich zu einem Komplizen der Teheraner Geiselnehmer. Die Belagerung der USA-Botschaft in Iran, in der fast ein Jahr über zweiundfünfzig Diplomaten und Angestellte festsaßen, war lange Zeit das große Schlagzeilenthema gewesen. Eine Variante in anderen Meldungen lautet: Agca habe sich für einen Palästinenser erklärt.

Die italienischen Polizeifahnder aber tun nun endlich etwas, worauf ihre Kollegen in mindestens acht westeuropäischen Ländern im Fall des rastlosen Reisenden mit dem falschen Namen Faruk Özgün nicht gekommen sind. Sie ziehen Informationen von der Interpol ein, jener mit hundertzwanzig kapitalistischen Staaten zusammenarbeitenden Organisation, die alle erreichbaren Informationen über flüchtige, untergetauchte und vagabundierende Berufsverbrecher sammelt: Fingerabdrücke, Fahndungsbilder, Personalakten von Rauschgiftschmugglern, Kidnappern, Mafiagangstern, Terroristen und Mördern.

Unter dem Namen Mehmet Ali Agca werden die Italiener sofort fündig. Den Mordschützen vom Petersplatz hat am 28. April 1980 ein türkisches Gericht in Abwesenheit zum Tode verurteilt: wegen Mordes an dem Journalisten Abdi Ipekci, Chefredakteur der bürgerlich-liberalen Zeitung „Milliyet". Die Akte sagt aus: Agca ist ein fanatischer Anhänger des türkischen Faschistenführers Alpaslan Türkes und seiner Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP). Diese unterhält eine illegale Organisation für den Terror getrimmter junger Gefolgsleute. Der Sturmtrupp hat in den siebziger Jahren Hunderte von Morden an fortschrittlichen Gewerkschaftern, Studenten, Professoren, Politikern verübt; denn die türkischen Faschisten wollten das Land in den Bürgerkrieg treiben. Das Emblem der Organisation zeigt einen auf einsamem Fels sitzenden grauen Wolf. Mehmet Ali Agca gehört zu dieser Meute. Er ist ein Grauer Wolf. Und zwar ein besonders gefährlicher. Er hat eine lange kriminelle Biographie.

Geboren wurde Agca 1958 in der kargen Provinzstadt Malatya im Osten der Türkei. Er stammt aus einer armen Familie. Schon als Achtjähriger stand er auf dem Bahnhof, um Trinkwasser aus einem Krug zu verkaufen, und mit gestohlener Kohle kehrte er nach Hause zurück. In der Schule galt er dennoch als fleißig, aufnahmefähig und mutig. Er schaffte es ohne Schwierigkeiten, auf das Gymnasium zu kommen.

In Malatya floß zu jener Zeit viel Blut. Türkische Faschisten, religiöse Fanatiker und Ultralinke prügelten beinahe täglich auf politische Gegner ein, und nicht selten wurde auch geschossen. Die meisten Opfer waren Leute, die sich für einen demokratischen Fortschritt einsetzten, linke Gewerkschafter und natürlich Kommunisten. Sie wurden von beiden Seiten angegriffen, aber zahlten nicht mit gleicher Münze zurück.

An dem überdurchschnittlich intelligenten und geltungsbedürftigen Jungen Mehmet Ali scheinen die lokalen Funktionäre der Türkespartei frühzeitig Interesse gefunden zu haben. Fest steht: In seiner Heimatstadt ist er unter die Grauen Wölfe gefallen. Vielleicht hat er in jenen Tagen zum erstenmal seine Hände mit Blut befleckt.

Als sich Agca, zwanzigjährig, im November 1978 an der Universität in Istanbul einschrieb, plagten ihn nicht die Geldsorgen eines Studenten, der aus einer Lehmhütte kommt. Er wechselte oft die Unterkünfte, zeigte keinen Studieneifer, legte weder in Wirtschaftswissenschaften noch in Geographie, seinen Immatrikulationsfächern, je eine Prüfung ab und erklärte seinen Kommilitonen: „Was ihr da lest, das lohnt sich doch nicht. Ich werde eines Tages noch auf ganz andere Weise berühmt."[3]

Agcas Stammlokal in Istanbul war das Kaffeehaus „Marmara", stadtbekannter Treffpunkt von MHP-Faschisten und ihren Jungmannen. Am 1. Februar 1979 ging der Graue Wolf Agca von dort aus auf die Jagd. Zu Fuß verfolgte er ein Auto, das im dichten Verkehrsgewühl nur langsam vorwärts kam. Am Steuer saß Abdi Ipekci. Der Chefredakteur der Zeitung „Milliyet" war bekannt in der Türkei, weil er sich mit der Aufklärung von Waffen- und Heroinschmuggel befaßte, den Terrorismus anklagte und mutig vor der faschistischen Gefahr im Land warnte. Das Blatt verkaufte sich gut, und Ipekci konnte sich ein Haus in einem Wohlstandsviertel von Istanbul leisten. Als er dort in die Karakolstraße einbog, traf ihn durch das Fenster seines Wagens ein tödlicher Revolverschuß. Der Täter sprang in ein Fluchtauto und war in Sekundenschnelle verschwunden.

Agca kassierte von verschiedenen „unbekannten Spendern" 400000 türkische Pfund (40000 Mark) für den Mord. Fünf Monate später wurde er verhaftet. Ein anonymer Anrufer hatte der Zeitung „Milliyet" mitgeteilt, daß der Mörder des Chefredakteurs wieder einmal im „Marmara" seinen Milchkaffee trinke.

In das Gefängnis auf der Militärbasis Kartal-Maltepe bei Istanbul eingeliefert, behielt Agca die Ruhe. Er konnte getrost auf die Macht und die Findigkeit seiner Hintermänner vertrauen. Obwohl er keine großen Namen kannte, hatte er längst gespürt, daß er seine Killerkarriere bei einflußreichen Leuten machte. Auftraggeber, Finanziers und Handlanger der Grauen Wölfe saßen im



Agcas erstes Mordopfer: der türkische Journalist Abdi Ipekci

Staatsapparat, in den Büros der rechten Parteien, in der Armee und in den großen Firmen. Und womöglich auch in einer ausländischen Botschaft.

Am 23. November 1979 entsprang der Häftling. Ungehindert vermochte er vier Stahltore zu überklettern und in ein wartendes Auto zu steigen. Zwei Graue Wölfe in Militärkleidung empfingen ihn dort. Agca wechselte die Gefängniskluft gegen die Uniform eines Wachsoldaten. Der Wagen passierte drei Kontrollstellen. Die Posten salutierten. Der Mörder war frei und konnte Rache üben: Kurze Zeit später fand man den Studenten Ramazan Gündüz, der Agca angezeigt haben soll, gefoltert und erschossen auf.

Und noch eine Spur hinterließ der Ausgebrochene. Am 26. November traf in der „Milliyet"-Redaktion ein von Agca unterschriebener Brief ein. Er bereue nichts, erklärte der Graue Wolf, und er kündigte ein neues Verbrechen an: gegen den Papst. Zwei Tage später sollte Johannes Paul II. zu einem Besuch in der Türkei eintreffen. Agca nannte ihn wie nachher in Rom „den Kommandeur maskierter Kreuzfahrer" und drohte: „Wenn dieser unangebrachte Besuch nicht abgesagt wird, werde ich den Papst erschießen. Dies ist der einzige Grund für meine Flucht aus dem Gefängnis."[4]

Irgend jemand hat schon damals den Grauen Wolf auf seine neue Fährte gesetzt. Das Datum verdient, festgehalten zu werden: der 26. November 1979. Es unterminiert ein gigantisches Lügengebäude, das zwei Jahre später, nachdem Agca wirklich geschossen hat, vom amerikanischen Geheimdienst CIA aufgebaut wird.

Der Papst kam, und zehntausend Soldaten und Polizisten beschirmten ihn in der Türkei. Nichts Dramatisches geschah.

Agca blieb unauffindbar. Im Februar 1980 zahlte er einem Schmuggler in der osttürkischen Stadt Erzurum 50000 türkische Pfund, damit dieser ihn über die Grenze führe. Die Drohung gegen den Papst kam zu den Akten.

Als der Mörder am 28. April 1980 von einem türkischen Gericht in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, hielt er sich wahrscheinlich in der Bundesrepublik auf: unter den Fittichen der Türkischen Föderation der Idealistenvereine in Europa, eines Ablegers der faschistischen MHP und der Grauen Wölfe. Ihr gehören 44000 Mitglieder an, die in 126 „Vereinen" organisiert sind. Das Hauptquartier befindet sich in Frankfurt am Main, Gutleutstraße 10. Chef war dort zu jener Zeit Musa Serdar Celebi, der später an die italienische Justiz ausgeliefert wurde.

Von Frankfurt am Main aus terrorisieren die Grauen Wölfe politisch mißliebige türkische Gastarbeiter in der BRD und in den anderen kapitalistischen Ländern Europas. Im Mai 1980 wurde in Reutlingen der als linksstehend geltende türkische Journalist und Dolmetscher Halin Tirelli erstochen. Ein Phantombild des Täters ist Agca außerordentlich ähnlich. Im November fiel in Kempten unter Pistolenschüssen der Lebensmittelhändler Uigur Necati, der einmal zu den Türkesleuten gehört, diesen aber den Rücken gekehrt hatte. Sterbend nannte er der Polizei mutmaßliche Täter, darunter Mehmet Ali Agca.

Am 11. November stellte die türkische Botschaft den Antrag auf Auslieferung eines gewissen Hamid Gökec. Mit einem auf diesen Namen lautenden gefälschten Paß reiste wahrscheinlich Agca umher. Aber nirgendwo wurde der Phantomkiller aufgehalten, der eins der spektakulärsten Attentate des Jahrhunderts angekündigt hatte.

Am 13. Mai des folgenden Jahres steht er ungehindert auf dem Petersplatz in Rom und schießt. Die erste, die ihm wirklich in den Arm fällt, ist die Nonne Maria Letizia Giudici, die dem Heiligen Vater der Katholiken mit dieser mutigen Tat wohl das Leben rettet.

Logenbrüder und Geldwäscher

Als das Operationsteam des Professors Francesco Crucitti in der Gemelli-Klinik von Rom nach gut fünfstündiger Arbeit die Wunden des Schwerverletzten vernäht hat, weiß man: Johannes Paul II. wird überleben. Die Welle der ersten großen Erregung ist verebbt.

Nun haben die nach jedem neuen Nachrichtendetail schnappenden Journalisten Zeit, sich in der Geschichte umzusehen. Viereinhalb Jahrhunderte lang ist kein Mordanschlag mehr gegen einen Pontifex maximus gelungen, finden sie heraus. Vom frühen Mittelalter bis zur Hochrenaissance aber waren solche Attentate gang und gäbe. Die Päpste besaßen damals auch weltliche Gewalt und konnten großen Einfluß auf die Politik in Europa ausüben. Deshalb standen sie im Zentrum feudaler Machtkämpfe der italienischen Aristokratie, der viele von ihnen selbst entstammten.

Von den bisherigen 239 Päpsten sind 31 durch Dolch und Gift gestorben, sind ertränkt oder erschlagen worden. Zu diesen Opfern zählen Gregor V. (Amtszeit 996–999), Silvester II. (999–1003), Urban VI. (1378–1389), Innocenz VII. (1404–1406) und wahrscheinlich auch der Renaissancepapst Alexander VI. (1492–1503).

Nicht selten erwiesen sich Kardinäle als Auftraggeber oder gar als Ausführende. Aber nicht immer kosteten die Anschläge die Betroffenen das Leben. Martin I. (649–653) erhielt einen Dolchstich, als er in der Kirche Santa Maria Maggiore betete. Verwundet und entmachtet, verschleppten ihn seine Feinde nach Byzanz. Den Papst Leo III. (795–816) fielen Verschwörer aus römischen Patrizierkreisen an, als er hoch zu Roß eine Straßenprozession anführte. Er entkam zu Kaiser Karl dem Großen nach Paderborn. Gregor VII. (1073–1085) sah sich während der Weihnachtsmesse dem gezückten Schwert des römischen Stadtpräfekten Censius gegenüber. Gehilfen des Angreifers zerrten den Papst an den Haaren aus der Kirche und sperrten ihn in der Präfektur ein. Eine bewaffnete Schar von Anhängern kämpfte den mißhandelten Kirchenfürsten am nächsten Morgen frei.

Die beiden letzten bekannt gewordenen Attentatsversuche waren individuelle Terrorakte. Im Jahr 1893 faßte der italienische An-

archist Giovanni Canto Caserio einen Mordplan gegen Leo XIII., der sich gern als Arbeiterpapst feiern ließ, aber vor allem einen Ausgleich der katholischen Kirche mit der Bourgeoisie suchte. Caserio fand keine Gelegenheit, seine Absicht zu verwirklichen. Ein Jahr später erstach er an Stelle des Heiligen Vaters den französischen Staatspräsidenten Marie François Sadi Carnot. Wegen dieser Tat wurde der Mörder hingerichtet.

Mit einem Messer, verborgen hinter einem Kruzifix, näherte sich am 27. November 1970 der bolivianische surrealistische Maler Benjamin Mendoza y Amor in der philippinischen Hauptstadt Manila dem Papst Paul VI. Sicherheitsbeamte überwältigten den exzentrischen Mann, der schwarze Priesterkleidung trug und im Verhör angab, er habe beabsichtigt, „die Menschheit vor dem Aberglauben zu retten“[5].

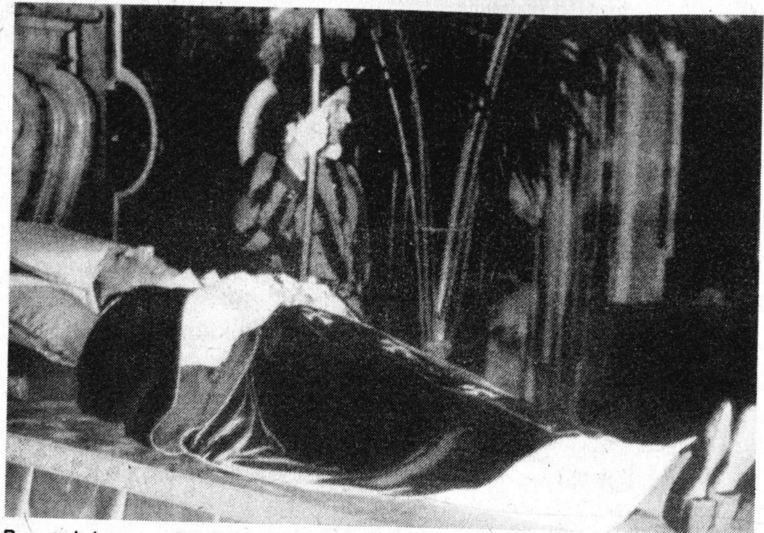
Im 20. Jahrhundert schien das Leben der Päpste besser geschützt. Jedenfalls glaubte man das vor dem 13. Mai 1981. Man zählte bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht einen zweiunddreißigsten Fall hinzu: den des nur dreiunddreißig Tage lang amtierenden Papstes Johannes Paul I., der am Morgen des 29. September 1978 unter höchst merkwürdigen Umständen tot in seinem Bett sitzend aufgefunden wurde.

Viele Mutmaßungen gibt es darüber. Anfang 1984 veröffentlichte der britische Journalist David A. Yallop ein Buch mit dem Titel „Im Namen Gottes?“, worin er das Interessennetz bloßlegt, das Mafia, Freimaurerlogen, Rechtsextremisten, Geheimdienste und Großbanken über der römischen Kurie ausgebreitet haben. Aus einer langen Indizienkette schlußfolgert Yallop, Johannes Paul I. sei ermordet worden.

Die Berichte, wer den Papst zuerst und wann tot aufgefunden habe, widersprechen sich. Die Hände des Toten hätten einige Blätter Papier mit handschriftlichen Notizen umklammert, hieß es zuerst. Dann wurde daraus ein Buch. Aus seinen Privatgemächern waren sowohl die Arznei als auch das Testament des Papstes verschwunden.

Angeblich soll Johannes Paul I. einem Herzinfarkt erlegen sein, nachdem er am Abend eine zu starke Arzneimitteldosis genommen habe. Aber warum erfolgte keine Autopsie?

Yallop sieht handfeste Motive für ein Mordkomplott. Johannes Paul I., der fünf Wochen zuvor noch Albino Luciani geheißen hatte und Kardinal von Venedig gewesen war, galt als Mann der Reformen. „Worauf Luciani zusteuerte, wurde sehr rasch deutlich: auf eine völlige Umwälzung. Sein Ziel war, die Kirche wieder zu ihren Ursprüngen zurückzuführen, zur Einfachheit und Ehrlichkeit, zu den Idealen und Geboten Jesu Christi“[6], schreibt Yallop.



Papst Johannes Paul I. auf dem Totenbett

Zu den ersten Anweisungen des neuen Papstes gehörte die Untersuchung der finanziellen Verhältnisse des Vatikans. In der italienischen Öffentlichkeit kursierten seit langem Vorwürfe, daß die Vatikanbank in Spekulationsgeschäfte, illegalen Kapitaltransfer und sogar in Geldwäscherei für die Mafia verwickelt sei. Die Abberufung des Bankchefs Paul Marcinkus, eines aus Litauen stammenden US-amerikanischen Bischofs, wurde stündlich erwartet. Marcinkus, einst ein Vertrauter des Rockefellerkonzerns, stand in bestem Einvernehmen mit Roberto Calvi, dem Chef der Banco Ambrosiano in Mailand, von der längst bekannt war, daß sie „schmutziges Geld" aus Bankraub, Lösegelderpressungen, Drogenhandel, Waffenschmuggel und Kunstdiebstählen akzeptierte. Ein Teil dieses Geldes gelangte auf die Vatikanbank und wurde von dieser in die Schweiz transferiert, womit es dann „gewaschen" war.

Durch eine gigantische Betrugsaffäre ist die Banco Ambrosiano im Jahr 1982 zusammengebrochen. Den Chef Calvi fand man unter mysteriösen Umständen erhängt unter einer Brücke in London. Dieser war ein Intimus des prominenten Mafioso Michele Sindona gewesen, der hauptsächlich Geld aus dem Rauschgifthandel wusch, in Sizilien Heroinraffinerien betrieb und die Produkte mit Hilfe des berüchtigten New-Yorker Gambiniclans auf dem USA-Schwarzmarkt absetzte, bis er 1981 in den USA wegen betrügerischen Bankrotts zu fünfundzwanzig Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Ausgeliefert an Italien, starb auch er

überraschend, und zwar im März 1986 im Gefängnis Voghera bei Mailand, vergiftet mit Zyankali.

Von allen dreien – Marcinkus, Calvi und Sindona – liefen Fäden zu dem Mann, den Yallop für den Drahtzieher eines Mordkomplotts hält: zu Licio Gelli, dem mächtigen Großmeister der Freimaurerloge P 2 (Propaganda 2), einer rechtsradikalen Verschwörung mit besten Beziehungen zu höchsten Kreisen der italienischen Politik, zu westlichen Geheimdiensten und natürlich zur Mafia.

Gellis Karriere begann im zweiten Weltkrieg als Obersturmführer der SS. Wie so viele andere Kriegsverbrecher schützte er sich vor Strafe, indem er sich den USA-Geheimdiensten anbot. Gelli half deutschen Nazikriegsverbrechern bei der Flucht nach Südamerika: Er bediente die Schleuse in Italien. Ende der sechziger Jahre gründete er in Rom die Geheimloge P2. Der Matratzenfabrikant mit dem Aussehen eines biederen Geschäftsmanns knüpfte von seinem Appartement in der Via Veneto in Rom Verbindungen zu Männern reaktionärer Gesinnung in allen Bereichen von Staat und Wirtschaft: zu Bankiers, Großverlegern, Richtern, Journalisten, Generalen, Ministern und Geheimdienstleuten. Bald nannte man ihn hinter der vorgehaltenen Hand „Burattinaio". Das ist im italienischen Puppentheater der Mann, der die Fäden zieht.

1974 geriet der Name Gelli im Zusammenhang mit der Verschwörung „Windrose" reaktionärer Offiziere erneut ins Zwielicht. Im August 1980 entdeckte man Indizien für seine Verwicklung in das furchtbare Sprengstoffattentat Rechtsradikaler auf den Bahnhof von Bologna, das fünfundachtzig Menschen das Leben gekostet hat.

Da sich Gellis Intrigantenriege besonders darum bemühte, eine Regierungsbeteiligung der italienischen Kommunisten zu verhindern, genoß sie höchste Aufmerksamkeit der CIA. Die Autoren der in der BRD erschienenen Analyse „Dunkelmänner der Macht", Jürgen Roth und Berndt Ender, schreiben:

„Eindeutige Absicht der Loge P 2, in der Politiker, Bankiers, Rechtsextremisten, Nachrichtendienstleute und Unternehmer die Fäden zogen, war die Verschwörung und Geheimbündelei gegen die bestehende italienische Verfassungsordnung, die Lenkung von rechtsextremistischen Terroristen zum Zwecke der Destabilisierung des politischen Systems in Italien. Politische Stoßrichtung der Geheimbündler war es, einen ihrer Meinung nach drohenden Einfluß der kommunistischen Partei auf die italienische Innenpolitik mit allen Mitteln zu verhindern."[7]

Gellis P2 flog auf, als 1981 dem Mafiaboß Sindona der Prozeß gemacht wurde. Die Polizei fand in Gellis Villa eine Liste mit 963

Freimaurernamen, darunter so hochkarätige, daß in Rom eine Regierungskrise drohte. Der Logenchef setzte sich in die Schweiz ab und wurde dort im September 1982 verhaftet. Mit Hilfe eines bestochenen Wärters entfloh er aus dem Genfer Gefängnis Champ-Dollon und ließ sich standesgemäß mit einem Hubschrauber über die französische Grenze nach Monaco ausfliegen. Von dort ist er nach Südamerika gelangt, wo er manchen geflüchteten Naziverbrecher wiedergetroffen und mit Neofaschisten aus Italien und der BRD, mit einheimischen Generalen und mit der Kokainmafia ein neues Verschwörernetz geknüpft hat.

Zurück zu den Säuberungsabsichten von Johannes Paul I.: Wäre der Bischof Marcinkus gefallen, dann hätten Calvi, Sindona und Konsorten ihren Geldwäscher verloren und Gelli seinen Logenbruder im Vatikan. Es gab also genug Leute, die ein Motiv hatten, dem um Sauberkeit bemühten Mann aus Venedig die Amtszeit in Rom zu verkürzen, ihm möglichst gar nicht erst Gelegenheit zum Großreinemachen zu lassen. Yallop sagt: Es war kein natürlicher Herzinfarkt, es war Mord, der zweiunddreißigste in der Geschichte des Papsttums, wenn man die Legende über Kaiser Nero mitrechnen will, der im Jahr 64 befohlen haben soll, den heiligen Petrus, den ersten Bischof in Rom, mit dem Kopf nach unten zu kreuzigen.

Das Märchen vom Einzeltäter

Und nun die Schüsse auf dem Petersplatz, die dem Nachfolger galten, der so wenig seinem Vorgänger ähnelt, vom Namen abgesehen. Zunächst zeigt sich kein Hintergrund der Gewalttat, scheint die Geschichte von dem Einzeltäter zu stimmen, wenngleich ein Pressefoto erschien, auf dem ein zweiter Mann zu erkennen ist, der kurz nach dem Attentat davonläuft – mit einem Gegenstand in der Hand, der eine Pistole sein könnte.

Mit dem Prozeß hat es die italienische Justiz auffallend eilig. Die These vom Einzeltäter ist bequem. Schon nach dreiundfünfzig Tagen – der Papst befindet sich inzwischen auf dem Weg zur Genesung – läuft der Prozeß gegen Mehmet Ali Agca ab, als gelte es, über einer zweifelsfrei aufgeklärten Untat eines zufällig Gestrauchelten die Akten zu schließen.

„Warum haben Sie nur so kurz ermittelt?" fragt ein Journalist den römischen Staatsanwalt Nicolo Amato.

„Warum", fragt der Staatsanwalt zurück, „sollten wir so

schwierige Untersuchungen durchführen? Damit hätten wir doch nur in Teufels Küche kommen können."[8]

In der Verhandlung nennt Amato den Angeklagten einen „fanatischen, geltungssüchtigen Killer", das Verbrechen eine „schauerliche Obszönität"[9]. Beweise für eine internationale Verschwörung lägen nicht vor.

Agca wird verhört, ob er für Auftraggeber gehandelt habe. Er verneint, und das Gericht nimmt es hin. Wer ihm die Tatwaffe besorgt habe? Agca schweigt, und das Gericht nimmt es wieder hin. Ungeklärt bleibt auch, woher die 50000 Dollar stammen, mit denen er seine Reisen durch halb Europa finanzierte. Und was der Inhalt jenes Telefongesprächs war, das er vor der Tat von Rom aus mit einem Unbekannten in der BRD führte. Geklärt wird nicht einmal, ob auf dem Petersplatz nur drei Schüsse gefallen sind oder vielleicht vier oder fünf. Denn getroffen wurde nicht allein der Papst. Verletzungen erlitten auch die amerikanische Touristin Anne Odre und die Jamaikanerin Rose Hall.

Dem Gericht reicht Agcas Schuldbekenntnis. Nach kurzem Prozeß, am 22. Juli 1981, lautet das Urteil „Lebenslänglich". Der Attentäter nimmt es gelassen hin: „Der Prozeß ist zu Ende, ich danke Ihnen." Mehr hat er nicht zu sagen.

In der Öffentlichkeit bleibt ein starkes Unbehagen zurück. Weshalb die Oberflächlichkeit des Gerichts, das doch Agcas Verbindungen zu den türkischen Neofaschisten aus den Interpolakten genau kannte? Was meinte der Staatsanwalt Amato, als er sagte, man wolle nicht in Teufels Küche kommen? Und außerdem: Ist da nicht bei dem Attentat etwas schiefgegangen? War da nicht mindestens ein zweiter Mann am Werk? Vielleicht sogar einer, der Agca nach der Tat beseitigen sollte und in der Panik die beiden Touristinnen anschoß? Man erinnert sich an das Attentat auf den USA-Präsidenten John F. Kennedy im Jahr 1963. Damals wurde der angebliche Einzeltäter Lee Harvey Oswald umgebracht, damit er nicht aussagen konnte.

Agca – wieder so ein „Einzeltäter"? Ausgerechnet in einem Land, wo Entführungen und Erpressungen an der Tagesordnung sind, wo das Übel der Mafia unausrottbar scheint, wo der Terrorismus gedeiht und wo die schwarze Internationale der Neofaschisten vielfache Wurzeln geschlagen hat? Oder stehen da im Hintergrund sogar Geheimdienste?

Solche Spekulationen erhalten Nahrung, als dreieinhalb Monate später durchsickert, daß der Verurteilte doch noch Kontaktpersonen nennt. Zwei Türken werden nach Italien ausgeliefert, die im Verdacht stehen, Agca behilflich gewesen zu sein. Der eine kommt aus der Schweiz: Er heißt Omar Bagci und bekennt,

er habe auf dem Mailänder Hauptbahnhof den Browning übergeben, mit dem Agca auf den Papst schoß. Nur sei ihm, Bagci, kein blasser Verdacht gekommen, was sein Landsmann mit dem Schießeisen vorhatte.

Der andere ist Musa Serdar Celebi, derselbe, der in Frankfurt am Main, Gutleutstraße 10, der Türkischen Föderation der Idealistenvereine in Europa vorsteht. Obwohl dorthin eine ganz heiße Spur läuft, stocken erneut die Ermittlungen. Der Oberstaatsanwalt des BRD-Landes Hessen, Hans Hermann Eckert, bestätigt das später in einem Interview mit dem sowjetischen Journalisten Jona Andronow.

„Herr Eckert, stimmt es, daß Sie Agcas Chef, den Führer der türkischen Grauen Wölfe in der BRD, entlarvt haben?"

„Bei den Verhören in Rom hatte Agca gestanden, daß Musa Serdar Celebi, der Führer der türkischen Nationalisten in Westeuropa, ihm den Mordbefehl für Papst Johannes Paul II. mündlich erteilt habe. Ihr Stab befand sich in der Frankfurter Gutleutstraße. Von dort aus hat auch Celebi gehandelt, den wir in Gewahrsam nahmen. Zunächst leugnete er, Agca Anweisungen erteilt zu haben. Angesichts der ihm vorgelegten Beweise aber gab er später zu, sich am Vorabend des Attentats im Vatikan zweimal mit Agca getroffen zu haben."

„Wo und wann genauer?"

„Das erstemal im Dezember 1980 in Mailand und das zweitemal im März 1981 in Zürich."

„Welches war das Ziel dieser Begegnungen?"

„Celebi hat Agca eine große Summe als Vorschuß übergeben und ihm eine weitere Million Dollar nach der Ermordung des Papstes versprochen."

„Woher kann Celebi solche Riesensummen haben?"

„Dafür bin ich nicht zuständig. Wir haben hier nur Celebis Schuld bewiesen und ihn den italienischen Behörden ausgeliefert. Dort ist der Untersuchungsrichter Martella mit dem Fall Agcas beauftragt. Das weitere ist seine Sache."[10]

Damit ist es heraus: Bei Agca handelt es sich keinesfalls um einen Einzeltäter. Er hatte mächtige und finanzkräftige Anstifter hinter sich, und die italienischen Behörden sind durchaus nicht so ahnungslos, wie sie bisweilen vorgaben.

Der türkische Journalist Örsan Öymen, BRD-Korrespondent der Istanbuler Zeitung „Milliyet", deren Chefredakteur von Agca ermordet wurde, recherchiert auf eigene Faust weiter. Er findet heraus, daß auch Celebi nur eine vorgeschobene Figur ist. Als der eigentliche Anführer und Geheimnisträger der Grauen Wölfe in der BRD erweist sich ein gewisser Enver Altayli, der sich nicht in einer öffentlichen Funktion befindet. Er ist der große Unbekannte, das fehlende Kettenglied in der Verbindung der Terrori-

stenorganisation mit dem US-amerikanischen Geheimdienst CIA. Altayli hält den Kontakt zu einem Diplomaten in der USA-Botschaft in Bonn, der Ruzi Nazar heißt. Und dieser steht in allen Angelegenheiten, die die Grauen Wölfe in der BRD betreffen, direkt mit der CIA-Zentrale in Langley in Verbindung. Dort hat er einen Vorgesetzten, der viele Jahre lang die CIA-Residenz in der Türkei leitete: Paul Henze.

Und damit kommen zwei neue Namen ins Spiel. Der eine ist der eines Kriegsverbrechers. Ruzi Nazar hieß einst Umursarow. Er stammt aus dem Süden der Sowjetunion und lief 1941 zu den Hitlerfaschisten über. Der Verrat brachte ihm den Posten eines stellvertretenden Kommandeurs des Konzentrationslagers für Kriegsgefangene in Kamenez-Podolski ein. 1944 machte er in der von der SS gebildeten Turkestaner Legion Jagd auf sowjetische Partisanen und beteiligte sich an der Niederschlagung des Warschauer Aufstands. Nach dem Krieg trat der SS-Obersturmbannführer, der sich nun Nazar nannte, in München in die Dienste der CIA.

Bayerns Hauptstadt war zu jener Zeit ein Tummelplatz für emigrierte Nazikollaborateure aus den osteuropäischen Ländern und für Geheimdienstagenten. Dort hatte die amerikanische Besatzungsmacht den Diversionssender Freies Europa stationiert, bei dem es gute Honorare zu verdienen gab. Einer der sogenannten politischen Berater des Senders erwärmte sich sofort für Nazar: Paul Henze.

Der US-Amerikaner nahm den Heimatlosen für einen langen Treck ins Geschirr. Im Jahr 1959 erschienen beide auf der Namensliste der Mitarbeiter der USA-Botschaft in Ankara: Henze als Botschaftsrat, Nazar als Attaché. Mit Diplomatie hatten die Agenten nichts zu schaffen. Henze fungierte als Chefresident der CIA in der Türkei, Nazar als sein Handlanger. Sie nahmen direkten Kontakt mit Türkes und den Grauen Wölfen auf, und es begann ein Teamwork, das nach mehr als zwei Jahrzehnten seine bösen Resultate brachte.

Der Papstattentäter ist damals gerade erst geboren. Zwanzig Jahre später, als er in Instanbul den Chefredakteur Ipekci erschießt, spielt der Name Henze zum erstenmal eine geheimnisvolle Rolle. Im Schreibtischkalender des Ermordeten findet sich unter dem 13. Januar 1979, knapp drei Wochen vor dem Verbrechen, die Eintragung „15.30 Uhr Paul Henze".

Wollte Ipekci, der vieles wußte über die Verwicklungen der CIA in geheime Waffenlieferungen an die Grauen Wölfe, bei dem Besucher aus den USA seinen Protest vorbringen? Ahnte er nicht, daß er in seinem Büro einen Spitzenmann der CIA empfing, den der damalige Chef des Nationalen Sicherheitsrats der USA, Zbigniew Brzezinski, zu seinen engsten Vertrauten zählte? Hat sich

Ipekci vielleicht bei dieser Begegnung so standhaft und aufrecht gezeigt, daß man ihn aus dem Weg zu räumen beschloß?

Eins scheint sicher: Nach dem Henze-Besuch nehmen die Grauen Wölfe Ipekci ins Visier. Ein paar Tage später wird er auf der Heimfahrt von einem Mann mit einer Pistole bedroht. Sein Arbeitszimmer in der Redaktion findet er aufgebrochen und durchwühlt. Am 1. Februar stirbt er unter den Schüssen Mehmet Ali Agcas.

Später, nach dem Attentat auf den Papst, verfolgt niemand – weder der römische Untersuchungsrichter Ilario Martella noch der Nachrichten- und Sicherheitsdienst des italienischen Verteidigungsministeriums (SISMI), noch die Staatsanwaltschaft im BRD-Land Hessen, noch das Bundeskriminalamt der BRD – die Fährte, die von Agca über die Frankfurter Gutleutstraße zu Ruzi Nazar in der USA-Botschaft in Bonn führt und von dort direkt in das CIA-Hauptquartier nach Langley im USA-Staat Virginia, zum Schreibtisch des CIA-Offiziers Paul Henze. Niemand erwähnt diesen Namen. Bis sich der Verdächtige auf verblüffende Weise selbst zu Wort meldet.

Für die amerikanische Zeitschrift „Atlantic Community" schreibt Henze im Dezember 1981 einen Artikel, in dem er behauptet, Agca sei kein türkischer Neofaschist, sondern ein sowjetischer Geheimagent und habe im Jahr 1980 einige Zeit in Bulgarien verbracht. Mehr Anhaltspunkte besitzt der CIA-Experte nicht.

Noch nimmt keiner das Henze-Pamphlet ernst. Kaum jemand weiß zu dieser Zeit mit der Person des Autors etwas anzufangen, und niemand ahnt, was im Verborgenen vorgeht.

Agca sitzt im Gefängnis und droht gelegentlich, er werde auspacken, wenn man ihn nicht bald heraushole. Der Artikel in der „Atlantic Community" klingt wie ein Verhaltenshinweis für CIA-Partner in Italien, die leicht an Agca herankommen und ihn entsprechend bearbeiten könnten.

Im Gefängnis Ascoli Piceno bei Rom geschehen seit dieser Zeit seltsame Dinge. In Agcas Zelle herrscht Hochbetrieb. Leute gehen ein und aus, die wie Priester gekleidet sind oder Eimer und Scheuerlappen in der Hand tragen, jedoch auffallend lange bleiben. Am 29. Dezember erscheinen, verkleidet durch Mönchskutten, der SISMI-Major Luigi Petruccelli und ein gewisser Dr. Alessandro Bonagura vom Informations- und Sicherheitsdienst des Innenministeriums (SISDE).

„Die Agenten haben mir versprochen, wenn ich auspacke, brauche ich nur zehn Jahre abzusitzen"[11], sagt Agca zwei Monate später zu seinem Pflichtverteidiger.

Obwohl für den Türken angeblich Isolation angeordnet ist, lernt er in dieser Zeit von einem Mithäftling Italienisch. Sein Maestro

heißt Giovanni Senzani und war in Freiheit einer der Chefs der berüchtigten Terrororganisation Rote Brigaden, deren Zusammenspiel mit den italienischen Neofaschisten dem Land seit Ende der sechziger Jahre eine Welle des politischen Terrors brachte.

Noch einen zweiten „Betreuer“ hat Agca: den Gefängnispater Mario Santini. Der Gottesdiener plaudert nicht nur mit dem Christenhasser. Er ist auch Briefträger für einen anderen Lebenslänglichen in Ascoli Piceno: für Raffaele Cutolo, den Chef des mächtigen neapolitanischen Gangstersyndikats Camorra. Santini hat in dem Gefängnis Narrenfreiheit. Denn er hilft den Behörden, Entführungsfälle glimpflich zu lösen. Seine Beziehungen zu Cutolo und Senzani sind Gold wert. Erst 1984 kommt heraus, daß der Seelsorger selbst ein Camorramann ist, und er muß die Kutte mit der Häftlingskluft vertauschen.

Agca aber lernt im Gefängnis, und nicht nur Italienisch. Er lernt auch die neue Lektion, die ihm unter Aufsicht seines prominenten Haftgefährten Don Raffaele eingetrichtert wird. Dabei geht es ebensowenig fein zu wie bei der Gehirnwäsche eines Camorramanns in Freiheit. Es seien „nahezu unwahrscheinliche, hinter den Kulissen vollzogene Manöver“, schreibt die Zeitung „Paese Sera“ zwei Jahre später in einer Analyse, „mit denen Ali Agca in Ascoli Piceno unter Druck gesetzt wurde, um ihn zur ‚Reue‘ zu bewegen und die ‚Verschwörung‘ aufzudecken, d. h. das zu ‚gestehen‘, was ihm diktiert wird“[12].

Die Erfindung einer „Bulgarian Connection“

Nicht aus dem Gefängnis kommt die neue Sensation, nicht vom Untersuchungsrichter Martella und auch nicht aus dem italienischen Justizministerium. Niemand ist kompetenter für CIA-Geschichten als das amerikanische Nachrichtenmagazin „Reader's Digest“.

„Wer steckt hinter dem Mordkomplott gegen den Papst?“ heißt die Schlagzeile in der Septemberausgabe 1982. Agca sei, so wird behauptet, vom sowjetischen Geheimdienst KGB ausgebildet und vorgeschickt. Verfaßt hat die Story die US-Amerikanerin Claire Sterling, die seit dreißig Jahren in Rom lebt und sich als freischaffende Journalistin bezeichnet. In Wirklichkeit ist sie ein Ziehkind des früheren CIA-Chefs James Angleton.

Am 21. September hilft die Fernsehgesellschaft NBC nach. Ihre Quelle ist die gleiche. Auf der Liste der Fachberater erscheint

noch einmal Claire Sterling, die der CIA schon manchen Dienst erwiesen hat. Ein zweiter bekannter Experte wird aufgeboten: Es ist – man kann es erraten – Paul Henze.

Die Kampagne zielt darauf, die Welt in Atem zu halten, aber bereits beim Start unterläuft den Erfindern ein peinlicher Fehler. Frau Sterling nennt als Zeitpunkt für die Anwerbung des Papstmörders 1976. Da saß in Rom noch Paul VI. auf dem Heiligen Stuhl, und Kardinal Wojtyla zelebrierte seine Messen im polnischen Kraków. Bis zur Fernsehsendung muß der Experte Paul Henze, der ja mehr weiß als Frau Sterling, dahintergekommen sein. Dort wird dann 1980 angegeben, ein Termin, der für den Zweck der Kampagne gerade noch hinreicht.

Die Autoren haben ein Motiv anzubieten, mit dem man das in Gang setzen kann, was der BRD-Journalist Jürgen Roth einen „publizistischen Reichstagsbrand" genannt hat. Der Mordanschlag auf den Papst sei erfolgt – so Henzes und Sterlings zeitgemäß frisierte Interpretation –, „nicht weil er das geistige Oberhaupt des Christentums ist, sondern weil er ein Pole ist, und das zu einem Moment, da wir in Polen Zeugen einer stürmischen Wiedergeburt des Katholizismus und der Entstehung der Gewerkschaft ‚Solidarität' sind, die sich dem sozialistischen Staat und vor allem der Sowjetunion entgegenstellt"[13].

Die Zeitschrift „USA Today" sieht sogar noch weiter: Wenn eine sowjetische Beteiligung an dem Attentat bewiesen werden könne, „wird das ein vernichtender ideologischer Schlag gegen die marxistische Bewegung in den katholischen Ländern Westeuropas und Lateinamerikas sein"[14]. Das ist ganz im Sinn von USA-Präsident Ronald Reagan, der soeben erst im USA-Kongreß 85 Millionen Dollar für die internationale Beeinflussung der Medien lockermachen ließ und in einer Gastrede vor dem britischen Parlament am 8. Juni den publizistischen Weltkrieg ankündigte: „Eine globale Kampagne für Demokratie – der Marsch für Freiheit und Demokratie, die den Marxismus-Leninismus auf den Aschenhaufen der Geschichte werfen wird."[15]

Einen Tag nach der verleumderischen NBC-Sendung bekommt Claire Sterling in Washington einen großen Auftritt vor einer Sonderkommission, die eigentlich die Einhaltung der Schlußakte der Konferenz von Helsinki kontrollieren soll. Ungerügt darf sie der italienischen Justiz eine Standpauke halten, weil diese die Spuren der Mittäter nicht ausreichend beachtet habe.

Dreimal reist nun Untersuchungsrichter Martella in die USA, um Experten zu konsultieren. Die besten Experten sitzen natürlich bei der CIA.



Sergej Antonow mit seinem Anwalt Prof. Giuseppe Consolo

Zwei Monate später sind Agcas neue Mittäter ausgemacht. Im Büro der Fluggesellschaft Balkan Air in Rom wird am 25. November 1982 der Bulgare Sergej Antonow verhaftet. Antonow habe, heißt es, den Anschlag vorbereitet. Als Handlanger des sowjetischen Geheimdienstes KGB. Ein anderer Bulgare, Sheljo Wassilew, Sekretär des Militärattachés in Rom, habe aus dem Hinter-

grund Regie geführt. Ein dritter, Todor Aiwasow, Kassierer der Botschaft, sei mit auf dem Petersplatz gewesen.

Der Termin für die Verhaftung wurde allem Anschein nach mit Vorbedacht gewählt. Sergej Antonow ist der einzige der drei, der sich zu dieser Zeit in Rom befindet. Der ehemalige Philologiestudent und Bibliothekar gilt als stiller, umgänglicher Mensch. Ihn hält man offensichtlich für beeinflußbar.

Die anderen beiden Beschuldigten weilen zu Hause in Bulgarien. Sheljo Wassilew hat seine dreijährige Dienstzeit im August 1982 offiziell beendet, auf seinem Platz sitzt ein Nachfolger. Todor Aiwasow ist kurz zuvor aus dienstlichen Gründen nach Sofia geflogen – mit einem Visum der italienischen Behörden, die ihn nicht aufhielten. Angesichts der absurden Vorwürfe kehrt er nicht zurück. Möglicherweise hat man auch dies kalkuliert. Das erspart den italienischen Behörden Scherereien wegen der diplomatischen Immunität. Und es erlaubt einen Prozeß in Abwesenheit, bei dem sich der Teil der CIA-Story, die Aiwasow betrifft, vielleicht besser verkaufen läßt.

Gegen die Bulgaren liegt nicht ein einziges Beweisstück vor. Alles, worauf sich die Untersuchungsbehörden stützen, sind die neuartigen Erinnerungen des Attentäters Agca.

Seine Geschichte, die der Einfalt und der Komik nicht entbehrt, beginnt nun an einem Julitag des Jahres 1980 im Appartement 911 des Sofioter Hotels „Witoscha". Dort habe ihn der bulgarische Geheimdienst auf die Tat eingeschworen. Ein türkischer Landsmann namens Bekir Celenk sei dabeigewesen und habe eine Million Dollar in Aussicht gestellt, falls Agca den Papst beseitige.

Am 10. Mai 1981, in der Dienstwohnung Sergej Antonows in Rom, Via Polo 29, habe man die Verschwörung besiegelt und die Einzelheiten für den 13. Mai besprochen. Neun Personen seien anwesend gewesen: außer Agca und Antonow drei Türken, deren Namen er nicht nennen wolle, Wassilew, Aiwasow, Frau Rossiza Antonowa und die – damals zehn Jahre alte – Tochter Ani.

An den nächsten beiden Tagen will Agca mit Antonow auf den Petersplatz gegangen sein, zur selben Nachmittagsstunde, da am Mittwoch die Audienz des Papstes stattfinden sollte. Vor Ort habe man die Zielrichtung ausgewählt und die Fluchtmöglichkeiten erkundet. Aiwasow habe notfalls eine Handgranate werfen wollen, um die Panik zu vergrößern. In einer Nebenstraße sollte ein bulgarischer Kühlwagen parken, in dem der Schütze seine Attentatsprämie empfangen und mit dem er entkommen könnte.

Kein Detail dieser Aussagen hält einer Überprüfung stand. Das Hotel „Witoscha" in Sofia hat im Appartement 911 den ganzen Juli 1980 über britische und kuweitische Gäste beherbergt, deren Namen und Adressen nachweisbar sind. Für die angeblichen Auf-

enthaltszeiten auf dem Petersplatz haben die drei Bulgaren Dutzende von Alibis, bestätigt von Balkan-Air-Kunden, Diplomaten und Botschaftspolizisten. Frau Antonowa kann den Verschwörern keinen Tee serviert haben. Sie weilte gar nicht in Italien. Am 8. Mai hat sie Rom mit dem Auto verlassen und sich zu einer wissenschaftlichen Tagung nach Sofia begeben. Kontrollstempel der italienischen Grenzbehörden in ihrem Paß und die Gästeliste eines jugoslawischen Transithotels belegen das. Und Töchterchen Ani hat zur fraglichen Zeit die Ohren ganz woanders gespitzt: in ihrer Schule in Sofia. Sie kommt lediglich in den Ferien nach Italien.

Rätselhaft bleibt auch, welcher Komplottsprache man sich bedient haben mag. Agca, der ja gerade erst eingereist war, konnte noch kaum ein Wort Italienisch und nur höchst mangelhaft Englisch. Antonow beherrscht lediglich Italienisch und Französisch. Vielleicht sei die Verschwörung in der Sprache der Taubstummen ausgeheckt worden und habe deshalb so viele Mißverständnisse hervorgebracht, spotteten italienische Journalisten.

Wie sich herausstellt, ist Agca auf seinen Camorrakursen im Gefängnis fehlerhaft instruiert worden. Die Tatwaffe will er nun schon im Juli 1980 in Sofia erhalten haben, obwohl doch die italienische Polizei die Herkunft bereits geklärt hat. Der Komplize Omar Bagci hatte sie von dem zweiten Komplizen Oral Celik und dieser von dem österreichischen Waffenhändler Horst Grillmayer beschafft. Claire Sterling, die CIA-Publizistin, versucht schnell noch, aus Grillmayer einen „Ostagenten" zu machen, doch Anfang 1983 findet die österreichische Polizei heraus, daß dieser in verdeckten Geschäftsbeziehungen zum BRD-Geheimdienst BND steht, und seitdem schweigt man allerseits zur Person und zur Sache.

Agca ändert fortwährend Einzelheiten seiner Erzählungen, widerruft Zeitangaben, täuscht Verwechslungen von Örtlichkeiten vor. Und wenn seine Killerehre auf dem Spiel steht, geht mitunter die orientalische Phantasie mit ihm durch. Man habe ihm noch ganz andere Zielpersonen angeboten, sagt er einmal und nennt Namen, die ihm gerade einfallen: den Ministerpräsidenten Maltas, Dominic Mintoff, die Präsidentin des Europaparlaments in Straßburg, Simone Veil, die britische Königin Elisabeth II. und den tunesischen Präsidenten Habib Bourguiba.

Bulgarien setzt sich zur Wehr, weist nach, daß es keine „Bulgarian Connection", keine bulgarische Verbindung, zum Papstattentat gibt. Nach weltweiter Rechtsauffassung wäre der Ankläger verpflichtet, den Schuldbeweis anzutreten und nicht der Angeklagte den Beweis seiner Unschuld. Aber hier geht es nicht nur um das Schicksal eines zu Unrecht verhafteten

Staatsbürgers. Hier wird eine Kampagne geführt, die ein sozialistisches Land diskreditieren und die internationale Atmosphäre vergiften soll.

Auf einer Pressekonferenz in Sofia am 17. Dezember 1982 vertritt der Generaldirektor der Nachrichtenagentur BTA, Bojan Traikow, vor mehr als hundertfünfzig ausländischen Journalisten den offiziellen Standpunkt seines Staates. Die Behauptungen von einer „bulgarischen Spur" des Papstattentats bezeichnet er als internationale Provokation. Hier liege eine von langer Hand gesteuerte Verleumdungskampagne vor. Die Urheber beabsichtigten:

„– Den Terrorismus, eine dem Kapitalismus immanente Erscheinung, als Politik und Handlungsweise der sozialistischen Länder auszuweisen...
– Im Hinblick darauf, daß Papst Johannes Paul II. ein Pole ist, unter einem Teil des polnischen Volkes antibulgarische und antisowjetische Stimmungen zu schüren, und das zu einem Moment, da die Lage in Polen sichtbar anfängt, sich zu beruhigen, da ein Prozeß der Normalisierung einsetzt.
– Die Hoffnungen auf dauerhafte Entspannung, internationale Verständigung und Zusammenarbeit auf lange Dauer zunichte zu machen."[16]

In der Tat belastet die CIA-Intrige die internationale Atmosphäre. „Jeder Beweis dafür, daß Bulgarien mit dem Mordanschlag gegen den römischen Papst in Verbindung steht, würde auf die Möglichkeit eines Treffens zwischen Präsident Reagan und dem sowjetischen Führer Juri Andropow sehr ernsthafte Auswirkungen haben"[17], erklärt der ehemalige Präsidentenberater in Washington Zbigniew Brzezinski, ein gebürtiger Pole, der in den USA Karriere gemacht hat und zu einem Vorreiter der Antikommunisten geworden ist. Der türkische Anwalt Hassan Günes, der nach dem Tod des Journalisten Ipekci den Mörder Agca verhört hat, gelangt zu der Ansicht: „Ich glaube, daß es der Drahtzieher des Papstattentates darauf abgesehen hatte, einen Aufstand in diesem Land [Polen – P.J.] zu provozieren und schließlich dessen Austritt aus dem Warschauer Pakt zu bewirken. Das polnische Regime wäre in eine viel heiklere Lage geraten, wäre der Papst ermordet und zum Märtyrer geworden."[18]

Auch die Friedensbewegung in Westeuropa (Italien gehört zu den Stationierungsländern für amerikanische Marschflugkörper) soll durch diese Kampagne irritiert werden. Alexander Haig, damals Außenminister der USA, hat das im April 1982 in einem Brief an den NATO-Generalsekretär Joseph Luns so formuliert:

„Wenn die Argumente, die Überzeugungskraft und der Einfluß der Massenmedien [zugunsten der Raketenstationierung – P. J.]

ihr Ziel nicht erreichen, bleibt uns kein anderer Ausweg, als die Kleinmütigen in Europa auf Trab zu bringen, indem wir in einzelnen Ländern eine Lage schaffen, die wir für nötig halten, um sie davon überzeugen zu können, wo ihre Interessen liegen. Dies macht entsprechend wirksame Handlungen delikaten Charakters erforderlich, über die wir oft diskutieren."[19]

Der Zynismus, bei Haig noch verschleiert, wird vollends deutlich in einem Telegramm, das der USA-Botschafter in Rom, Maxwell Rabb, an das State Department in Washington schickt. „Eine Kampagne in Italien für die Eingliederung Bulgariens ins Attentat auf den Papst ist möglich und aussichtsreich. Unsere Freunde von der italienischen Militäraufklärung haben unseren Spezialisten versichert, daß Agca ... zum Kooperieren bereit ist"[20], teilt Rabb mit. Und er empfiehlt: „Eine Diskreditierung Bulgariens, des treuesten Gesinnungsgenossen der UdSSR, wird der erste Schritt zur Diskreditierung der sowjetischen Spitzenpolitiker sein und Moskau als Zentrale des internationalen Terrorismus darstellen. Um Zweifel am Nutzen eines Ost-West-Dialogs zu wecken, wird Italien und seinen Bündnispartnern suggeriert, der Kreml plane eine Destabilisierung Westeuropas..."

Das Telegramm ist erst im Jahr 1983 durch die italienische Zeitschrift „Pace e Guerra" weltbekannt geworden, abgesetzt hat es die USA-Botschaft in Rom zur selben Zeit, als die überaus unabhängige Journalistin Claire Sterling an den letzten Zeilen ihres Manuskripts für „Reader's Digest" schrieb.

Keiner der beschuldigten Bulgaren hat irgend etwas mit dem Attentat zu tun. Keiner hat irgendwann in irgendeiner Weise mit dem Attentäter in Verbindung gestanden. Ob sich Agca während seiner Odyssee durch Europa auch in Bulgarien aufgehalten hat, ist nicht zu ermitteln. Jährlich überschreiten etwa 6 Millionen Besucher oder Durchreisende die Grenzen des Landes, darunter 2 Millionen Türken. Agca behauptet, den indischen Allerweltsnamen Joginder Singh zur Tarnung benutzt zu haben. Achtmal findet sich dieser Name in den Unterlagen der bulgarischen Grenzbehörden aus dem Jahr 1980. Einmal hat ein Einreisender, der sich so nannte, seine Nationalität als türkisch angegeben – ob es Mehmet Ali Agca war, läßt sich nicht feststellen.

Obwohl nicht in einem Rechtshilfevertrag mit Italien stehend, bietet Bulgarien größtmögliche Zusammenarbeit mit den italienischen Behörden an. Sheljo Wassilew und Todor Aiwasow sind bereit, nach Rom zu reisen und dort auszusagen, sofern man ihnen garantiert, daß sie nicht verhaftet würden wie Antonow.

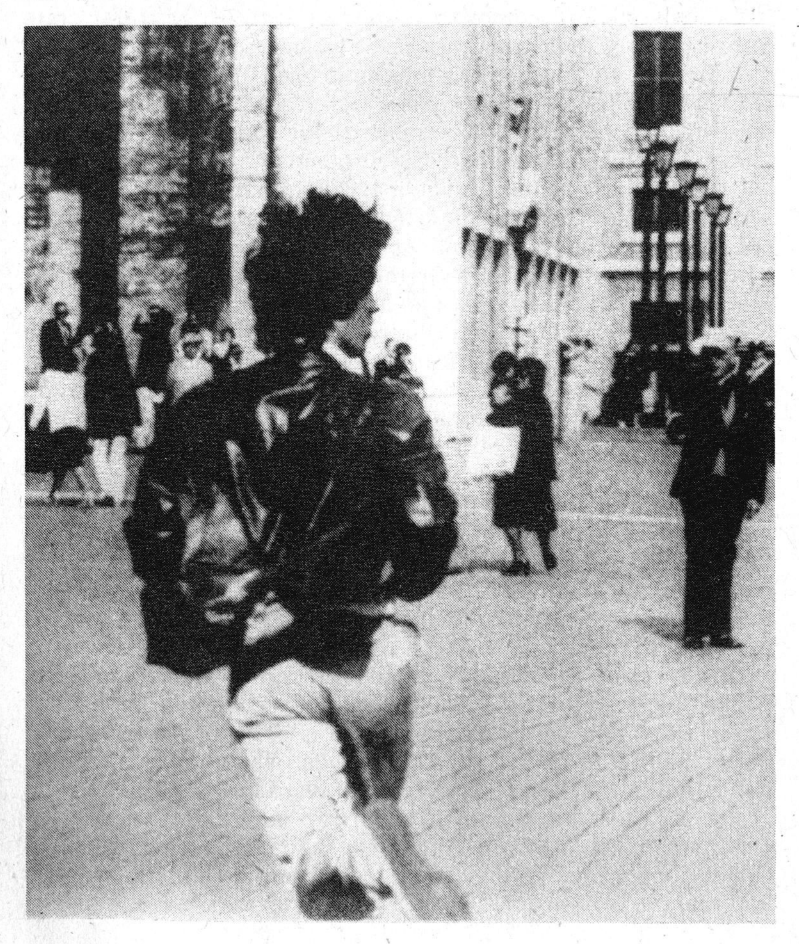
Auf der Pressekonferenz in Sofia wird auch der türkische Geschäftsmann Bekir Celenk vorgestellt. Agca hat ihn als den Geldzahler genannt. In Rom heißt es, daß Interpol seit langem nach ihm fahnde, weil er in Rauschgiftschmuggel und in Waffenschie-

bungen verwickelt sei. Aber niemand in Westeuropa hat ihn bisher behelligt. In München hat er noch am 14. Juli 1982 zusammen mit einem Kompagnon beantragt, eine Handelsfirma „Trakia“ aufzumachen, und dafür bei der Bayrischen Vereinsbank ein Kapital von 120 000 DM hinterlegt.

Der Schiffsverleiher und Exportkaufmann befand sich in Sofia, als aus Rom die Nachricht eintraf, er sei in das Papstattentat verstrickt. Bulgarien hat ihm einstweilen den Paß entzogen und ihn unter Aufsicht gestellt, später wird er an die Türkei ausgeliefert.

Celenk bestreitet alle Vorwürfe und versichert, Agca nicht zu

Nach dem Attentat auf dem Petersplatz: flüchtender Komplice Agcas, vermutlich Oral Celik



kennen. Als der italienische Untersuchungsrichter Martella nach Bulgarien kommt, kann er mit Celenk sprechen. Über das Ergebnis läßt er nichts verlauten.

Unterdessen sind die Erfinder der Theorie von einer bulgarischen Spur nicht müßig und reichen Desinformationen nach. Das Foto vom Petersplatz, auf dem ein davonlaufender Mann mit einem Gegenstand in der Hand zu sehen ist, der eine Pistole sein könnte, wird neu interpretiert. Aiwasow, der Botschaftskassierer, soll der Verdächtige sein. Doch Agca wurde wieder nicht ausreichend instruiert. Er identifiziert den Flüchtenden als Oral Celik, den Waffenbeschaffer. Den glaubt er preisgeben zu können; denn der ist seit dem Anschlag untergetaucht und in Sicherheit.

Im Dezember blamiert sich auch die große französische Illustrierte „Paris Match" mit einer falschen Bilderklärung. Sie präsentiert doppelseitig ein Foto vom Moment des Attentats mit dem Fahrzeug des Papstes im Vordergrund und einem markierten Mann in der Menschenmenge. Dunkles Haar, Schnurrbart und Brille – das muß er sein: „Sergej Antonow, dessen Festnahme Richter Martella wegen aktiver Beihilfe zum Attentat anordnete... Die These von einer aus dem Osten orchestrierten Verschwörung ist somit unwiderlegbar bestätigt."[21] Das „Beweisstück" wandert durch Hunderte westlicher Zeitungen.

Wenige Tage später ist „Paris Match" widerlegt. Ein amerikanischer Tourist hat sich auf dem Foto wiedererkannt. Die Illustrierte ringt sich eine Entschuldigung gegenüber ihren Lesern ab, natürlich nur kleingedruckt.

Bald mehren sich in der Öffentlichkeit der kapitalistischen Länder Zweifel an den Enthüllungen aus dem Haus „Reader's Digest" und an der plötzlichen Erzählfreude Agcas. Die Abgeordneten des italienischen Parlaments glänzen am 20. Dezember in einer Debatte über die internationalen Gesichtspunkte des Papstattentats durch massenhafte Abwesenheit. Von 630 Abgeordneten drücken am Vormittag 80, am Nachmittag nur noch 34 die Bänke.

Die „Washington Post" läßt in Rom recherchieren und kapituliert vor den Widersprüchen: „Es ist in der Tat kaum möglich, sich einen unglaubwürdigeren Informanten vorzustellen als diesen überführten Mörder und nachweislichen Lügner." Es sei denkbar, „daß er die gesamte bulgarische Verbindung mit Hilfe von außen erfand".[22]

Das Opfer verzeiht dem Täter

„Was nach den ‚Enthüllungen' der Sterling geschah, ist von CIA-Agenten innerhalb der Massenmedien kapitalistischer Länder zweckbetont als eine ‚Informationslawine' bezeichnet worden", schreibt später die außenpolitische DDR-Zeitung „horizont". „Tatsächlich sind die Zeitungsleser, Rundfunkhörer und Fernsehzuschauer nichtsozialistischer Länder selten mit einem so geringen Aufwand an informativer Substanz so nachhaltig desinformiert worden wie in diesem Falle."[23]

Seit im Weißen Haus Ronald Reagan regiert, haben in den USA diejenigen Kräfte das erste Wort, die man bisweilen die Neokonservativen nennt. Zu ihrer Strategie gehört es, religiöse Vorurteile für die außenpolitischen Absichten Washingtons zu mobilisieren. Der neue Präsident wird nicht müde, biblische Vokabeln zu bemühen, um den Kommunismus als das „Prinzip des Bösen" zu verketzern. Welcher „Beweis" für diese These könnte schlagender sein als der, daß es sich bei dem Attentat um einen vom „Zentrum des Bösen" gesteuerten Terrorakt handele. Und wie verlockend ist der Gedanke, den Papst als ersten Kronzeugen gegen die sozialistische Staatsmacht in seinem Heimatland zu gewinnen.

Von denen, die der Reaganschen Logik zu folgen bereit sind, versteht nicht jeder, daß der Mann im Vatikan so lange zögert, eine Erklärung zugunsten von Solidarność abzugeben. Es kommt zu einem neuen Zwischenfall. Auf den Tag genau ein Jahr nach dem Attentat, am 13. Mai 1982, als der Papst den katholischen Wallfahrtsort Fátima in Portugal besucht, nähert sich ihm abermals ein Attentäter. Er trägt eine Mönchskutte und darunter ein geschliffenes Bajonett. Die Leibwächter schöpfen rechtzeitig Verdacht. Fünf Schritte fehlen dem Angreifer noch, da wird er überwältigt.

Der überspannte Geistliche, er heißt Juan Fernandez Crom, bezichtigt den Heiligen Vater, die Kirche in Polen zu zerstören und den internationalen Kommunismus zu begünstigen. Er hat 1981 am Solidarność-Kongreß in Gdańsk teilgenommen. Zweifellos ist er ein Opfer der Informationslawine der CIA. Bezeichnenderweise wird sein politisch und propagandistisch nicht ausbeutbares Attentat auf den Papst gleichsam unter den roten Teppich ge-

fegt. Die Leser der Agca-Story hören von Pater Crom nie wieder etwas.

Ein Musterbeispiel spektakulärer Desinformation über die Fernsehbildschirme erlebt die Öffentlichkeit dagegen im Juli 1983. In der Vatikanstadt ist Emanuela Orlandi, die Tochter eines Beamten des Kirchenstaats, entführt worden. Am Telefon hat ein anonymer Anrufer gefordert: „Lassen Sie Agca frei, und geben Sie ihm die Möglichkeit, falls er das will, sich irgendwo in der Bundesrepublik anzusiedeln."[24] Gleich darauf trifft ein Brief ähnlichen Inhalts beim Staatssekretär des Vatikans, Agostino Casarolli, ein. Der Aufgabeort: Frankfurt am Main.

Es wäre naheliegend, die Spuren zu prüfen, die zu den Grauen Wölfen nach Frankfurt am Main führen. Auch die zu Ruzi Nazar in der Bonner USA-Botschaft, zu allen jenen Figuren, die Agca behilflich sein könnten, „sich irgendwo in der Bundesrepublik anzusiedeln". Statt dessen holt man den Verurteilten ins Polizeipräsidium von Rom, um ihn zu befragen. Wonach eigentlich? Seit mehr als zwei Jahren müßte er in Isolation stecken und keine Verbindung mehr zu seinen Hintermännern haben. Aber jeder weiß, daß es anders ist.

Als der Häftling das Verhör hinter sich hat und das Polizeipräsidium verläßt, flankiert von seinen Bewachern, sieht er sich Fernsehkameras und einer großen Gruppe wartender Journalisten gegenüber. Und Mehmet Ali Agca ist nicht mehr der schweigsame, sich vor der Öffentlichkeit duckende düstere Fanatiker, sondern ein offenbar gut beratener Showman. Er hat keinen vorgeblichen Rächer zu befürchten wie einst in Dallas der Kennedy-Attentäter Lee Harvey Oswald. Agca spielt jetzt eine neue Rolle, und damit ist er seinen Hintermännern lebend lieber.

„Ich bereue den Anschlag auf den Papst", ruft er der Presse entgegen, die Hände wie zum Gebet gefaltet, „mit mir haben die russischen Tscheka-Leute manipuliert ... Ich wurde in Bulgarien und in Syrien gedrillt. Den Anschlag organisierte der Bulgare Antonow!"

Dann wendet er sich, um seine Lauterkeit zu zeigen, an die Entführer Emanuela Orlandis: „Lassen Sie das arme Mädchen frei. Ich habe mit den Verbrechern und Terroristen nichts gemein ... Ich verurteile diesen Verbrecherakt." Und schließlich folgt noch etwas fürs Gemüt: „Ich bewundere den Papst und danke der italienischen Rechtsprechung. Ich fühle mich sehr wohl in den italienischen Gefängnissen. Es war eine Lüge, als ich sagte, ich fühle mich nicht wohl in den italienischen Gefängnissen. Ich helfe der Rechtspflege."

Schließlich, als man ihn schon in das gepanzerte Polizeifahrzeug geschoben hat, ruft er noch einmal den Hauptsatz, den er anzubringen hat: „Ich habe gesagt: das Attentat auf den Papst

wurde von bulgarischen Stellen verübt."[25] Doppelt hält besser, keiner soll es überhört haben.

Der peinliche Auftritt vor den Fernsehkameras kann freilich nicht mehr überspielen, was in Rom mittlerweile jeder Gemüsehändler weiß: Agca lügt hemmungslos. Um die Legende von der „Bulgarian Connection" mit seinem neuen Charakterbild in Einklang zu bringen – Agca ist ja nun kein Berufskiller mehr –, spielt er das Opfer einer Erpressung. Er sei in der Nacht vom 29. zum 30. August 1980 in der Gegend von Kapi-Kule über die türkische Grenze gekommen, mit zwei falschen Pässen und 3000 Dollar in der Tasche. Die Bulgaren hätten ihn gestellt und in ihre Dienste gezwungen. Das Datum widerspricht der früheren Behauptung von einem Treffen am 9. Juli im Sofioter Hotel „Witoscha".

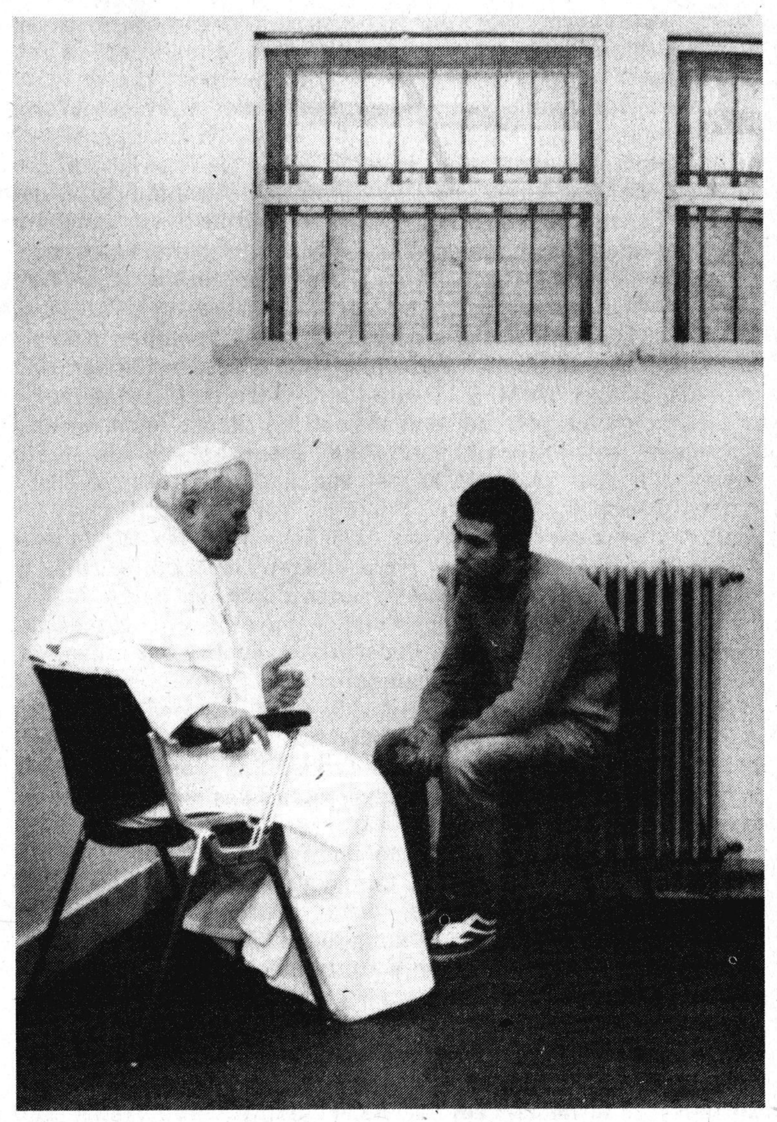
Eines Tages wird es sogar den genasführten römischen Untersuchungsbehörden zuviel. Agca hat dem Katalog seiner Enthüllungen Anfang 1983 ein neues Blatt hinzugefügt: Antonow habe ihn im Februar 1981, ein Vierteljahr vor dem Attentat auf den Papst, bewegen wollen, eine handgefertigte Bombe gegen den in Rom weilenden Pilger und Führer der polnischen Solidarność, Lech Walesa, zu werfen. Luigi Scricciolo, ein italienischer Gewerkschaftsführer, sei mit im Bund gewesen und habe deshalb sogar eine Reise nach Sofia unternommen.

Ein prächtiger Sensationsstoff für die der sozialistischen Staatsmacht in Polen nicht wohlgesonnene Presse, voran natürlich die amerikanische Fernsehgesellschaft NBC. Doch wieder hat Agca gestümpert. Der angebliche Komplize ist ein Kontaktmann der CIA. In Langley gibt es Ärger, weil sich die Phantastereien des Türken nun schon gegen die „Firma" wenden. Als Antonows Verteidiger Giuseppe Consolo und Adolfo Larussa in dieser Sache Verleumdungsklage erheben, bekommen sie von Ilario Martella recht. Am 24. November 1983 lädt der Untersuchungsrichter Agca vor und beschuldigt ihn offiziell der Verleumdung.

Gegen Jahresende scheint es, als würden sich die Dinge für Sergej Antonow zum Besseren wenden. Am 21. Dezember verfügt Martella die Entlassung des Bulgaren in den Hausarrest. Freigelassen wird Antonow nicht.

Nach 391 Tagen Untersuchungshaft ist er körperlich sichtbar geschwächt. Er hat 10 Kilogramm abgenommen. Zwei vom Gericht bestellte Psychiater haben schon im Juni „schwere maniakalische Phobie auf depressiver Grundlage"[26] festgestellt. Es ist nicht auszuschließen, daß ihn der Klüngel der Camorra und der Geheimdienstbeamten vielleicht sogar mit Drogen traktierte.

Am zweiten Weihnachtsfeiertag jagt eine neue Sensationsmeldung um die Welt: Der Papst in der Gefängniszelle des Attentäters. Um zehn Uhr morgens ist das Oberhaupt der katholischen Kirche im schwarzen Mercedes vorgefahren. In der Häftlingska-



Papst Johannes Paul II. in der Gefängniszelle des Attentäters

pelle hält er vor vierhundert Strafgefangenen eine Ansprache, dann bleibt er im Trakt 7 mit Agca zwanzig Minuten allein. Nicht mit dem Mikrofon, nur im Bild darf die Begegnung dokumentiert werden: vom Vatikanfotografen Arturo Mari und vom soeben gegründeten Vatikanischen Fernsehen. Der Öffentlichkeit erklärt Jo-

hannes Paul II. lakonisch: „Ich habe mit ihm gesprochen wie mit einem Bruder, dem ich verziehen habe und der mein volles Vertrauen hat."[27]

In der Weltöffentlichkeit sind die Reaktionen auf diese Worte geteilt.

„Ganz ohne Zweifel ließ sich Papst Johannes Paul II. vom Gefühl der Großmut leiten, als er sich mit dem Attentäter traf, der auf ihn geschossen hat und dem er zum drittenmal, nunmehr Auge in Auge, Absolution erteilte. Ein Ausdruck hoher Menschenliebe, wie sie einem Papst gebührt", schreibt darüber Bojan Traikow, der Chef der bulgarischen Nachrichtenagentur BTA. „Aber diese Geste konnte nicht zwischen den Zellenwänden bleiben, auch nicht in dem Sinne – das Opfer vergibt seinem Räuber. Und sie blieb es auch nicht. Die Weltöffentlichkeit reagierte darauf – mit Zustimmung oder Befremden, daß der Papst Agca für sein ganzes verbrecherisches Leben Ablaß erteilt hat, bis hin zu der Deutung, daß er auch die jetzigen Handlungen Agcas moralisch unterstütze ...

Und diese sicher in frommer Absicht geäußerten Worte blieben nicht dort im Gefängnis, beschränkten sich nicht auf die ‚intime Welt' des Papstes, sondern liefen durch die ganze Welt – mit allen möglichen Deutungen und Suggestionen. Und eine davon lautete: Wenn selbst der Papst zu Agca volles Vertrauen hat, heißt das, daß der die Wahrheit spricht.

Deshalb denke ich in bezug auf das Treffen des Papstes mit Agca, wie leicht die Handlung einer hochstehenden Persönlichkeit die ihren Absichten zuwiderlaufenden Resultate haben kann, selbst wenn wir zu glauben bereit sind, daß das nicht bewußt bezweckt wurde."[28]

Traikow setzt voraus, daß Johannes Paul II. selbst nicht an die Konstruktion einer „Bulgarian Connection" glaubt. Sonst hätte dieser wohl nicht ein halbes Jahr zuvor eine bulgarische Kulturdelegation empfangen, seine Achtung für das bulgarische Volk ausdrücken und Grüße an den Vorsitzenden des Staatsrats der Volksrepublik ausrichten lassen können.

Aber die Erfinder der Verleumdung nutzen den Klatsch und die weitschweifigen Betrachtungen in der westlichen Presse, die der Auftritt des Heiligen Vaters bei seinem Attentäter ausgelöst hat, um ihrer „Informationslawine" neuen Schwung zu geben. Auf dem Buchmarkt erscheint ein Pamphlet mit dem Titel „Das Mordkomplott gegen den Papst". Der Umschlagtext verspricht: „Ein Experte rekapituliert die Konspiration". Wer könnte der Experte wohl sein? Paul Henze vom CIA-Hauptquartier Langley, Virginia!

Unterdessen wird Sergej Antonow trotz seines schlechten Gesundheitszustands wieder ins Gefängnis geworfen. Der Untersuchungsrichter Ilario Martella hat eine 1243 Seiten lange Akte an-

gelegt und diese dem stellvertretenden Generalstaatsanwalt Antonio Albano zur Prüfung übergeben. Der Anklagevertreter stöhnt in seinem Gutachten, die von Agca „im Laufe des 22monatigen Ermittlungsverfahrens gemachten Aussagen erfolgten in schnellem Tempo und sind voller widersprüchlicher Erklärungen, Neuigkeiten und Erfindungen ... Während der gesamten Ermittlungen feilschte Agca wie ein levantinischer Händler um das, was er wußte, und wollte den Preis dafür in die Höhe treiben."[29]

Welchen Preis? Die italienische Zeitung „La Repubblica" macht darüber am 18. Januar 1985 eine Teilangabe. Sie zitiert aus einem Brief Agcas an den US-amerikanischen Militärattaché in Rom, worin der Häftling sich darauf beruft, daß er „seine Pflicht getan" habe, und bittet, nun dafür zu sorgen, daß ihm die französische oder die schweizerische Staatsbürgerschaft zuerkannt werde.[30]

Die Erfinder der „Bulgarian Connection" wollen den Prozeß, ganz gleich, wie brüchig die Beweislage ist. „Nuova Polizia", die Zeitschrift der italienischen Berufspolizei, spricht von einer „tragischen Posse", in der „die Italiener die Narrenrolle spielen"[31].

Am 27. Mai 1985 beginnt in Rom das neue Gerichtsverfahren, mit dem die Konstruktion gestützt werden soll. Angeklagt sind die Türken Mehmet Ali Agca, Musa Serdar Celebi, Omar Bagci, der flüchtige Oral Celik. Der ursprünglich mitangeklagte Bekir Celenk ist inzwischen in türkischer Haft verstorben. Zugleich wird dieser Prozeß gegen Sergej Antonow und in Abwesenheit gegen Sheljo Wassilew und Todor Aiwasow geführt. Kronzeuge ist der Attentäter selbst. Gegen ihn wird diesmal nur wegen unerlaubter Waffeneinfuhr verhandelt.

Der Pistolenschütze vom Petersplatz frohlockt. Er hofft auf eine „Begnadigung aus humanitären Gründen". Diese Formulierung hat die katholische Wochenzeitung „Il Sabato" in einem Agca-Interview, dreieinhalb Jahre nachdem die Schüsse auf dem Petersplatz gefallen sind, gedruckt. Das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" ergänzt:

„In Rom wird vermutet, die Idee stamme aus dem Vatikan: Die große Versöhnungsaktion, die Johannes Paul II. vor einem Jahr mit seinem Besuch in Agcas Haftzelle einleitete, soll mit einem Gnadenakt des italienischen Staates beendet werden ... Durch einen Gnadenakt von Strafe befreit, hätte Agca keinen Grund mehr – was er nach seiner Verurteilung öfter tat – von seinem ursprünglichen Geständnis abzugehen, er habe mit drei Bulgaren, davon zwei Botschaftsangehörigen, das Attentat geplant. Und einzig mit diesem Geständnis, so berichten römische Juristen,

sei die ‚pista bulgara', die bulgarische Fährte, die zu den Hintermännern des Mordanschlags führen soll, zu erhalten."[32]

Zehn Monate später, im März 1986, bricht die Anklagekonstruktion in diesem zweiten Prozeß um das Attentat in Rom zusammen. Das Gericht spricht Sergej Antonow und die beiden abwesenden Bulgaren mangels Beweises von jedem Verdacht einer Komplizenschaft frei. Antonow, der mehr als drei Jahre und vier Monate seiner Freiheit beraubt war, kann endlich in seine Heimat zurückkehren.

Die „Informationslawine" der CIA ist hängengeblieben. Hängengeblieben ist auch der Attentäter und Kronlügner Mehmet Ali Agca. Er wird wegen illegalen Waffenbesitzes zusätzlich zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Von Paul Henze und von Claire Sterling kann er nichts mehr erwarten, und seine Bettelbriefe an die USA-Botschaft in Rom wandern zu den Akten. Dankbarkeit ist ein Charakterzug, den man bei der CIA nicht kennt. Langley pflegt untaugliche Partner mitleidlos zu opfern.

Quellen der Zitate

1 zit. nach: „stern", 22/1981
2 zit. nach: Hubert Reichel, Schüsse auf dem Petersplatz, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1984, S. 7
3 zit. nach: „stern", 30/1981
4 ebenda, 22/1981
5 zit. nach: Munzinger Kulturarchiv, 27. November 1970
6 zit. nach: Hubert Reichel, a. a. O., S. 85
7 Jürgen Roth/Berndt Ender, Dunkelmänner der Macht, Lamuv Verlag, Bornheim-Merten 1984, S. 111
8 „Bunte Illustrierte", 4/1983
9 „Der Spiegel", 31/1981
10 zit. nach: Hubert Reichel, a. a. O., S. 15
11 ebenda, S. 37
12 zit. nach: Freiheit für Antonow! Bulgarische Telegrafenagentur/Agentur Sofia-Press, Sofia 1983, S. 117
13 zit. nach: Hubert Reichel, a. a. O., S. 32
14 zit. nach: „Bulgarian Connection" – Das Ende einer Provokation, Bulgarische Telegrafenagentur/Agentur Sofia-Press, Sofia 1983, S. 41
15 zit. nach: Hubert Reichel, a. a. O., S. 34
16 ebenda, S. 56
17 zit. nach: „Bulgarian Connection", a. a. O., S. 41 f.

18 Demokratische Juristen gegen Willkür der italienischen Justizbehörden. Dokumente des 12. Kongresses der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen, Athen 15.–19. Oktober 1984, Agentur Sofia-Press, 5/1984, S. 5
19 zit. nach: „Bulgarian Connection", a. a. O., S. 42
20 zit. nach: „Neue Zeit", 22/1984
21 zit. nach: „Bulgarian Connection", a. a. O., S. 65
22 zit. nach: „Neues Deutschland", 27. Januar 1984
23 „horizont", 1/1985
24 zit. nach: „Bulgarian Connection", a. a. O., S. 4
25 ebenda, S. 3f.
26 ebenda, S. 12
27 zit. nach: „Die Welt", 28. Dezember 1983
28 Bojan Traikow, Das Komplott der Neokreuzritter, Verlag der Agentur Sofia-Press, Sofia 1984, S. 64
29 zit. nach: Hinter den Kulissen der „Ermittlung in Sachen Agca", Agentur Sofia-Press, 4/11/1985, S. 5
30 siehe „Sofioter Nachrichten", 20. Februar 1985
31 zit. nach: Hubert Reichel, a. a. O., S. 100
32 „Der Spiegel", 51/1984

Ein Attentat zieht eine lange Blutspur: High noon in Dallas

3

Gewisse Tatsachen über den Mord an Präsident Kennedy wird die Öffentlichkeit aus Gründen der Staatssicherheit erst in 75 Jahren erfahren können.

Earl Warren

Ort und Zeitpunkt des Geschehens:

Dallas (USA-Staat Texas), Elm Street, 22. November 1963, 12.29 Uhr

Augenzeugen:

Etwa zweihundert am Straßenrand winkende Zuschauer, Leibwächter und Sicherheitsbeamte, die Präsidentengattin Jacqueline Kennedy, Senator John B. Connally und seine Frau

Täter:

Eine Gruppe von Scharfschützen, vorgeschobene Figur: Lee Harvey Oswald, ehemaliger Marineinfanterist, 24 Jahre alt

Opfer:

John Fitzgerald Kennedy, 35. Präsident der USA, Multimillionär, 46 Jahre alt



Minuten vor den Schüssen in Dallas:
John F. Kennedy (links) mit seiner Frau und Senator John B. Connally

Eine Verhaftung im Kino

Das Attentat, bei dem das Leben des erst sechsundvierzigjährigen Präsidenten der USA, John F. Kennedy, erlosch, geschah am 22. November 1963 auf der Elm Street in Dallas. Es war Mittagszeit, High noon, in der Neureichenmetropole von Texas, jenem Bundesstaat, an dessen Geschichte so viele Revolverhelden mitgeschrieben haben.

Trotz Warnungen von Freunden, er werde dort im Süden in ein ihm nicht sehr zuträgliches politisches Klima geraten, hat sich Kennedy auf den Weg gemacht. Seiner Überzeugungskraft und dem Charme seiner Frau Jacqueline vertrauend, will er Wahlkampf-Pluspunkte für sich und die Regierung der Demokratischen Partei in einer Hochburg der Republikaner sammeln.

Die mächtige texanische Großbourgeoisie hatte sich bis dahin allen Annäherungsversuchen Kennedys widersetzt. Der Sproß einer Multimillionärsfamilie war als arrogant verschrien und wegen seines bisweilen den Ansichten der erzkonservativen Kreise zuwiderlaufenden politischen Kurses gehaßt. Der 35. Präsident der USA hätte den „Cowboys" in den Bankpalästen von Dallas gern

persönlich beigebracht, daß seine Art der Amtsführung in Washington durchaus auch ihren höheren Interessen dienlich war.

San Antonio – Houston – Fort Worth. Kennedy hat bereits ein anstrengendes Programm hinter sich, das ihm auch die superkomfortable Präsidentenmaschine U. S. Air Force 1 mit ihren schalldichten Kabinen nicht erträglicher machte. Er leidet seit einem Unfall beim Baseballspiel in seiner Jugend an einer Erkrankung der Wirbelsäule und muß ein Stützkorsett tragen.

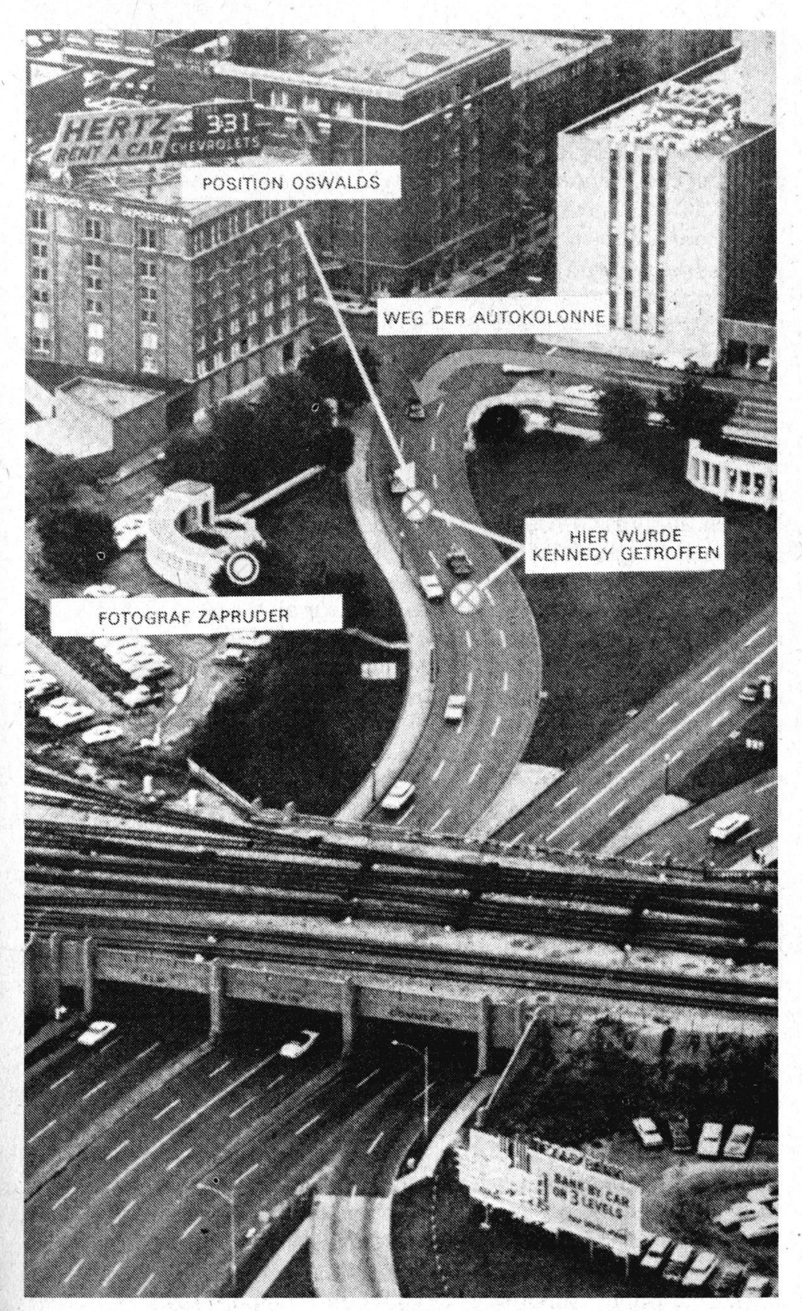
Was er nicht trägt, als er im offenen Wagen 16 Kilometer durch Dallas fährt, durch Industriegebiete, Parks und Wohnviertel der 900 000 Einwohner zählenden Stadt, in der man seit Beginn des Jahres 1963 schon 110 Menschen ermordet hat, ist eine kugelsichere Weste. Er ließ sogar das schußfeste Verdeck des aus Washington eingeflogenen Präsidentenfahrzeugs herunternehmen; denn die Freundlichkeit und der Beifall der einfachen Texaner am Straßenrand sind größer als erwartet.

Die Kolonne muß noch fünf Minuten bis zum Trade Mart zurücklegen, zu den Messehallen, wo der Präsident eine Rede halten will. Die begrünte Dealy Plaza ist erreicht, und der Cadillac mit dem winkenden Ehepaar Kennedy fährt die leicht abfallende Elm Street hinunter, einer Eisenbahnbrücke entgegen. Da krachen Schüsse. Die Bewacher im „SS 100 X" – so der Code des Präsidentenautos – glauben zunächst, es handele sich um Feuerwerkskörper, und reagieren nicht. Erst als Kennedy blutüberströmt zusammensinkt und der im Auto mitfahrende texanische Gouverneur John B. Connally getroffen aufschreit, reißt der vierschrötige Sicherheitsbeamte Roy Kellermann auf dem Vordersitz das Sprechmikrofon hoch und brüllt: „Attentat auf Nummer 1! Vollgas!"

Doch zu spät. Als der Wagen im Parkland Memorial Hospital, dem nächstliegenden Krankenhaus, eintrifft, ist der Präsident der Vereinigten Staaten bereits tot. Einer der Schüsse hat seinen Hinterkopf getroffen, die Schädeldecke zertrümmert und das Gehirn zerstört. Connallys Wunden erweisen sich als nicht lebensgefährlich – er kann gerettet werden.

Am selben Abend wird im Vorstadtkino „Texas Theatre" ein junger Mann aus den hinteren Sitzreihen geholt, auf den die Fahndungsmeldung paßt, die der Polizeifunk von Dallas an sämtliche Reviere und Funkstreifen ausgegeben hat und die das Bundeskriminalamt FBI inzwischen überall in den USA verbreitet: „Weißer Mann, ungefähr 30 Jahre alt, schlank gebaut, 5 Fuß, 10 Inches hoch, 165 Pfund."

Zeugen haben einen solchen Verdächtigen im Lagerhaus des Schulbuchverlags Texas School Book Depository an der Elm Street beobachtet. Dort, in der sechsten Etage, zwischen Packen versandfertiger Bücher, fand man inzwischen ein Carcano-Mehr-



Die Elm Street in Dallas

ladegewehr italienischer Produktion mit einem japanischen Zielfernrohr. Aus der Waffe ist geschossen worden. Auf ihrem Schaft befindet sich ein Handabdruck, der von dem Verhafteten stammt.

Der Mann, der unter dem Verdacht des Mordes an USA-Präsident John F. Kennedy steht, heißt Lee Harvey Oswald. Er hatte eine Kindheit ohne Vater in ziemlicher Armut verbracht, unterdrückt von einer ebenso ehrgeizigen wie erfolglosen Mutter. Er diente bei der Marineinfanterie, wo man Scharfschießen lernt. 1959 wanderte er in die Sowjetunion aus und brachte drei Jahre später aus Minsk seine russische Ehefrau Marina in die USA mit.

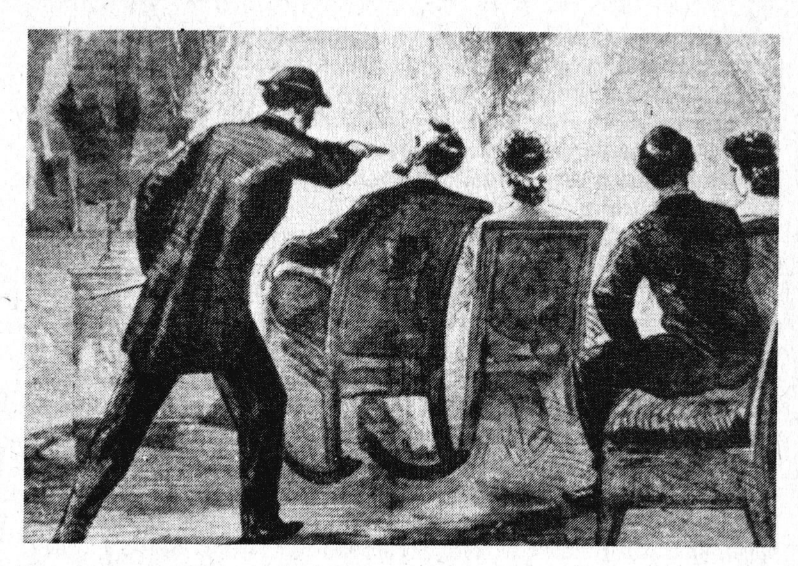
Die Presse macht aus Oswalds Biographie einen Hintertreppenroman. Es sei ihm nicht gelungen, in den USA wieder Fuß zu fassen. Er habe zwischen Dallas und seiner Heimatstadt New Orleans gependelt, sich in der Unterwelt herumgetrieben, von Gelegenheitsarbeit gelebt und sich von seiner Frau demütigen lassen müssen, die seinen Leistungen im Bett die Qualifikation Männlichkeit abspreche. Deshalb habe der gelernte Scharfschütze, in dessen Hirn gewiß noch kommunistisches Gedankengut herumspuke und der von bärtigen Kubanern in New Orleans wer weiß was für Aufträge erhielt, beschlossen, für all die Schmach Rache zu nehmen. Der rastlose Wanderer wollte seiner Frau imponieren und seinen Namen in die Schlagzeilen der Weltpresse befördern, indem er auf den millionenschweren Präsidenten des mächtigsten kapitalistischen Staates der Erde schoß.

So ungefähr stellt man dem Durchschnittsamerikaner das Lebensbild und die Verstrickungen des mutmaßlichen Kennedy-Mörders Lee Harvey Oswald dar.

Die Ölspur und die Warren-Lüge

Nicht zum erstenmal fiel ein Präsident der USA unter den Kugeln eines Attentäters.

Fast ein Jahrhundert zuvor, am 14. April 1865, drang der Schauspieler John Wilkes Booth im Ford's Theatre in Washington mit einem Revolver in die Loge vor, in der Abraham Lincoln einer Vorstellung beiwohnte. Der eitle, geltungsbedürftige Mime galt als fanatischer Anhänger der Südstaaten, die soeben im amerikanischen Bürgerkrieg unterlegen waren. Er wollte für „die alte Fahne" streiten, spielte die rächende Hand und erschoß den Mann, der 1862 die Aufhebung der Sklaverei verfügt hatte.



Das Attentat auf Abraham Lincoln 1865

Booth starb, nachdem er sich zu einem Tabakpflanzer nach Virginia geflüchtet hatte, in einer von seinen Verfolgern angezündeten Scheune; die kleinen Komplizen der Verschwörung brachte man an den Galgen; die großen ließ man laufen. Jefferson Davis, der ehemalige Kriegsminister, der sich 1861 zum Präsidenten der abgefallenen Südstaaten aufgeschwungen hatte, stand zwar wegen Hochverrats in Richmond vor Gericht. Seine Klassenbrüder, an der Spitze der Eisenbahnkönig Cornelius Vanderbilt, sorgten aber im Dezember 1868 – als die Welt für sie wieder in Ordnung schien – dafür, daß Davis amnestiert und auf freien Fuß gesetzt wurde.

Am 2. Juli 1881 zielte der arbeitslose Sohn französischer Einwanderer Charles Guiteau im Washingtoner Bahnhof der Baltimore-Potomac-Eisenbahn auf Präsident James Garfield, der erst vier Monate in seinem Amt stand. Im Prozeß gab der Mörder an, er habe die Republikanische Partei vor einer Spaltung bewahren wollen. Während Garfield nach langem schmerzvollem Leiden starb, wurde Guiteau gehenkt.

In Buffalo erschoß am 14. September 1901 Leon Czolgosz den Präsidenten William McKinley, unter dessen Administration die USA den Krieg gegen Spanien geführt, Puerto Rico, Guam und die Philippinen annektiert und die Vorherrschaft über Kuba errichtet hatten. Der Anarchist Czolgosz erklärte, er habe „einen Feind des arbeitenden Volkes“ beseitigen wollen.

1912 trachtete John Nepomuk Schrank, ein Einwanderer aus Bayern, Theodore Roosevelt, der bekannt geworden ist durch die Politik des „großen Knüppels" gegen Lateinamerika, nach dem Leben. Theodore Roosevelt war von 1901 bis 1908 Präsident der USA. Der Attentäter Schrank hielt ihn angeblich für den Drahtzieher des Mordes am Vorgänger McKinley. Der Expräsident kam mit einem Streifschuß davon.

Am 15. Februar 1933 hob der Chicagoer Gangster Joe Zangara in Miami den Revolver gegen Franklin Delano Roosevelt, jenen Präsidenten, der nach der katastrophalen Wirtschaftskrise eine großangelegte Reformpolitik einleitete, um die kapitalistische Ökonomie zu stabilisieren. Zangara verfehlte sein Ziel. Offenbar war das nur ein Ablenkungsmanöver; denn in der allgemeinen Panik schoß ein Unbekannter den Chicagoer Bürgermeister Cermak nieder, der der Mafia den Kampf angesagt hatte.

1950 verhaftete man die beiden Puertoricaner Oscar Collazo und Grisel Torres, die einen Sprengstoffanschlag auf das Blair House in Washington unternommen hatten, den zeitweiligen Wohnsitz von Präsident Harry Truman. Sie befanden sich in der trügerischen Hoffnung, damit dem Kampf um die Unabhängigkeit ihrer von den USA kolonisierten Karibikinsel zu helfen.

Alle diese Attentate, ausgenommen das gegen Lincoln, sind Episoden geblieben, Fußnoten der amerikanischen Geschichte, die man im Jahr 1963 kaum noch nachlas. Daß man in einem Land der Gewalttaten lebt, weiß in Amerika ohnehin jedes Kind, das den Fernseher einschaltet oder ins Kino geht. Dreizehntausendmal – so hat der Psychologe Dr. Rudin hochgerechnet – bekommt ein Heranwachsender zwischen dem fünften und dem vierzehnten Lebensjahr auf dem Bildschirm und auf der Leinwand vorgeführt, wie ein Leben vernichtet wird. Und das liegt unter dem, was die Realität zu bieten hat: Für 1983 zum Beispiel sagt die Statistik des Bundeskriminalamts FBI aus, daß bei etwa 12 Millionen Verbrechen in den USA 19308 Morde geschehen sind.

Nun aber fielen die Schüsse in Dallas. Waren sie wirklich nur die Tat eines frustrierten, geltungsbedürftigen, haltlosen Einzelgängers? Oder zeigten sich da nicht Kräfte, fähig, die ganze Gesellschaft kriminell zu unterwandern und dem sorgsam gehüteten Zweiparteiensystem, das den Amerikanern alle vier Jahre die Illusion verschaffen soll, zwischen zwei politischen Richtungen wählen zu können, die nackte Gewalt mächtiger Interessengruppen hinzuzufügen?

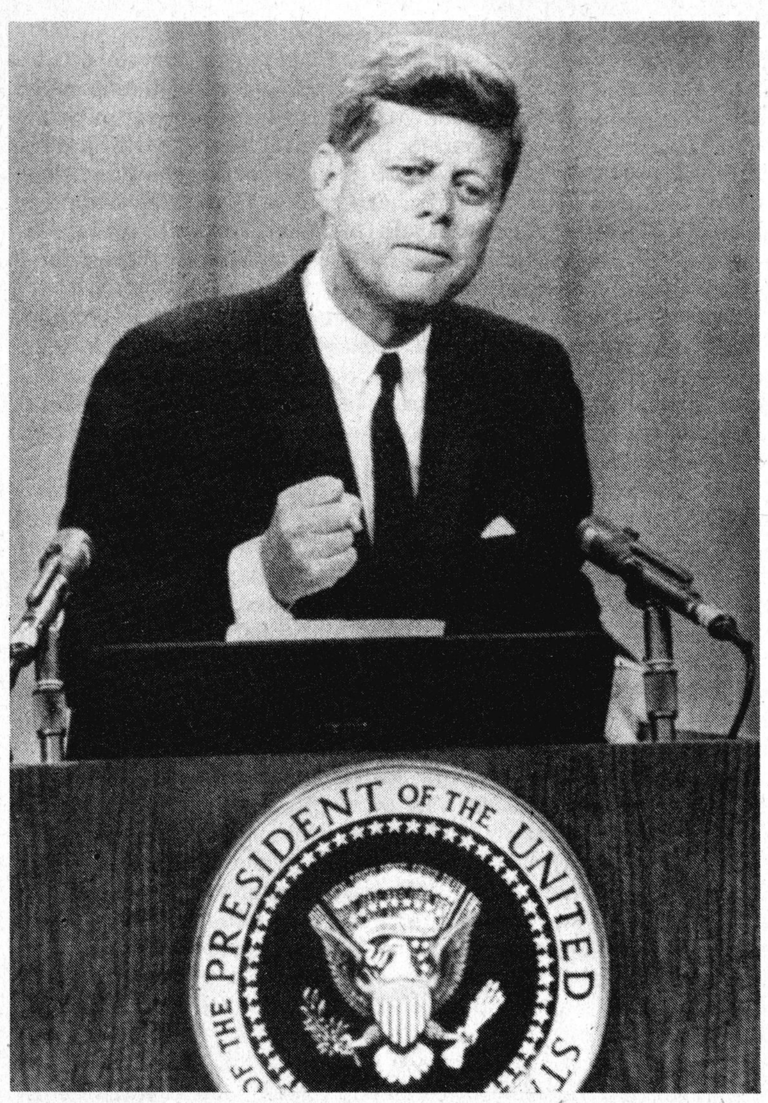
John F. Kennedy, der Kandidat der Demokratischen Partei, hatte die Präsidentschaftswahlen im Jahr 1960 mit dem hauchdünnen Vorsprung von 112000 Stimmen vor dem Republikaner

Richard M. Nixon gewonnen. Obwohl er den Texaner Lyndon B. Johnson zu seinem Vizepräsidenten bestellte, konnte er das Mißtrauen der erzkonservativen Bourgeoisie des Südens nicht überwinden. Zu offensichtlich war seine eigene Familie mit dem Finanzkapital der Wallstreet verbunden, als daß er nicht in dem Verdacht gestanden hätte, die Bourgeoisie der sogenannten Neuenglandstaaten gegenüber den Erdölmilliardären, den Stahlmagnaten und den Unternehmern der in diesen Jahren in Texas, Florida und anderswo im Süden aufkommenden Rüstungs- und Raumfahrtindustrie zu bevorzugen.

Für die Cowboymentalität des neureichen Südens, wo das Recht des Stärkeren aus der Pionierzeit in aktuelle politische Wertbegriffe übernommen wurde und besonders aggressive Geschäftemacher am Werk sind, faselte der junge Mann im Weißen Haus auch zuviel von Ungerechtigkeiten und sozialen Problemen und neuen Lösungen, mit denen er der Wirtschaftskrise (der sechsten seit der Depression der dreißiger Jahre), der Arbeitslosigkeit (7,1 Prozent der Erwerbsfähigen), der Rassendiskriminierung und der scheinbar unaufhaltsam wachsenden Kriminalität beizukommen trachtete. Statt sich auf die guten alten Grundsätze zu besinnen, die Amerika groß gemacht hatten, sprach er von neuen Konzepten und empfing im August 1963 sogar Martin Luther King, den farbigen Pastor und Führer der Bürgerrechtsbewegung – eine unglaubliche Herausforderung für den Rassendünkel des Südens. Zu allem Überfluß war Kennedy der erste Katholik im Präsidentenamt.

Und die Außenpolitik? Zwar erneuerte Kennedy den Anspruch der USA auf den Platz der Weltmacht Nummer 1. Dem Sputnikschock von 1957, der soviel Selbstzweifel an der amerikanischen Überlegenheit hatte aufkommen lassen, setzte er das Mondfahrtprogramm entgegen. Auch ließ er USA-Truppen in Laos intervenieren und ging im April 1961 mit der CIA auf das Abenteuer einer amerikanisch gesteuerten Invasion von kubanischen Konterrevolutionären in der Schweinebucht ein. Er war der Präsident, der als erster Elitesoldaten der „Grünen Barette", zunächst noch getarnt als Militärberater, nach Südvietnam schickte.

Aber Kennedy zögerte, wo die Ultras in der Generalität, in der Rüstungsindustrie, im Pentagon und in der CIA es auf die Spitze treiben wollten. In der sogenannten Kubakrise von 1962, als die aggressive USA-Politik die Menschheit an den Rand eines nuklearen Krieges gebracht hatte, besaß er genügend staatsmännische Fähigkeit und Größe, auf sowjetische Verhandlungsvorschläge einzugehen und den Abzug der Raketen mit der Gegengarantie zu beantworten, daß die USA keine weiteren aggressiven Handlungen gegen Kuba unternehmen



Präsident John F. Kennedy

würden. Ein Jahr später, wenige Monate vor seinem Tod, konnte zwischen der Sowjetunion und den USA eine Vereinbarung über Rüstungskontrolle getroffen werden, die bis heute funktioniert: der Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen auf der Erdoberfläche, im Wasser und in der Luft.

Diese an den Kräfteverhältnissen in der Welt orientierte Anpassungsstrategie Kennedys betrachteten viele Millionäre und Milliardäre in Texas, die Hunts und die Murchisons, die Cox und die Stewarts, als unamerikanisches Verhalten. Und das wollten sie ihm bei seinem Besuch auf ihre Art zu verstehen geben.

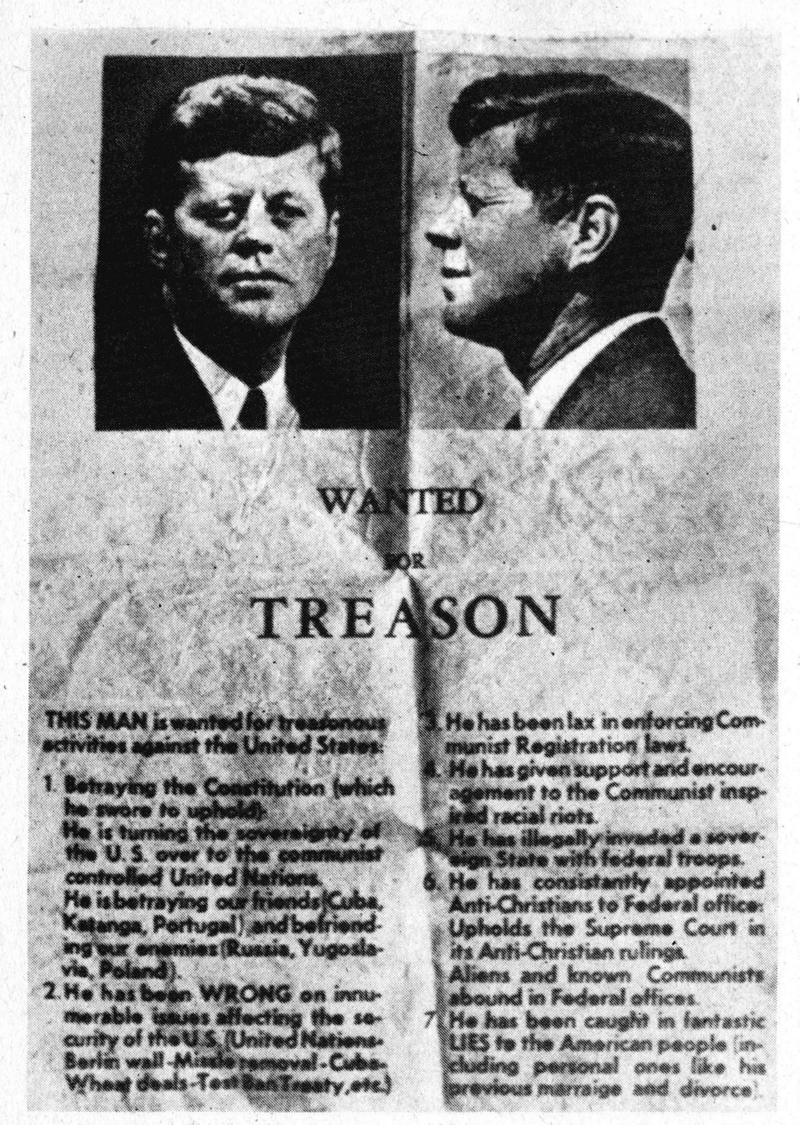
„Ich habe in einem Golfklub in Houston, Texas, mit Millionären Whisky getrunken, die von dem ‚Ende Kennedys' sprachen, als wäre es beschlossene Sache", erinnert sich der in der Schweiz lebende Schriftsteller Hans Habe, der einst Offizier der amerikanischen Besatzungsmacht war und sich seitdem den USA tief verbunden fühlt. Und weiter: „Ich habe in Nachtlokalen von Texas und Louisiana, von Georgia und Alabama Gespräche gehört, in denen über John F. Kennedy in Ausdrücken gesprochen wurde, die nicht wiederzugeben sind."[1]

Im Urteil des ehemaligen Kennedy-Beraters Arthur Schlesinger kommt die Gegend nicht besser weg: „Die Stimmung war vom Verlangen nach einer Traumwelt geprägt, in der es keinen Kommunismus, keine internationalen Verwicklungen, keine Vereinten Nationen, keine Zentralregierung, keine Gewerkschaften, keine Neger oder Ausländer gibt. Eine Welt, in der Bundesrichter Earl Warren eingesperrt, Kuba überfallen, die Einkommenssteuer abgeschafft, die Fluorisierung des Trinkwassers untersagt und die Einfuhr polnischen Schinkens verboten wäre."[2]

Dallas war geradezu überfüllt von persönlichen Feinden Kennedys. Dort lebte der Mann, der sich als „größten Patrioten Amerikas" bezeichnen ließ: der General Edwin A. Walker. Kennedy hatte ihn gleich 1961 von einem Kommandoposten in Augsburg ablösen lassen – wegen offener faschistischer Propaganda.

Frank McGhee, der Führer des „Nationalen Empörungsrats" (National Indignation Council), verlangte, den Präsidenten wegen Hochverrats vor Gericht zu stellen. Ein Pfarrer namens Criswell predigte, die Wahl des Katholiken Kennedy habe das Ende der Religionsfreiheit gebracht. Der Ölmilliardär Harold L. Hunt ließ dies in 200000 Exemplaren drucken und an alle Kirchen der USA versenden.

Die Zeitung „Dallas Morning News" nannte Kennedy einen „perversen und subversiven" Demokraten, „Gauner", „Dieb", „fünfzigfachen Idioten", „Nigger- und Kommunistenfreund".[3] Sie veröffentlichte eine Anzeige der faschistischen John-Birch-Gesellschaft, in der jenem Mann, der ein geheimes Abkommen mit der Kommunistischen Partei der USA geschlossen habe, ein höhnisches Willkommen entboten wurde. Auf einem Steckbrief – vermutlich aus gleicher Quelle – wurde Kennedy wegen „Verrats" gesucht, weil er die Souveränität der USA „auf die von den Kommunisten kontrollierten Vereinten Nationen" übertrage, Weizenhandel mit der Sowjetunion betreibe, weil er „Antichristen",



WANTED

FOR

TREASON

THIS MAN is wanted for treasonous activities against the United States:

1. Betraying the Constitution (which he swore to uphold):
He is turning the sovereignty of the U.S. over to the communist controlled United Nations.
He is betraying our friends (Cuba, Katanga, Portugal) and befriending our enemies (Russia, Yugoslavia, Poland).
2. He has been WRONG on innumerable issues affecting the security of the U.S. (United Nations-Berlin wall-Missile removal-Cuba-Wheat deals-Test Ban Treaty, etc.)
3. He has been lax in enforcing Communist Registration laws.
4. He has given support and encouragement to the Communist inspired racial riots.
5. He has illegally invaded a sovereign State with federal troops.
6. He has consistantly appointed Anti-Christians to Federal office: Upholds the Supreme Court in its Anti-Christian rulings.
Aliens and known Communists abound in Federal offices.
7. He has been caught in fantastic LIES to the American people (including personal ones like his previous marraige and divorce).

Steckbrief texanischer Mordhetzer mit der Überschrift „Gesucht wegen Verrats"

„Ausländer und bekannte Kommunisten" in den Staatsdienst berufe und das amerikanische Volk „unglaublich belogen" habe, „auch im persönlichen Bereich, wie etwa im Zusammenhang mit seiner ersten Ehe und seiner Scheidung".[4]

Bigotte Provinzmoral und Geschäftsinteressen, militanter Konservatismus und Parteiengezänk, überkommener Sklavenhaltergeist, Rassismus und Chauvinismus hatten aus Dallas ein Pulverfaß gemacht. Es gab genügend Gründe, nach den Schüssen auf der Elm Street eine Verschwörung zu vermuten, deren Fäden bis in die Bank- und Bürotürme von Dallas, auf die Luxusranches von Texas und vielleicht sogar über die Grenzen des Bundesstaats hinaus reichten.

Aber die Warren-Kommission, eingesetzt vom Kennedy-Nachfolger Lyndon B. Johnson zur Aufklärung der blutigen Tat, verfolgte wie mit Scheuklappen versehen nur die Spur des angeblichen Einzeltäters. Angeführt vom Obersten Richter Earl Warren, sammelten sieben honorige Experten, darunter der ehemalige CIA-Chef Allen W. Dulles, der ehemalige amerikanische Hochkommissar für Deutschland, John J. McCloy, und der spätere Präsident Gerald R. Ford, 552 Zeugenaussagen, 3154 Beweisstücke und 30000 Aktenblätter und fertigten daraus das wohl gigantischste Verschleierungswerk der Geschichte. In dem 888 Seiten starken Folianten, den sie knapp ein Jahr nach dem Attentat vor den Fernsehkameras im Weißen Haus Johnson überreichten, wird kategorisch die alleinige Schuld dem inzwischen ebenfalls toten Oswald zugewiesen.

Eigenem Zeugnis zufolge hatte die Warren-Kommission mit dem „inneren Auftrag" gehandelt, Gerüchte zu widerlegen und das nationale Interesse zu schützen. Der Schatten schien aufgehellt, der das Selbstvertrauen der Nation erschüttert und die Zweifel an der Lauterkeit der amerikanischen Demokratie genährt hatte. Im Interesse Washingtons konnte es nicht liegen, eine Verschwörung zuzugeben, deren Verästelungen viele böse Überraschungen erwarten ließen. Da war es besser, den ganzen Unrat sorgfältig unter den Teppich zu fegen und zu erklären, daß der 35. Präsident der USA schlicht und einfach einem Neurotiker zum Opfer gefallen sei.

Edward Jay Epstein, ein junger Wissenschaftler von der Harvard-Universität, der sich daranmachte, eine Doktorarbeit über das Problem der Wahrheitsfindung am Beispiel des Falles Kennedy anzufertigen, beschreibt den Fälschungsauftrag in vornehmer juristischer Ausdrucksweise so:

„Diese beiden Aufgaben [Tatsachenermittlung und Zerstreuung von angeblichen Gerüchten – P. J.] waren unter der Voraussetzung vereinbar, daß die abträglichen Gerüchte nachweislich unzutreffend waren. Was aber, sollte sich ein dem nationalen Interesse schädliches Gerücht als wahr erweisen? Die der Kommission ... zugemessene Aufgabe konnte sie nur zwingen, diese Information ohne Rücksicht auf die Folgen bekanntzumachen. Der

andere ‚innere' Auftrag hingegen mußte sie zwingen, das Gerücht ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß es zutraf, zu zerstreuen."[5]

Kürzer gesagt: Aus Angst vor der Wahrheit wird diese zum Gerücht erklärt und unterdrückt.

Einige Kommissionsmitglieder gaben das später offen zu. John McCloy, ein erfahrener Mann des kalten Krieges der frühen fünfziger Jahre, besaß den Zynismus, der Öffentlichkeit mitzuteilen: „Es war von allergrößter Wichtigkeit, der Welt zu beweisen, daß Amerika keine Bananenrepublik ist, deren Regierung durch eine Verschwörung gestürzt werden kann."[6] Der Kommissionsvorsitzende Warren glaubte gar, alle Diskussionen mit der Erklärung beenden zu können: „Gewisse Tatsachen über den Mord an Präsident Kennedy wird die Öffentlichkeit aus Gründen der Staatssicherheit erst in 75 Jahren erfahren können."[7]

Zechgelage für die Leibwächter

Mehr als dreihundert Bücher und eine nicht überschaubare Flut von Presseartikeln haben seitdem den Kennedy-Mord zum Gegenstand gehabt. Die Serie der Mysterien, von denen darin die Rede ist, beginnt schon mit dem Verhalten des Secret Service, jener Sicherheitstruppe, die den Präsidenten rund um die Uhr zu beschützen hat. Sie ist im Jahr 1901, nach dem Attentat auf William McKinley, gegründet worden. Zu Kennedys Amtszeit gehören dem inneren Kreis des Secret Service fünfunddreißig Männer an, die den Präsidenten auf Reisen begleiten, trainiert als Scharfschützen und Karatekämpfer, ausgestattet mit den Fähigkeiten von Spitzenkriminalisten. Jeder von ihnen muß ein hervorragendes Personengedächtnis haben und bei Reaktionstests dieselben Leistungen bringen wie ein Pilot. Viele besitzen Hochschulbildung. Man erwartet von ihnen die Fähigkeit, sich in jeder Art von Gesellschaft unauffällig zu bewegen.

Dazu kommt der äußere Kreis des Secret Service. Das sind etwa tausend Mann Begleitpersonal, die jeden Auftritt des Präsidenten sorgfältig abschirmen, die Umgebung der Reisewege vorher inspizieren, jedes Haus und seine Anwohner unter die Lupe nehmen, Verdächtige vorbeugend aus dem Verkehr ziehen dür-

fen und für Rettungsfahrzeuge, Ersatzflugzeuge und -schiffe sorgen.

Was aber tun die Kennedy-Bewacher? Am Abend zuvor veranstalten zwölf der Leibwächter im Presseklub und im Nachtlokal „The Cellar" in der Nachbarstadt Fort Worth ein fröhliches Besäufnis. Der Klubbesitzer Kirkwood brüstet sich später, er habe die Jungs sich absichtlich vollaufen lassen. Am nächsten Tag erscheinen sie verkatert zum Dienst.

Als die Schüsse fallen, reagiert nur ein einziger so, wie er es gelernt hat. Der Hüne Rufus Youngblood im nachfolgenden Auto wirft sich über den dort mitfahrenden Vizepräsidenten Johnson, um diesen zu decken. Der Fahrer des Präsidentenwagens, William Greer, wendet sich erst einmal sekundenlang um und nimmt sogar den Fuß vom Gaspedal. So geht die Geschwindigkeit von 18 auf 9 Kilometer je Stunde herunter, was den Mordschützen das Visieren erleichtern muß. Erst dann gibt Greer Vollgas.

Eine Erklärung der Ursachen für diese Versagenskette findet sich im Warren-Report nicht.

Und die äußerst bedeutsame Frage nach der Zahl der Schüsse? Man hat den Farbfilm eines Amateurs, des Textilfabrikanten Abraham Zapruder, der auf einer begrünten Böschung rechts der Straße stand und die Vorbeifahrt in den Augenblicken des Attentats aufnahm, Bild für Bild untersucht und Reaktionen auf drei Schüsse festgestellt. Sie sind innerhalb von 5,6 Sekunden gefallen. Die Theorie vom Einzeltäter ließe sich nur halten, wenn angenommen wird, daß eine der Kugeln den Nacken und den Hals des Präsidenten durchschlagen und dann auch noch den Körper des Gouverneurs Connally durchdrungen und ihm das Handgelenk zerschmettert habe. Versuche an Leichen ergaben keine Bestätigung, daß ein einfaches Gewehrgeschoß für eine so verheerende Wirkung genügend kinetische Energie besitzt.

Im Jahr 1981 meldete sich ein Mann zu Wort, der alle Dokumente zusammengetragen hat, die die medizinische Seite betreffen, und sich außerdem auf Interviews mit Ärzten und Schwestern in Dallas und Washington stützt. In dem Buch „Der beste Beweis" legt der frühere NASA-Ingenieur David Lifton eine lückenlose Indizienkette vor, wonach sich Handlanger der Verschwörung zwischen dem Abtransport der Leiche aus dem Parkland Memorial Hospital in Dallas und der Obduktion im Marinehospital in Bethesda bei Washington für dreißig Minuten des Toten bemächtigt haben müssen. In dieser Zeit seien die Wunden am Kopf verändert worden, damit man nicht mehr erkennen könne, daß von vorn auf ihn geschossen worden sei. Lifton hat den Zapruder-Film noch einmal untersucht: „Eins der wenigen absoluten Dinge in der Welt, die ich absolut bejahe, sind die Gesetze der Physik. Mir schien es unbegreiflich, daß, wenn Kennedy

von hinten von einer Kugel getroffen wurde, die etwa 2000 Fuß in der Sekunde flog, der Film zeigte, daß der Kopf des Präsidenten zurückfiel, dorthin, von wo der Schuß gekommen war."[8]

Ebenso unwahrscheinlich ist die Theorie vom Einzeltäter auch angesichts der Schußleistung, die Oswald hätte bringen müssen. Trainierte Scharfschützen der Marine erreichen bei Tests nur in einem von fünf Versuchen, was Oswald unter Hochspannung gelungen sein soll. Allein zum Nachladen braucht man 2,7 Sekunden. Überdies weist das Zielfernrohr auf dem Carcanogewehr eine Abweichung von 3 Grad nach rechts oben auf. Auch darüber ist die Warren-Kommission nicht ins Grübeln gekommen. Auf einer der Bahren fand sich eine fast unversehrte Kugel; später läßt sich nicht einmal mehr feststellen, ob diese auf der des toten Kennedy oder auf der des verletzten Connally gelegen hat.

Alle Augenzeugen, die wie der Amateurfilmer Zapruder auf der Böschung gestanden haben, geben den Eindruck wieder, sie hätten das Schießen nicht von der Seite (aus dem Buchlager), sondern von hinten gehört. Ein unscharfes Pressefoto von dort zeigt vier Gestalten, die das Äußere von Vagabunden zu haben scheinen. Im Warren-Bericht heißt es, diese Männer seien überprüft worden, es habe sich um Sicherheitsleute gehandelt. Namen werden natürlich nicht bekanntgegeben. Die „Landstreicher"-Fotos wandern vorerst in die Tresore.

Widersprüche über Widersprüche auch zur Biographie des angeblichen Einzelgängers. Anstandslos ist ihm die Übersiedlung in die Sowjetunion gestattet worden. Wer aber besorgte für ihn den Reisepaß mit der Nummer 1 733 242, als er (am 10. September 1959) noch Angehöriger der Kriegsmarine war? Wer bezahlte dem Mittellosen die Umzugskosten von 1500 Dollar? Wer wies ihm über das Rote Kreuz drei Jahre lang 700 Rubel (nach damaligem Kurs) an, was ihm als Radiomechaniker in Minsk ein Gesamteinkommen verschaffte, das dem des Betriebsdirektors glich?

Und die „kubanischen Kontakte" Oswalds nach seiner Rückkehr? Sie entpuppen sich allesamt als solche mit Konterrevolutionären. Vergeblich hat der zwielichtige Wanderer 1962 bei der Botschaft Kubas in Mexiko vorgesprochen, um ein Visum nach Havanna zu erhalten.

Dagegen stellt sich heraus, daß Oswald Kontaktmann für das FBI in der Unterwelt von Dallas und New Orleans gewesen ist. Der Chefkommissar der Kriminalpolizei von Dallas, Allan Sweatt, gibt preis, man habe dem Informanten dafür monatlich 200 Dollar Honorar zukommen lassen.

Auch wenn Oswald nicht gewußt hat, in wessen Schachspiel er als vorgeschobener Bauer eingesetzt war: Er hätte manche Spuren zeigen können, die ins Dunkle führten. Deshalb war ihm kein langes Leben mehr beschieden.

Zeugen leben gefährlich

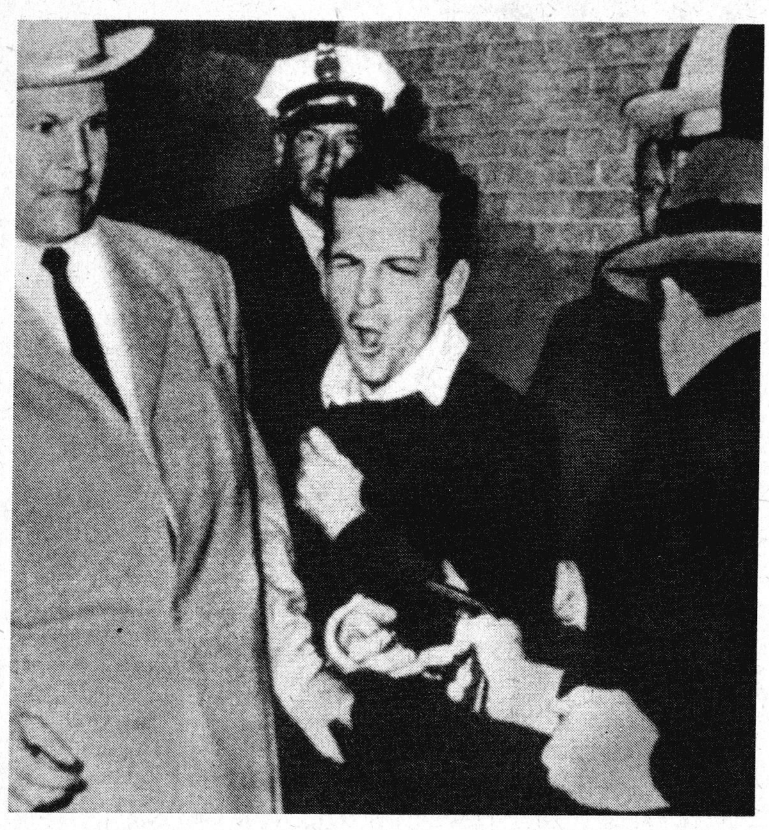
Mit jenem 22. November 1963 in Dallas beginnen in den USA zwei Ketten von Morden. Die eine führt bis in die Regierung, zu dem Justizminister und Bruder des erschossenen Präsidenten, Robert Francis Kennedy. Die andere verliert sich in der Unterwelt.

Zwei Tage nach dem Attentat fiel Lee Harvey Oswald in ewiges Schweigen. Er verröchelte in einem Kellergang des Polizeigefängnisses von Dallas, als er, „gesichert" von sechzig Polizisten und Sheriffs und anvisiert von Dutzenden Fotoreportern und Kameraleuten, mit einem gepanzerten Fahrzeug für Geldtransporte in das Distriktgefängnis geschafft werden sollte.

Ein Mann wie aus einem Gangsterfilm, den Hut tief ins Gesicht gezogen und einen Revolver in der Faust, sprang auf den Gefesselten zu und schoß ihm, während sich die Bewacher wie auf Kommando beiseite beugten, aus Nahdistanz mitten ins Herz. Der Täter, ein stadt- und polizeibekannter Nachtklubbesitzer, ließ sich festnehmen und führte ein hollywoodreifes Rührstück auf: Er habe es getan, um Jackie Kennedy die Qual der Gerichtsverhandlung mit Oswald zu ersparen.

Das war schon der dritte Mord in der Affäre. Den zweiten hatte Oswald selbst begangen, fünfundvierzig Minuten nach dem Attentat auf Kennedy. Der Polizist J. D. Tippit war in der Patton Street aus seinem Streifenwagen gestiegen, um Oswald zu kontrollieren oder vielleicht auch zu warnen. Die beiden kannten sich aus dem Nacht- und Nacktklubmilieu von Dallas. Soeben war die Fahndungsmeldung durch den Polizeifunk gekommen. Tippit näherte sich dem Gesuchten ohne Vorsicht, wie eben einem alten Kumpel. Oswald schoß aus einem Revolver. Ein Passant namens Eddy Benavides meldete den Mord sofort der Polizei. Zwei Jahre später erschoß jemand seinen Zwillingsbruder Domingo bei einem Barbesuch – offenbar infolge einer Verwechslung.

Aber zurück zu Jack Ruby alias Jacob Rubinstein. Der Besitzer des Stripteaselokals „Carousel" und des Nachtklubs „Las Vegas" in Dallas war aus Chicago zugewandert. Von Rubys Ergebenheit gegenüber den Kennedys hatte niemand vor dem Tag, als er Oswald erschoß, etwas bemerkt. Das einzige Präsidentenporträt, das er liebte, war das auf den Dollarscheinen, sagten seine Freunde.



Der Gangster Jack Ruby erschießt Lee Harvey Oswald.

Auch Ruby und Oswald waren Bekannte, was erklärt, warum sich Oswald nicht einmal duckte, als sein Mörder im Getümmel des Kellergangs vor ihm erschien.

Ruby hatte sich zur Stunde des Attentats im Gebäude der Zeitung „News" aufgehalten, angeblich um eine Anzeige für seine Amüsierlokale aufzugeben. Das Gebäude befindet sich am Südende der Elm Street. Von dort konnte man ebenso gut auf das Präsidentenfahrzeug schießen wie aus dem Schulbuchverlag.

Das blutige Nachspiel ging weiter. Es starben mehr als zwei Dutzend Leute, die Oswald oder Ruby oder beide gekannt oder gesehen hatten: Stripgirls, Mafiosi, Taxifahrer, Zimmerwirtinnen, Journalisten und andere Zeugen, deren Aussagen Zweifel an der Einzeltätertheorie hätten aufkommen lassen können.

Nancy Mooney zum Beispiel, eine Stripperin aus Rubys „Carousel", war imstande, Namen von Männern zu nennen, die grölten, Kennedy habe genau das bekommen, was er verdiente. Sie wurde am 30. Januar 1964 wegen „Ruhestörung" verhaftet. Zwei Stunden später hing sie tot in einer Schlinge am Zellengitter.

Thomas Killam, Ehemann einer Berufskollegin von Nancy Mooney, lag am 17. März 1964 mit durchschnittener Kehle auf der Straße. Die Polizei sagte, er sei durch ein Fenster gefallen und habe sich dabei am Hals verletzt.

Bill Hunter, ein Zeitungsreporter, der in Rubys Wohnung nachgeforscht hatte, saß in der Nacht zum 21. März auf einer Polizeistation in Long Beach und wartete, ob noch irgend etwas passierte. Und es passierte! Ein hereinkommender Polizist erschoß ihn – angeblich aus Versehen, weil ihm die Waffe beim Anblick des Journalisten aus der Hand fiel.

Hunters Kollegen Jim Koethe, der mit in Rubys Wohnung war, erwischte es fünf Monate später zu Hause. Als er aus seinem Badezimmer kam, zerschmetterte ihm jemand mit einem Karateschlag die Kehle.

Tom Howard, Rubys Freund und Anwalt, bei der „Hinrichtung" Oswalds wie zufällig zugegen, verschied unerwartet Ende 1965. Auf dem Totenschein stand Herzinfarkt.

Die „Time"-Journalistin Dorothy Kilgallen, die den verhafteten Ruby als letzte interviewt hatte, lag am 8. November 1965 vergiftet auf dem Kanapee in ihrer Wohnung.

Der Taxichauffeur William Whaley, der Oswald nach der Tat in sein Absteigequartier befördert hatte, machte im Dezember 1965 seine letzte Fahrt – er wurde von einem Lastwagen gerammt und starb.

Einen Monat später folgte ihm Oswalds Zimmervermieterin Earlene Roberts auf den Friedhof – angeblich auch Herzinfarkt.

Der Stellwerksmeister Lee Bowers bestand drei Jahre lang hartnäckig auf seiner Aussage, er habe während des Attentats zwei Männer auf der Eisenbahnbrücke gesehen, von denen ein Aufblitzen, wie wenn ein Schuß abgegeben wird, ausging. Bowers kam am 9. August 1966 bei einem Verkehrsunfall zu Tode.

Alle diese Leute waren vom FBI in die Mangel genommen worden. Alle berichteten Bekannten, daß man ihre Aussagen entweder manipulieren oder sie zum Schweigen zwingen wollte. Aber keiner genoß irgendwelchen Schutz durch die Behörden in Dallas.

Nun springt die blutige Kette über in neue Bereiche: die der Cosa Nostra (der US-amerikanischen Mafia) und des Geheimdienstes CIA.

Im Januar 1967 soll der Prozeß gegen Ruby beginnen. Vorher werden Gerüchte in die Presse lanciert, daß der Mörder Oswalds

lebensgefährlich erkrankt sei. Im Parkland Memorial Hospital macht eine Plattenfirma aus Hollywood, die Capitol Records, schnell noch eine gewinnträchtige Aufnahme mit Ruby. Zum Prozeß steht er nicht mehr zur Verfügung. Am 3. Januar 1967 ist er tot. Erst heißt es Lungenentzündung, dann Krebs, dann Lungenembolie.

Im Januar 1969 nimmt sich in New Orleans David Ferrie das Leben, ein Jugendfreund Oswalds. Sie hatten sich in der CMA (Civilian Military Assistance), einer reaktionären militaristischen Freiwilligenorganisation, kennengelernt. Ferrie ist eine besonders interessante Figur. Er war ein hervorragender Pilot, hatte aber seine Arbeitsstelle bei der Eastern Airlines verloren, als man entdeckte, daß er homosexuell war. Nach einem neuen Job brauchte er nicht lange zu suchen. Er fand ihn als Privatpilot, „Berater" und „Detektiv" bei dem obersten Mafiaboß in New Orleans, Carlo Marcello. Dieser machte Millionen mit dem illegalen Glücksspiel in ganz Louisiana. Justizminister Robert Kennedy hatte ihn deshalb ausweisen lassen.

Ferrie holte den Mafiapaten Anfang 1961 mit einem Privatflugzeug aus Guatemala nach New Orleans zurück. Die Zeiten hatten sich gebessert. Don Carlo wurde wieder zu Hause gebraucht. Er bekam nun einen Vertrag mit der CIA, um Piloten für den geplanten Überfall kubanischer Konterrevolutionäre in der Schweinebucht auszubilden.

In der Camp Street 544 in New Orleans mietete Marcello ein Büro, wo der FBI-Mann Guy Banister, der hochkarätige Mafioso und CIA-Verbindungsmann John Roselli und der kubanische Emigrantenführer Antonio de Varona aus und ein gingen. Gemeinsam besprachen sie Waffengeschäfte und Giftattentate gegen Fidel Castro und Ernesto Che Guevara. Ferrie nahm sich einen Assistenten: Lee Harvey Oswald. Der mußte zur Tarnung ein angeblich die Revolution unterstützendes „Komitee für ein gerechtes Verhalten gegenüber Kuba" gründen. Nicht einmal Ferrie trat dem Unternehmen bei, und wenn man Oswald gefragt hätte: Wieviel seid ihr in diesem Komitee?, so hätte er antworten müssen: Einer.

Was Ferrie zum Verhängnis wurde, ist unbekannt. Seine Neigungen galten gewiß als Risikofaktor. Nachdem er aus dem Leben geschieden war, konnte er niemanden mehr gefährden.

Vier Jahre nach Ferries Tod war der Leibwächter des Chicagoer Mafiakönigs Sam Giancana, ein gewisser Richard Cain, so leichtsinnig, in einer Bar zu renommieren, er und sein Boß seien an einem politischen Mord im CIA-Auftrag beteiligt gewesen. Tags darauf betraten zwei Maskierte die Bar, und Cain sank tot am Tresen nieder.

Am 19. Juni 1975 ereilte das Mißgeschick auch Sam Giancana.

Er war vor einen Untersuchungsausschuß des Senats geladen, um über das Treiben seiner Exfreundin Judith Campbell auszusagen, die mindestens siebzigmal von Giancanas Chicagoer Villa aus mit dem Weißen Haus telefoniert hat, als dort noch Präsident Kennedy residierte. Das Partygirl soll auch mehrmals in eleganter Toilette auf den Hintertreppen gesehen worden sein, und wie es scheint, hat Giancana sie hingeschickt. Zwölf Jahre danach ersparten sieben Kugeln „Big Sam" die hochnotpeinliche Befragung.

Weitere drei Jahre später wurde Geschwätzigkeit John Roselli, einem aus der uralten Mafiagarde, zum Verhängnis. Der Vierundsiebzigjährige, der noch auf Sizilien geboren war, wollte nach so vielen Jahren der Omertà, des Schweigegebots, ein wenig öffentlichen Ruhm. Er schwadronierte vor dem Senatsausschuß, er wisse mehr über den Mord von Dallas, als ihm lieb sei. Zum letztenmal sah man ihn am 28. Juli 1978 auf einem Golfplatz in Florida. Zwei Wochen später zogen Fischer vor Miami ein mit Ketten beschwertes Benzinfaß aus dem Meer, in dem sich eine verwesende Leiche befand. Reste der Fingerkuppen ließen erkennen, daß der Tote John Roselli war.

Inzwischen hatte auch die bessere Gesellschaft von Dallas einen Todesfall. Der Baron George de Mohrenschildt, wohlsituierter Professor am Bishop College für französische und russische Sprache (er stammte von einer emigrierten russischen Adelsfamilie ab), sollte in Washington vor dem Sonderausschuß des Repräsentantenhauses zur Untersuchung der Mordfälle aussagen. Der kerngesunde Aristokrat begab sich in den Schutz einer Nervenklinik. Ende März 1977 fuhr er zum Weekend nach Palm Beach, Florida, und kehrte nicht zurück. Man fand ihn in der Villa eines Freundes mit einer Kugel im Kopf und diagnostizierte Selbstmord.

Im Warren-Report war der Baron als „Bekannter" Oswalds klassifiziert worden, der nicht über sachdienliche Informationen verfüge. Seinem niederländischen Freund, dem Publizisten Willem Oltmans, hatte er einmal anvertraut, er sei an jenem 22. November 1963 für die Handlungen Oswalds verantwortlich gewesen, aber auch: „Es waren andere an der Erschießung beteiligt"[9], und er, Mohrenschildt, sei der Verbindungsmann zwischen dem Mordkommando und den Verschwörern in Washington gewesen.

Damit endet die Totenliste vorerst. Neuere Hinweise auf Opfer von Gangsterfehden, auf inszenierte Unfälle und auf seltsame Selbstmorde im Umfeld des Kennedy-Attentats gibt es nicht. Es scheint, daß die Mafia mit Mohrenschildt und Roselli das Kapitel abgeschlossen hat.

Streitpunkt Kuba

Nicht abgeschlossen sind dagegen die Bemühungen von Publizisten, Historikern und Biographen, die sich noch immer mit den Mysterien des Kennedy-Mordes befassen und solche Fakten suchen, die der Oberste Richter Earl Warren erst nach drei Generationen der Nachwelt preiszugeben für angebracht hält. Dabei stoßen sie immer wieder auf das widersprüchliche Verhältnis, das der 35. Präsident der USA selbst zur Mafia gehabt hat. Aus einer lockeren Interessengemeinschaft wurde im Lauf seiner Amtszeit offenbar eine erbitterte Feindschaft. Der Streitpunkt hieß Kuba.

Auf der nahen Großinsel südlich von Florida hatte die amerikanische Mafia in den vierziger und fünfziger Jahren ein Glücksspielimperium errichtet: mit Spielkasinos, Pferderennbahnen, Jachtklubs und jeder Art von tropischem Amüsierbetrieb für Kurzstreckentouristen aus den USA. Außerdem unterhielten Mafiabosse wie Lucky Luciano und Santos Trafficante dort den größten Stapelplatz für Rauschgift der damaligen Zeit. Als 1959 die Revolutionäre unter Führung Fidel Castros den Diktator Fulgencio Batista stürzten und in Havanna einmarschierten, erlitten die „Familien" aus dem Norden Millionenverluste.

Solange es ging, versuchten sie im schnellen Zugriff zu retten, was noch zu retten war. Als Geschäftsleute, Touristen und Sympathisanten der Revolution getarnt, schickten sie ganze Reisegruppen auf den Routen von New Orleans und Miami nach Havanna hin und her. Ob Marcello, Ferrie, Mohrenschildt oder Roselli – alle waren mit von der Partie. Der Nachtklubfachmann Jack Ruby half beim illegalen Abtransport von Barinventar. Selbst Lee Harvey Oswald wollte nicht abseits stehen, scheiterte aber – wie bereits erwähnt –, weil die kubanische Botschaft in Mexiko-Stadt ihm mißtraute und kein Visum ausstellte.

Weiter vorausdenkende Mafiapaten wie der gerissene Sam Giancana aus Chicago begannen zugleich mit der Wühlarbeit. Sie beließen Bargeld in Höhe von mindestens 450 000 Dollar in den Taschen kubanischer Mittelsmänner, um Spionageringe und Sabotagetrupps aufzubauen; 300 000 Dollar Kleingeld aus den Spielautomaten wurden auf einem Feld bei Havanna vergraben. Lange konnte es ja nicht dauern, meinten sie, bis dieser Castro abgewirtschaftet hätte und in die Berge zurückgetrieben wäre.

In diesem Punkt trafen sich die Mafiainteressen genau mit denen der offiziellen Politik, die in Washington gemacht wurde: Das

revolutionäre Regime in Kuba sollte so schnell wie möglich gestürzt werden. Für solche Operationen ist die CIA zuständig, und diese bedient sich gemeinhin neben eigenen Agenten vor allem geflüchteter Konterrevolutionäre. Im Fall Kubas konnte man außerdem die über gute Ortskenntnisse verfügende Mafia einspannen.

Am 17. April 1961 landeten, gedeckt von der Luftwaffe und von Kriegsschiffen der USA, 1500 Söldner kubanischer Herkunft, die man in Florida ausgebildet hatte, an der unwegsamen Südküste Kubas. Unter ihnen befand sich eine beträchtliche Zahl ehemaliger Berufsverbrecher. CIA und Mafia glaubten, den Zeitpunkt gut bestimmt und alles vorbereitet zu haben, um einen nationalen Aufruhr gegen das revolutionäre Regime einzuleiten.

Sie hatten sich schwer verrechnet. Die Bevölkerung der ganzen Insel stand binnen kurzem einsatzbereit gegen die Eindringlinge. Armee und Miliz zerschlugen innerhalb von zweiundsiebzig Stunden die Invasion in der Schweinebucht. Nur ein kläglicher Rest der Söldner konnte sich auf die Schiffe retten.

USA-Präsident Kennedy pries damals die Konterrevolutionäre öffentlich als Freiheitshelden. Intern rügte er die CIA streng für ihre Fehleinschätzung und für ihren ungeschickten Umgang mit der Mafia. Er entließ den Direktor des Geheimdienstes Allen Dulles (denselben, der später in der Warren-Kommission saß), und er drohte laut „Washington Post", die CIA wegen ihrer Falschinformation über das Verhältnis der Kubaner zu Castro „in tausend Stücke zu zerschlagen"[10].

Die Chefs in Langley reichten den Rüffel an die Mafiabosse weiter. Diese waren nun doppelt aufgebracht. Den Auftrag, gegen Kuba vorzugehen, hatten sie bereits in der Ära des Präsidenten Dwight D. Eisenhower erhalten. Kennedy hatte dies nicht widerrufen. Wollte er nun, nachdem das Geschäft schiefgegangen war, auf Kosten des Partners aussteigen?

Noch ein Streitpunkt kam hinzu. Kennedy hatte in seinem Wahlkampf angekündigt, er wolle die „kranke Nation" kurieren und gegen das organisierte Verbrechertum vorgehen. Das beunruhigte die Mafia zunächst nicht; denn ähnliches hatten schon viele gesagt. Aber nun machte der Bruder des Präsidenten, Robert Kennedy, in diesem oder jenem Fall Ernst. Giancana und einige andere Bosse standen auf einer öffentlichen Liste derer, gegen die er Anklage zu erheben gedachte. Wollte der Justizminister plötzlich nichts mehr davon wissen, daß dieselben Männer den Auftrag für ein Attentat gegen Fidel Castro hatten? Wo blieb da die goldene Ganovenregel: Eine Hand wäscht die andere?

In dieser Zeit begann, was einige Beobachter der Szene in den USA eine Todfeindschaft zwischen der Mafia und dem Präsidenten nannten. Die Gefühle der Gangsterchefs für den jungen Er-

neuerer im Weißen Haus waren fortan nicht besser als die der Cowboymillionäre und Erzkonservativen des Südens.

Es gab viele Gründe, ihn auf Mafiaart zu beseitigen. Wer immer am 22. November 1963 direkt im Spiel gewesen ist und wie immer die Fäden zu Oswald und seinen im Dunklen gebliebenen Mittätern gesponnen worden sind: Kennedy ist das prominenteste Opfer jener „kranken Gesellschaft" geworden, von der er selbst manchmal gesprochen hat.

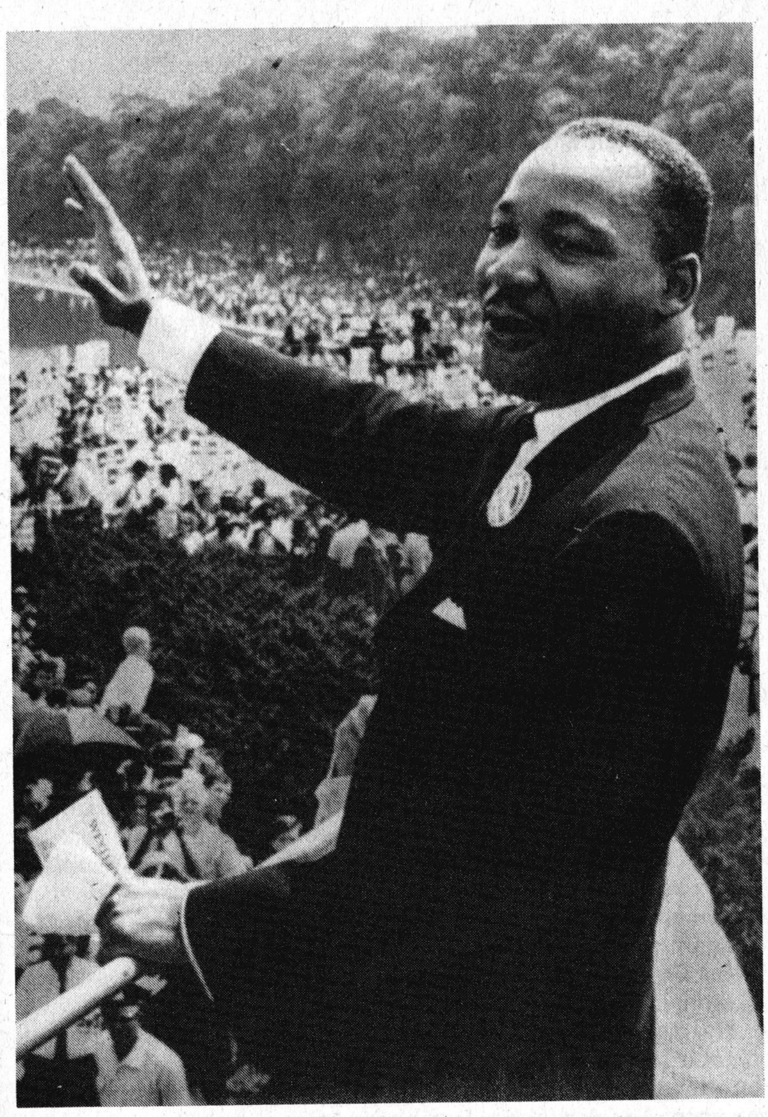
Schüsse in Memphis, Schüsse in Los Angeles

Nach Kennedys Tod, unter Präsident Johnson, verschärfte sich die innere Krise. In Südostasien führten die USA den schmachvollsten Interventionskrieg ihrer Geschichte, der 52 000 junge Amerikaner das Leben kostete und zu Hause die Inflation, Existenzangst und Demoralisierung steigerte.

Von der Aufbruchstimmung der Kennedy-Zeit war bald nichts mehr zu spüren. Unter der schwarzen Bevölkerung der großen Städte, die den Krisenerscheinungen immer zuerst und am härtesten ausgesetzt ist, bahnte sich Protest gewaltsam Bahn. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre brannten viele Ghettos, kam es zu einem regelrechten Straßenkrieg in Watts, einem ausschließlich von diskriminierter schwarzer Bevölkerung bewohnten Stadtviertel in Los Angeles.

In dieser Zeit erlangte ein afroamerikanischer Pfarrer ein überragendes Ansehen sowohl bei der schwarzen als auch bei der fortschrittlichen weißen Bevölkerung der USA. Er vereinte den Gedanken christlicher Nächstenliebe mit dem Kampf gegen die Rassendiskriminierung und für sozialen Fortschritt. Er verbündete sich mit der zu der Zeit ebenfalls erstarkenden Bewegung für Frieden in Vietnam.

Der baptistische Geistliche Martin Luther King, Träger des Friedensnobelpreises 1964, war ein Verfechter des gewaltlosen Widerstands. Auf den Massendemonstrationen, die er anführte, sang man geistliche Lieder, seine Reden glichen oft Predigten. Das kapitalistische System stellte er nicht auf revolutionäre, sondern auf moralische Weise in Frage. Er befürwortete nicht die militanten Kampfmethoden der Black-Panther-Bewegung schwarzer Jugendlicher. Trotzdem beschimpften ihn die Rechten und Rassisten in den USA als gefährlich.



Martin Luther King

Seit dem Attentat auf John F. Kennedy erhielt Martin Luther King immer häufiger Morddrohungen, wurden bei Aufmärschen des Ku-Klux-Klan und anderer rassistischer Organisationen King-Puppen verbrannt, mußte die Polizei in Kirchen und Versammlungssälen Bomben entschärfen. Mitunter kam sie dabei – ab-

sichtlich oder unabsichtlich – zu spät, und nicht wenige Bürgerrechtskämpfer starben durch solche Anschläge.

Am 4. April 1968 wollte der Führer der Bürgerrechtsbewegung der schwarzen Bevölkerung der USA in Memphis eine Rede halten. Die Hauptstadt des Bundesstaats Tennessee galt als eine der Hochburgen der Rassenhetzer. Martin Luther King logierte nicht, wie seine Freunde ihm geraten hatten, im exklusiven Hotel „Holiday Inn", sondern in dem bescheidenen Motel „Lorraine". Als er nachmittags auf den Balkon hinaustrat, um sich auf seine für den Abend angesetzte Rede zu konzentrieren, fiel aus dem Hinterhalt ein Schuß, der den erst neununddreißigjährigen Pfarrer tötete.

Der mutmaßliche Mörder konnte schnell gefaßt werden. Er hieß James Earl Ray und galt als bezahlter Berufsverbrecher. Ein Schuldgeständnis war von ihm leicht zu haben: Der Verteidiger Percy Forman versprach seinem Mandanten, daß ihm in diesem Fall der elektrische Stuhl erspart bliebe und daß sie beide sich die Einnahmen der Vermarktung von Rays Lebens- und Mordgeschichte in Buch und Film teilen könnten.

Seine Hintermänner gab Ray nicht preis. Er wurde zu lebenslanger Haft verurteilt und durfte auf vorzeitige Freilassung hoffen. Als er 1976 noch immer im Staatsgefängnis Petros einsaß, begann er davon zu reden, daß er zum Prügelknaben einer großen Verschwörung gemacht worden sei und eine Wiederaufnahme des Verfahrens fordere. Sein Redefluß verebbte, als eines Tages Mithäftlinge mit Messern über ihn herfielen und ihn zu erstechen drohten.

Dem ermordeten Martin Luther King erwiesen Hunderttausende die letzte Ehre. Millionen von Amerikanern trauerten. Der Oberbürgermeister von Memphis verhängte den Ausnahmezustand und rief die Nationalgarde in die Stadt. Eine ungeheure Spannung knisterte in den Wohnvierteln der schwarzen Bevölkerung im ganzen Land.

Die Erregung über die Bluttat von Memphis war noch nicht abgeklungen, da fiel auch Robert Kennedy.

Der jüngere Bruder von John F. Kennedy strebte 1968 die Kandidatur für die Präsidentschaft an und hatte soeben die Vorwahlen der Demokratischen Partei im Bundesstaat Kalifornien gewonnen. Hunderte von Anhängern feierten mit ihm am Abend des 5. Juni 1968 im Hotel „Ambassador" in Los Angeles. Der Wahlfavorit, auf den noch Journalisten warteten, wollte durch einen Küchengang das Hotel verlassen. Dort lauerte der Mörder. Drei Schüsse aus nächster Nähe löschten das Leben des zweiten Kennedy aus.

Den Attentäter Sirhan Bishara Sirhan, einen gebürtigen Palästinenser, der als Dreizehnjähriger mit einer bettelarmen Familie

aus Jerusalem in die USA eingewandert war, schickte das Gericht ebenfalls für lebenslänglich in Haft. Im Gefängnis sagte er wiederholt, er wolle seine Auftraggeber nennen, tat es aber nie. Mehr als zehn Jahre später, als die Aussicht auf vorzeitige Entlassung wuchs, wurden seine Reden immer krauser. Er drohte, einen seiner früheren Anwälte umzubringen, auch den Gefängnisarzt und den Senator Edward Kennedy. Es scheint, als ob ihn jemand trieb, seine Haftentlassung selbst zu verhindern. Am Ende kündigte Sirhan sogar an, er würde, wenn er freikäme, in den USA spaltbares Material für Terroristen im Nahen Osten stehlen.

Beiden Attentaten, dem gegen Luther King und dem gegen Robert Kennedy, fehlen nicht die Indizien für Verschwörungen. Doch in beiden Fällen suchten die Behörden nicht weiter, und die Gerichte begnügten sich mit ihren Einzeltätertheorien – wie gehabt. Die Frage wurde laut, ob die Krankheit der Gesellschaft, die John F. Kennedy gemeint hatte, nicht ein Krebsgeschwür sei, das bereits überall am Körper der Nation Metastasen zu bilden begonnen habe.

Denn die Mordwelle, der Black-Panther-Führer und unbestechliche Gewerkschaftsführer zum Opfer fielen, die Drohungen gegen den King-Nachfolger Ralph Abernathy, gegen den zweiten Kennedy-Bruder Edward, gegen die sich für die amerikanischen Indianer und gegen den Krieg in Vietnam engagierende Schauspielerin Jane Fonda und viele andere prominente Persönlichkeiten, diese ganze Horrorstimmung lockte nun auch echte Einzeltäter heraus.

Seit John F. Kennedy hat es keinen USA-Präsidenten mehr gegeben, der nicht im Visier von Attentätern gestanden hätte. Den Rekord hält, gemessen an seiner nur kurzen Amtszeit von zwei Jahren, der Republikaner Gerald Ford (derselbe, der in der Warren-Kommission einer der eifrigsten Bediener am Nebelwerfer war). Am 5. September 1975 zielte die neunundzwanzigjährige Lynette Alice Fromme in Sacramento, Kalifornien, auf den Durchreisenden. Nach der Festnahme gab sie an, eine Anhängerin des lebenslänglich einsitzenden Charles Manson zu sein, dessen Mädchensekte am Ende der sechziger Jahre durch eine Serie ritueller Morde Kalifornien erschauern ließ.

Am 23. September desselben Jahres zückte in San Francisco die fünfundvierzigjährige Sara Jane Moore einen Smith & Wesson-Revolver gegen Ford. Ein ehemaliger Marineinfanterist stieß sie zur Seite, die Kugel schlug auf den Asphalt, und die verhaftete Attentäterin stotterte etwas von einem „Hang nach links" und daß sie eine Vereinigung zur Betreuung ehemaliger Zucht-

häusler gegründet habe. Bei genauerer Überprüfung stellte sich heraus, daß sie vom FBI für „Informationen aus Linkskreisen" hin und wieder Honorare kassierte.

Im Oktober 1975 nahm die Polizei in Washington den aus einer Nervenheilanstalt geflohenen Gary Steven Desure (32) und den mit ihm auf Diebeszüge gehenden Preston Michael Mayo (24) fest. Die beiden bekannten einen Attentatsplan gegen Ford, wobei sie zunächst zur Ablenkung einen Kanalisationsschacht sprengen wollten.

Schließlich traf es auch den Präsidenten Ronald Reagan. Am 30. März 1981 stand er vor dem „Hilton"-Hotel in Washington einem jungen Mann gegenüber, der im Kino gesehen hatte, wie man ein Held wird. In dem Film „Der Taxifahrer" ging es ebenfalls um ein Attentat, und zwar um jenes, welches der stellungslose Wirrkopf Arthur Brehmer acht Jahre zuvor auf den damaligen Präsidentschaftskandidaten und Gouverneur von Alabama, George Wallace, verübt hatte, der sein Leben seitdem im Rollstuhl verbringen muß.

Der vor dem „Hilton"-Hotel Lauernde, ein Unternehmersohn namens John Hinckley, wollte imponieren: einer angebeteten Schauspielerin aus dem Film „Der Taxifahrer", seinem unzufriedenen Vater und der ganzen Nation. Der Attentatsgedanke lag dem Frustrierten vielleicht auch deshalb nahe, weil er seine Kindheit in Dallas verbracht hatte, als man dort Präsident Kennedy erschoß.

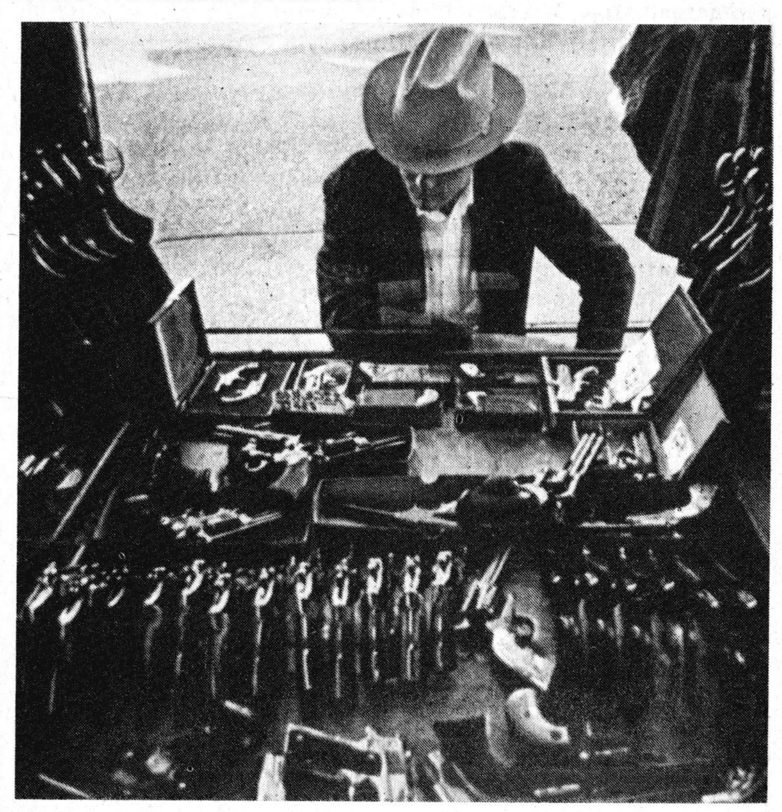
Hinckley konnte nicht einmal richtig zielen. Ein Presseberater sank schwerverletzt zu Boden, Reagan kam mit einer Steckschußwunde davon, die nach wenigen Wochen ausgeheilt war. Millionen hatten den Anschlag des Möchtegernhelden auf den ehemaligen Leinwandhelden am Bildschirm verfolgt und bekamen die Wiederholung in Zeitlupe. Da war das Fernsehen erfolgreicher als Hollywood.

Im ganzen Land fragte man nach dem überstandenen Schrekken, ob es nicht besser sei, den allzu freizügigen Verkauf von Waffen in den USA zu unterbinden. Hinckley hatte sich kurz hintereinander ohne Schwierigkeiten sechs Pistolen gekauft. Mit drei Schießeisen wurde er erwischt, als er in Nashville, Tennessee, ein Flugzeug besteigen wollte. Doch er kam mit 62,50 Dollar Geldstrafe davon. In die Liste des Secret Service mit den Namen von 47000 Personen, von denen man annimmt, daß sie dem Präsidenten gefährlich werden könnten, reihte die Polizei ihn nicht ein.

Eine unübersehbare Anzahl von Leuten in den USA trägt Schußwaffen; allein 60 Millionen Pistolen werden in Jackentaschen mitgeführt oder in Nachttischen aufbewahrt. Der alte Männlichkeitsmythos aus der Wildwestzeit ist dafür ebenso

verantwortlich wie das allgemeine Unsicherheitsgefühl angesichts der steigenden Kriminalität. Noch immer gilt der Verfassungsgrundsatz aus dem Jahr 1791, der jedem Bürger das Recht auf Waffentragen garantiert, obwohl mittlerweile jedes Jahr etwa 21 000 Menschen durch Schußwaffen zu Tode kommen – 11 000 durch Selbstmord, 3000 durch Unfälle und 7000 durch Mord. In 41 Bundesstaaten ist keine Genehmigung für den Besitz von Schußwaffen erforderlich, beim Einkauf braucht man nur auf Ehrenwort zu erklären, daß man im Vollbesitz seiner Geisteskräfte, nicht vorbestraft und nicht rauschgiftsüchtig sei. In den USA gibt es 179 000 Waffengeschäfte, und niemals machen sie mehr Umsatz als nach einem Attentat auf einen Prominenten, heiße er nun Ronald Reagan oder John Lennon.

Privater Waffenhandel in den USA



Ein Bürgerkomitee für das Recht, Waffen zu tragen, zählt Reagan zu den besten Förderern, immer noch. Der ehemalige Darsteller von Sheriff- und Cowboyfiguren in Hollywoodfilmen weiß, daß ein Colt im Halfter die Manneswürde fördert, und fühlt sich einer Politik verpflichtet, die den Waffenhändlern das Geschäft nicht verdirbt, weder den kleinen noch den großen.

Von Dallas nach Watergate

Fünfzehn Jahre hat es gedauert, bis die irreführenden Auskünfte des Warren-Reports über die Hintergründe des Mordes an John F. Kennedy in den USA offiziell korrigiert worden sind, wenn auch nur kleinlaut und halbherzig. Die Sonderkommission des Repräsentantenhauses in Washington revidierte 1978 die Behauptungen der Warren-Kommission. In Dallas seien mehr als drei Schüsse gefallen, und man könne eine Verschwörung „nicht ausschließen".

„Die Schlußfolgerung der Kommission gründete sich auf indirekte Indizien, die darauf hinwiesen, daß sich Lee Harvey Oswald – selbst wenn er allein gehandelt hat – wie auch sein Mörder, der Nachtklubbesitzer Jack Ruby, aller Wahrscheinlichkeit nach unter der Kontrolle oder unter dem Einfluß einer Reihe großer Bosse des organisierten Verbrecherwesens befanden"[11], schrieb darüber die „Washington Post".

Vom Verhältnis dieser „großen Bosse des organisierten Verbrecherwesens" zu bestimmten Interessengruppen der großen Politik ist natürlich nicht die Rede, und auf diesem Feld betrieb auch die Sonderkommission keine Spurensicherung.

Eine solche Spur aber war zu diesem Zeitpunkt bereits seit fünf Jahren sichtbar. Sie betraf ein Ereignis, das die innenpolitische Szene der USA ebenso erschüttert hat wie der Mord von Dallas, ein Ereignis, das einen anderen Präsidenten, nämlich Richard Nixon, das Amt kostete: der Watergate-Skandal.

In der Nacht vom 16. zum 17. Juni 1972 waren in Washington fünf Männer in das Hauptquartier der Demokratischen Partei eingedrungen. Die Einbrecher arbeiteten für die Republikanische Partei Richard Nixons. In den Büros der Demokratischen Partei, die sich im Hotelkomplex Watergate am Potomac in Washington befanden, kopierten sie im Schutz der Nacht Materialien, die man zur Erpressung des Wahlkampfgegners benutzen wollte.

Alle fünf Safeknacker verfügten über einschlägige Erfahrun-

gen. Sie hatten früher entweder beim FBI oder bei der CIA im Sold gestanden. Wieweit Nixon in die Nacht-und-Nebel-Aktion eingeweiht war oder ob ihm vielleicht nur mit Hilfe untreuer Mitarbeiter eine Falle gestellt wurde, blieb bis heute ungeklärt. Aber die Demokraten kriegten die republikanischen Tricks später heraus und machten Skandal. Die Entrüstung beherrschte monatelang die öffentlichen Diskussionen in den USA.

Wie immer, wenn eine Bloßstellung des Systems droht, ging man den Weg der Vertuschung. Im August 1974 trat Nixon zurück und übergab die Amtsgeschäfte Gerald Ford, der eine gerichtliche Verfolgung des Demissionierten verhinderte.

Angeklagt wurden nur die Einbrecher selbst: Bernard Barker, Frank Sturgis, Howard Hunt, Eugenio Martinez und Virgilio Gonzalez. Die Namen sagten der Öffentlichkeit nichts. Aber drei von ihnen konnten auf Fotos identifiziert werden, die elf Jahre zuvor, am Tag des Kennedy-Attentats in Dallas, gemacht worden waren! Barker, Sturgis und Hunt hatten auf der Böschung hinter dem Amateurfilmer Zapruder gestanden, genau dort, von woher viele Leute Schüsse gehört zu haben glauben.

Weitere Verdachtsmomente einer Verbindung zwischen dem Mord an Kennedy und dem Watergate-Skandal tauchten auf. Von Hunt war aktenkundig, daß er in Dallas persönlichen Kontakt zu Oswald gehabt hatte. Frank Sturgis, der damals den Namen Daniel Carswell führte, besaß die Statur und den Gesichtsschnitt Oswalds. Er könnte auch als Doppelgänger des „Alleintäters" aufgetreten sein. Alle Watergate-Einbrecher teilten die Wut über Kennedy nach dem fehlgeschlagenen Kubaabenteuer im April 1961. Barker, ein Grundstücksmakler aus Miami, war selbst mit in der Schweinebucht gelandet, Hunt hatte wie viele CIA-Leute die Bombardierung der Insel gefordert. Die drei anderen waren ohnehin kubanische Konterrevolutionäre mit US-amerikanischen Pässen.

So zeigte der Watergate-Skandal, daß im Hintergrund ähnliche, wenn nicht sogar dieselben Kräfte walteten wie beim Mord an John F. Kennedy. Viele Publizisten und Politikwissenschaftler in den USA sind heute der Meinung, daß man das Geschehen in Dallas erst dann richtig begreifen könne, wenn man auch restlos aufdecke, was sich wirklich um Watergate abgespielt hat.

Als die Kommission des Repräsentantenhauses, die noch einmal das Umfeld des Kennedy-Attentats unter die Lupe nehmen sollte, mit ihrem Latein am Ende war, gab sie zu, daß mindestens achthundert Fragen unbeantwortet seien. Der Vorsitzende Louis Stock erklärte resignierend:

„Wir alle wissen, daß das organisierte Verbrechertum unsere Gesellschaft ganz durchdringt. Die Gesellschaft ist hilflos... Aber sie ist nicht machtlos. Die Regierung nutzt diese Macht jedoch nur dort, wo sie will, und das organisierte Verbrechertum ist gerade das Gebiet, auf dem sie ihre Macht offenbar nicht anzuwenden wünscht."[12]

Quellen der Zitate

1 zit. nach: „Neue Revue", 14/1967
2 zit. nach: „Wochenpost", 25. November 1983
3 ebenda
4 zit. nach: „stern", 4/1967
5 Edward Jay Epstein, Im Kreuzverhör. Der Warren-Bericht über den Mord an Präsident Kennedy, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1966, S. 50 f.
6 zit. nach: „Quick", 42/1966
7 zit. nach: „Wochenpost", 25. November 1983
8 zit. nach: „Neue Zeit", 16/1981
9 zit. nach: „Wochenpost", 6. Mai 1977
10 zit. nach: „horizont", 48/1979
11 ebenda, 47/1979
12 ebenda, 48/1979

Siebzehnmal lauerten die Attentäter: Die Jagd auf den General



Frankreich, unsere Mutter, nimm uns so wie wir sind in Deinen Dienst.

Charles de Gaulle

Ort und Zeitpunkt des Geschehens:

Petit-Clamart, Dorf an der Fernstraße 306 von Paris nach Chartres, 22. August 1962, 20.15 Uhr

Augenzeugen:

Sicherheitsbeamte des französischen Präsidenten

Täter:

Eine Gruppe von fünfzehn Verschwörern, geführt von dem ehemaligen Oberstleutnant Jean-Marie Bastien-Thiry, 41 Jahre alt

Auserkorenes Opfer:

Charles de Gaulle, Präsident der Republik Frankreich, zum Zeitpunkt des Attentats 71 Jahre alt



Minuten nach dem Attentat von Petit-Clamart:
Charles de Gaulle entsteigt dem beschädigten Präsidentenfahrzeug.

Der Warnschuß von Pont-sur-Seine

Der 8. September 1961 ist ein trüber Herbsttag in Mittelfrankreich. Spätnachmittags fährt ein schwarzer Citroën durch das kleine Dorf Pont-sur-Seine. Im Fond des Wagens die hohe, hagere Gestalt des Präsidenten Charles de Gaulle. Von den Amtsgeschäften in Paris kehrt er zu seinem Landsitz Colombey-les-deux-Églises in Lothringen zurück. Auf dem Flughafen Villacoublay an der Staatsstraße 306 von Paris nach Chartres wartet die Präsidentenmaschine.

Seit mehr als einem Jahr erhält der General fast täglich Mord-

drohungen. Für seinen Sicherheitsapparat ist er ein schwieriges Schutzobjekt. Er hat sich eine Eskorte verbeten, wehrt sich gegen jede Sonderbewachung und vertraut auf seine Chauffeure.

Kurz hinter Pont-sur-Seine passiert die Limousine eine ehemalige Baustelle. Die Straße ist spiegelglatt, das Räderwerk des hydraulisch gefederten Citroën verursacht kaum Erschütterungen; dennoch reichen die Impulse, um eine Plastbombe hochgehen zu lassen, die in einem Sandhaufen versteckt ist.

Im Rückspiegel erkennt der Chauffeur die Sandfontäne. Dem französischen Präsidenten geschieht nichts. Die Explosion ist nur schwach, und der Wagen fährt viel zu schnell, als daß ihm etwas anzuhaben wäre. Der Mann auf dem Rücksitz reagiert mit der Arroganz eines Aristokraten: „Das soll wohl ein schlechter Scherz sein. Fahren Sie weiter."

Dennoch weiß ganz Frankreich von dieser Stunde an, daß die Terroristen von der OAS Ernst machen. Die Organisation de l'Armée secrète hält das Land seit einem Jahr in Unruhe. Ihren Bombenwerfern und Scharfschützen fielen bereits Hunderte von Menschen zum Opfer – in Algerien, das zu dieser Zeit noch eine französische Kolonie ist. Die Fontäne von Pont-sur-Seine zeigt an, daß sie nun auch an der Seine Angst und Schrecken verbreiten wollen.

Die OAS, ein Geheimklüngel von Generalen, Plantagenbesitzern, Fremdenlegionären, Zuhältern, korsischen Mafiosi und verkrachten Politikern, hatte sich in Algerien zusammengetan, das einmal als Perle des französischen Imperiums galt. Jenseits des Mittelmeers wollten sie ein französisches Departement errichten, größer als das „Mutterland". Sie hätten dort gern weiter ihre Privilegien genossen, ihre Peitsche gegen die Araber geschwungen und ihre Superprofite eingestrichen.

Doch die Weltgeschichte lief längst gegen die Colons, die ehemals allmächtige Oberschicht der französischen Siedler in Nordafrika. Es war die Zeit, da überall in Afrika und Asien das Kolonialsystem zusammenbrach. Großbritannien hatte sein Kronjuwel Indien verloren und dazu viele Positionen im Nahen und Mittleren Osten. Kenia stand in Aufruhr. In Kongo (dem heutigen Zaïre) wankte die belgische Kolonialmacht unter der von Patrice Lumumba geführten Befreiungsbewegung. In den portugiesischen Besitzungen Angola und Moçambique schwelte der Widerstand.

Frankreich selbst hatte in den schwarzafrikanischen Territorien Verhandlungen über seinen Rückzug aufnehmen müssen. Am Suezkanal war 1956 der Versuch gescheitert, mit Hilfe einer britisch-französischen Invasion den alten Vorherrschaftsansprüchen über Ägypten wieder Geltung zu verschaffen. Der Entkolonisie-

rungsprozeß erreichte inzwischen schon die Grenzen Algeriens. Seit 1956 besaßen Tunesien und Marokko die Unabhängigkeit.

In Algerien loderten die Flammen des Aufstands; im November 1954 hatte die FLN, die Front de Libération Nationale (Nationale Befreiungsfront), den bewaffneten Kampf aufgenommen. Trotz des Einsatzes von sechshunderttausend französischen Soldaten und Fremdenlegionären, trotz Napalms und Folter gerieten die Kolonialisten in die Defensive. In Frankreich erhob sich eine mächtige Bewegung gegen den „schmutzigen Krieg" in Algerien wie Jahre zuvor schon gegen den „schmutzigen Krieg" in Vietnam.

Wer von den Algerienfranzosen klar in die Zukunft sah, der wußte zu jener Zeit, daß es nur zwei Möglichkeiten gab: eine Verständigung mit der Befreiungsbewegung über ein gleichberechtigtes Zusammenleben in einem unabhängigen Staat oder einen erzwungenen Rückzug der mehr als eine Million Siedler über das Mittelmeer und das Zerreißen mancher historisch gewachsenen Bindungen, die zum gegenseitigen Vorteil hätten genutzt werden können.

Die in Algerien ansässigen Latifundisten, Südfruchtexporteure, Besitzer von Ölmühlen, Weinkeltereien und Textilbetrieben, hohen Kolonialbeamten und Militärs fürchteten so oder so einen Verlust ihrer Machtpositionen. Deshalb klammerten sie sich an die Vergangenheit. Den ultrareaktionären Kräften der Kolonialbourgeoisie gelang es, die Masse der kleinen Siedler auf ihre Seite zu ziehen, denen die Aussicht auf eine Rückkehr in die einstige Heimat, das von Arbeitslosigkeit, Inflation und Wirtschaftskrisen geschüttelte Frankreich, auch nicht gerade verlockend erschien.

Zwischen Algier und den Militärcamps am Rand der Sahara hämmerten die Ultras mit den Fingerknöcheln den Rhythmus ihres herausfordernden „Algérie française" auf Parlamentsbänke, Autobleche, Kasinotresen und Kneipentische. Wo sich Kräfte der Vernunft sammelten, warfen sie erbarmungslos ihre Plastbomben dazwischen.

De Gaulle galt diesen Kräften als Verräter. 1958 hatten sie mit einem Putsch geholfen, ihm den Weg in den Élysée-Palast auf den Stuhl des Präsidenten Frankreichs zu ebnen. Nun, im Jahr 1961, als er mit der FLN verhandelte, fühlten sie sich hintergangen.

Doppelspiel in Algerien

Das Zweckbündnis zwischen de Gaulle und den kolonialistischen Ultras in Algier war im Mai 1958 geschlossen worden, als die Vierte Republik in Frankreich in einer tödlichen Krise steckte. In schneller Folge hatte eine Regierungskoalition die andere abgelöst. Im Parlament von Paris kam kaum noch eine tragfähige Mehrheit zustande; niemand schien mehr der inneren und äußeren Widersprüche Herr werden zu können, in die Frankreich durch die unsoziale Wirtschaftspolitik des kapitalistischen Systems, durch die Mitgliedschaft in der NATO und in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, durch die Kolonialkriege in Vietnam und Algerien und durch viele andere Faktoren gestürzt war.

„Immer offenkundiger zeigte sich der Widerspruch zwischen dem bestehenden parlamentarisch-demokratischen System, das den demokratischen Kräften die Möglichkeit einer relativ großen politischen Aktivität und Einflußnahme bot, und den Interessen des französischen Monopolkapitals", schreiben die de-Gaulle-Biographen Günther Fuchs und Hans Henseke. „Auch in Frankreich erwies sich der Übergang zum vollentwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus als die einzig mögliche Existenzform des Imperialismus unter den Bedingungen der weiteren Verschärfung seiner allgemeinen Krise. Bei weitgehender Verschmelzung der ökonomischen Macht des monopolistischen Kapitalismus mit der politischen Macht des Staates bedeutete dies eine rigorose Konzentration aller – wirtschaftlichen, politischen, ideologischen – Machtmittel in der Hand der herrschenden ‚200 Familien'. Angesichts solcher – objektiver – Entwicklungstendenzen mußte das parlamentarisch-demokratische Regierungssystem der IV. Republik fallen und einer ausgeprägten Klassendiktatur der Finanzoligarchie weichen."[1]

In dieser heiklen Situation erinnerte sich die französische Monopolbourgeoisie jenes Mannes, der im zweiten Weltkrieg im Exil die Truppen des „Freien Frankreichs" an der Seite der Antihitlerkoalition in den Kampf geführt hatte. Nach der Selbstbefreiung von Paris war der General de Gaulle mit seinen Einheiten in die Hauptstadt zurückgekehrt und hatte sich als Retter der Nation feiern lassen. Aber nur bis zum 20. Januar 1946 stand er an der Spitze einer Regierung. Dann zog er sich, enttäuscht, daß man seine autoritären Führungsmethoden nicht billigen wollte und

daß „die ausschließliche Herrschaft der Parteien“[4] wieder da sei, nach Colombey-les-deux-Églises zurück.

Zwölf Jahre lang verharrte er dort als Privatmann und machte sich laut Gedanken, wie die „Größe Frankreichs“ wiederherzustellen sei, wie man sich den neuen Realitäten in der Welt anzupassen habe, wie man mehr Distanz zum USA-Imperialismus nehmen und wie man effektiver die sozialen Forderungen der französischen Werktätigen unterdrücken könne. Je mehr es in der Vierten Republik drunter und drüber ging, desto dringlicher erscholl in der rechtsbürgerlichen Presse der Ruf nach einer Rückkehr des Generals. Eine geschickte Propaganda suggerierte der Öffentlichkeit: De Gaulle oder das Chaos.

Schließlich putschten in Algier die Kolonialmilitärs gegen die Regierung in Paris. Das bot den willkommenen Vorwand, de Gaulle aus seinem Schmollwinkel nach Paris zurückzuholen, ihn zum Ministerpräsidenten der Fünften Republik zu berufen, das Parlament aufzulösen und schließlich die Präsidialdiktatur mit dem General an der Spitze zu errichten. In einer neuen Verfassung, die de Gaulle durch ein Referendum bestätigen ließ, wird dem Präsidenten ein fast vollständiges Monopol der politischen Entscheidungen übereignet. Er kann unabhängig vom Parlament die Regierung bilden und leiten, erhält unter anderem das Recht, in Krisensituationen die gesamte Staatsgewalt in seiner Hand zu vereinen, und hat den Oberbefehl über die Streitkräfte.

Im Dezember 1958 wählte man de Gaulle zum Präsidenten der Fünften Republik. Für die Ultras in Algerien schienen sich die Dinge nach Wunsch zu ordnen. Der General vollführte in der Kolonialfrage fintenreiche Manöver. Während er den Siedlern seinen Plan von Constantine anbot, ein großes Hilfsprogramm zur wirtschaftlichen Durchdringung des Landes und zur Schaffung eines stabilen Neokolonialismus, schlug er der Befreiungsbewegung am 23. Oktober 1958 einen „Frieden der Tapferen“ vor. Dieser Appell, die Waffen niederzulegen, war eine plumpe Aufforderung zur Kapitulation.

Da das keinen Erfolg zeigte, erkannte de Gaulle knapp ein Jahr später, am 16. September 1959, in einer Fernsehansprache das Recht des algerischen Volkes auf Selbstbestimmung an, schränkte aber ein, daß diese nur in einem langjährigen Prozeß erreicht werden könne. Zugleich drohte er wirtschaftliche Sanktionen an, falls die Algerier an eine völlige Lostrennung vom „Mutterland“ dächten.

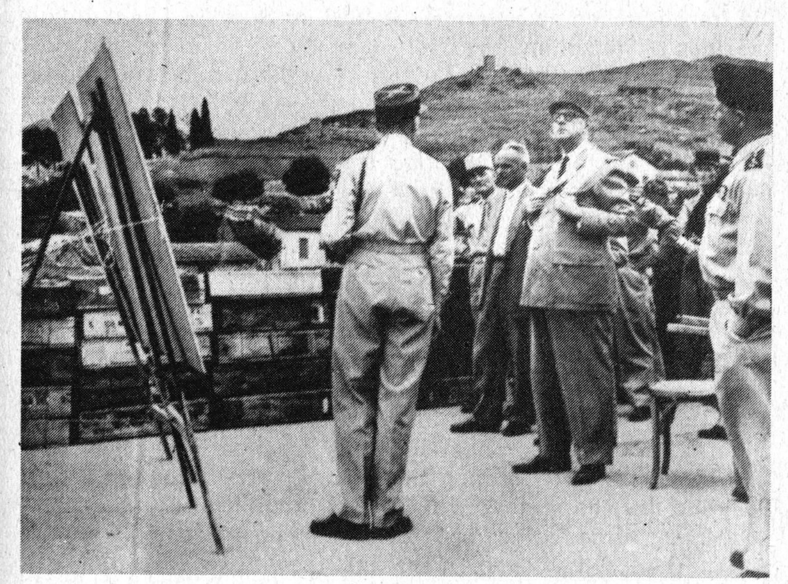
Auch das hatte nicht die gewünschte Wirkung. Im Gegenteil. Der Druck der algerischen Befreiungsbewegung nahm zu. Jeden Tag flog irgendwo zwischen Hassi-Messaoud, Fort Polignac und dem Mittelmeer eine Pipeline in die Luft, und kein Suchtrupp wagte sich mehr in die umkämpften Gebiete.

Die nüchternen Rechner in der französischen Bourgeoisie kamen bald dahinter, daß es günstiger sei, mit der FLN zu verhandeln und sich um eine Lösung zu bemühen, die dem Monopolkapital nicht für alle Zukunft den Weg zu den Ölfeldern in der Sahara abschnitt. Man begann sich auch in der Algerienfrage auf eine neokolonialistische Lösung zu orientieren.

Damit geriet de Gaulle zwischen zwei Feuer. Er hatte die Interessen der Mehrheit der französischen Bourgeoisie gegen jene in kolonialen Denkweisen verharrende Minderheit zu verteidigen, welche ihn zu besonderem Dank verpflichtet glaubte. Er mußte einen politischen Kurswechsel einleiten und sah sich in die Rolle eines „Dekolonisateurs" gedrängt. „Daß ich es nicht, wie man so sagt, frohen Herzens tun würde, kann sich jeder denken. Für einen Mann meines Alters und Werdegangs war es nichts weniger als grausam, aus eigenem Willen zum Baumeister einer solchen Umgestaltung zu werden"[3], schrieb er später in seinen Memoiren.

Für den Juni 1960 waren in Melun im Departement Seine-et-Marne neue Verhandlungen mit der algerischen Befreiungsbewegung vorgesehen. Die Colons, die gehofft hatten, daß sich ihre Hilfe auszahlen würde, schrien empört auf. Sie fühlten sich abge-

Charles de Gaulle 1958 in Algerien



hängt, betrogen und verraten. Wieder entschieden sie sich für einen Putsch. Dieselben Leute, die im Mai 1958 „Es lebe de Gaulle!" gerufen hatten, brüllten nun in ihre Mikrofone: „De Gaulle an den Galgen!"

Der General – wie stets davon überzeugt, daß das „Geschick der Franzosen" und das „Heil der Nation" bei ihm in den besten Händen lagen – zog sich die Uniform wieder an und begab sich auf eine Werbereise zum französischen Offizierskorps in Algerien.

Aber was waren das für Typen, die er da auf seiner Seite zu halten versuchte? Die in Algerien stationierten Generale hatten ihre Karrieren als Kolonialoffiziere und als Kolonialbeamte gemacht und besaßen große Machtbefugnisse.

Der Fallschirmjägergeneral Jacques Massu zum Beispiel, Absolvent der berühmten Militärakademie Saint-Cyr wie einst auch de Gaulle, hatte 1930 bei der Kolonialinfanterie in Afrika begonnen. 1940, als Hauptmann in Fort Tschad, folgte er dem Ruf de Gaulles zu den Truppen des „Freien Frankreichs" und kämpfte später in der Libyschen Wüste bei den französischen Einheiten, die Hitlers Afrikakorps den Weg nach Ägypten versperrten.

1945, nach der Niederlage der japanischen Faschisten im Fernen Osten, gelangte Massu mit dem französischen Expeditionskorps nach Vietnam. Er war dabei, als das damalige Saigon besetzt wurde, und brachte es 1946 zum Garnisonsbefehlshaber in Hanoi, jener Stadt, wo Ho Chi Minh im September 1945 die Demokratische Republik Vietnam ausgerufen hatte.

Später wechselte Massu zurück nach Nordafrika. Er befehligte die französischen Fallschirmjäger 1956 im Suezkrieg und erhielt 1957 das Militärkommando über Algier. Dort versuchte er mit äußerst brutalen Methoden, die Untergrundstrukturen der Befreiungsfront in der Stadt zu zerschlagen.

Massu trat 1958 als Sprecher des „Gesamtalgerischen Wohlfahrtsausschusses" der Putschgenerale auf und appellierte an de Gaulle, sich dem Vaterland zur Verfügung zu stellen. 1960 hielt er offen zu den Ultras, weshalb de Gaulle ihn seines Postens enthob.

Eine ebenso zwielichtige Figur war der General Raoul Salan. Im zweiten Weltkrieg gehörte er zum Stab des gaullistischen Oberkommandos in Äquatorialafrika. Im November 1945 befehligte er die französischen Truppen in Indochina. Er blieb dort, bis die Kolonialarmee 1954 die vernichtende Niederlage in Dien Bien Phu erlitt und Frankreich seine Kolonialansprüche aufgeben mußte.

Salan kam im November 1956 nach Algerien und wurde 1958 von de Gaulle zum dortigen Generaldelegierten ernannt. Er trat während des Ultraputsches 1960 nicht öffentlich hervor, begann aber in der Armee seine Fäden zu spinnen und die Geheimorganisation OAS aufzubauen, jenes Instrument, welches die ent-

täuschten und frustrierten Verfechter eines Französisch-Algeriens von dem Ausverkäufer in Paris erlösen sollte.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1960 tauchte Salan in Spanien unter, das damals noch von dem faschistischen General Francisco Franco regiert wurde. Von dort aus schwor er seine Gesinnungsgenossen, die an der Spitze der Armee in Algerien standen, auf einen neuen Militärputsch ein.

Inzwischen erhitzte sich der Boden unter den Füßen der Kolonialisten in Algerien immer mehr. Ende 1960 gewann die Befreiungsbewegung neuen Auftrieb. Die Massenstreiks in Algerien fanden große Unterstützung bei den fortschrittlichen Kräften in Frankreich. Die UNO-Vollversammlung forderte im Dezember 1960 die Unabhängigkeit Algeriens, und so wurden für den Mai 1961 erneut Verhandlungen geplant, diesmal in der abgeschiedenen Atmosphäre des Kurorts Évian-les-Bains am Genfer See in der Schweiz.

Um diese zu verhindern, stürzten sich die Ultras und der dem Kolonialzeitalter verhaftete Teil der Generalität in die letzte Schlacht. Am 22. April 1961 ratterten wieder Panzer durch Algier, besetzten Fallschirmjäger und Fremdenlegionäre alle Nervenzentren der Stadt.

Die Führer des Putsches, die Generale Raoul Salan, Maurice Challe, André Zeller und Edmond Jouhaud, verlangten ultimativ, Algerien solle eine französische Provinz bleiben. Sie drohten mit einer Landung von Truppen im „Mutterland". Frankreich durchlebte die Angst vor einem Bürgerkrieg. De Gaulle verhängte den Belagerungszustand über Paris. Die Flugplätze wurden mit Luftabwehrsystemen ausgestattet. Am Élysée-Palast fuhren Panzer auf.

In dieser Zeit kam der entscheidende Widerstand aus dem französischen Volk. 12 Millionen Franzosen erhoben sich zum Generalstreik gegen die Kolonialabenteurer, geführt von den Gewerkschaften, der Kommunistischen Partei und anderen demokratischen Kräften. Die Französische Kommunistische Partei hatte auf ihrem Parteitag im Mai ein Programm zur Wiederherstellung und Erneuerung der Demokratie beschlossen. Der Massenkampf zwang die Regierung, energischer gegen die OAS vorzugehen.

Den Generalen in Algier schwankte der Boden unter den Füßen. Die meisten ihrer Soldaten waren keine Algerienfranzosen, sondern stammten aus Frankreich und zeigten nach den langen zermürbenden Einsätzen gegen die Befreiungsbewegung wenig Neigung, in einem Putsch ihre Haut zu Markte zu tragen.

Nach kaum einer Woche überwarfen sich die Generale. Während sich Challe bald den Behörden stellte, setzten Salan, Zeller

und Jouhaud auf den Untergrundkampf der OAS. Sie begannen einen erbarmungslosen Terrorfeldzug. Damals wurden die Plastbomben berühmt und berüchtigt, die meist unter Autos klebten, aber auch vor Polizeistationen, in Restaurants und Einkaufszentren explodierten.

Die Jagd auf OAS-Terroristen und die Eröffnung von Gerichtsverfahren gegen sie erwiesen sich oft als lebensgefährliches Risiko. Das geheime Netz der OAS durchzog das ganze Land bis in die Regierungsämter und in die Chefetagen der Konzerne. Ihre Leute hatten Polizei, Justiz und Kolonialverwaltung in Algerien unterwandert. Gesuchte OAS-Verbrecher erhielten meist rechtzeitig Warnungen. Sie konnten ihren Standort wechseln und die Spuren verwischen, während der eine oder andere Jäger, wenn er morgens sein Auto bestieg, nicht den Motor, sondern eine Plastbombe zündete.

Zugleich biederte sich die OAS bei dem beunruhigten Bürgertum als Vortrupp gegen die Gefahren einer neuen Volksfront an. Pierre Marie Sergent, „Generalstabschef" der OAS im „Mutterland", erläuterte in seinem Versteck einem ausländischen Zeitungsreporter mit faschistischem Vokabular die Lage: „Selbstverständlich ist die Bewegung der OAS auch gegen die Kommunisten gerichtet. Denn man kann sagen, daß Frankreich – wenn es so weitergeht – in wenigen Jahren eine ‚Volksdemokratie' sein wird. Und außerdem bildet die Kommunistische Partei Frankreichs im Körper des Staates heute ein Krebsgeschwür, so daß man die Kommunistische Partei auflösen muß ..., damit der Körper Frankreichs wieder gesund wird."[4]

Ihrer Sonderinteressen wegen war die OAS jedoch zu einem schmerzhaften Dorn im Fleisch der Grand Nation de Gaulles geworden. Die Sicherheit des Staates, die wirtschaftlichen Interessen der Monopole ebenso wie das persönliche Ansehen des Präsidenten geboten eine energische Bekämpfung. Agenten der Polizei und der Geheimdienste hielten im In- und Ausland Ausschau nach OAS-Leuten. Während der General Challe zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt wurde, verhängte ein französisches Gericht über den General Salan in Abwesenheit die Todesstrafe.

Mit Flammenwerfern und Sprenghunden

Dem Mann, den sie einst riefen, verziehen die OAS-Leute nicht. Die Sandfontäne von Pont-sur-Seine war nur ein Warnsignal. Ins-

gesamt siebzehnmal wurden gegen Charles de Gaulle Attentate vorbereitet. Siebzehnmal wurden Bomben geschärft, suchten Scharfschützen den 1,93 Meter großen, alle seine Leibwächter überragenden Präsidenten im Fadenkreuz der Zielfernrohre.

Immer, wenn de Gaulle in Frankreich zu Lande unterwegs war, hatten die Sicherheitskräfte Großalarm. An den Durchfahrtstrecken warteten Zivilpolizisten in schnellen Sportwagen mit täuschenden ausländischen Kennzeichen. Mittels eines Netzes von Sprechfunkstationen gaben sie der Zentrale Auskunft über die Position des Präsidentenfahrzeugs. In den Krankenhäusern der Umgebung wachten Ärzteteams und hielten Blutkonserven bereit.

Die OAS-Kommandos flogen in der Regel aus Algerien ein. Einige operierten auch von den Kasernen der französischen Truppen in der BRD aus. Die Terroristen richteten entlang den Reiserouten des Präsidenten Waffenlager mit Maschinenpistolen, Panzerbüchsen und Flammenwerfern ein. Sie verstauten Dynamit und Butangasflaschen an den Straßen, die das Staatsfahrzeug Nummer 1 passieren sollte, und versuchten Eisenbahnschienen zu unterminieren.

Einmal, Mitte Juni 1962, als de Gaulle in der Stadt Vesoul auf einer Rundreise durch ostfranzösische Departements vor einer vieltausendköpfigen Menge zu sprechen beabsichtigte, hatte die OAS Sprenghunde vorbereitet. Wie diese eingesetzt werden sollten, schildert der frühere Kommissar in der zentralen Leitung der Kriminalpolizei Jacques Delarue in seinem Buch „Die OAS gegen de Gaulle": Die Terroristen kopierten eine Methode der Tabak- und Alkoholschmuggler an der französisch-belgischen Grenze. Dort warf man abgerichteten Transporthunden Decken aus gefärbtem Schaffell über und verbarg darunter Lasten bis zu 20 Kilo. Mit Hilfe von Ultraschallsignalen, die das menschliche Gehör nicht wahrnimmt, konnten die Tiere auf Schleichwegen über die Grenze dirigiert werden.

In Vesoul wollten die OAS-Leute solche Hunde mit Sprengstoff befrachten. Ein Attentäter mit einer Ultraschallpfeife hinter der Tribüne sollte die Tiere anlocken, die Sprengladungen hätte man mittels Fernzündung hochgehen lassen. Dank einem Agenten namens Benoit, der für gutes Geld den „Maulwurf" in der OAS spielte, wurde der Plan rechtzeitig aufgedeckt. Im Departement Haute-Saône zerriß die Polizei ein ganzes Netz der OAS.

Einen letzten gefährlichen Versuch, das Leben de Gaulles auszulöschen, unternahm ein OAS-Kommando am 22. August 1962. Inzwischen waren die Abkommen von Évian-les-Bains unterzeichnet, die Algerien die Unabhängigkeit gewährten, dem französischen Kapital Sonderrechte bei der Erschließung der Erdöllager in der Sahara, den französischen Militärs die weitere Benutzung

des Atomversuchsgeländes von Colomb-Béchar und des Flottenstützpunkts Mers-el-Kébir.

Ein großer Teil der Colons strömte in das „Mutterland" zurück. Andere suchten die Chance, im freien Algerien ihre Existenz zu sichern und die Geschäfte fortzusetzen. Die neue Lage förderte ein Umdenken, der OAS ging der Atem aus. So sah sich die Führung zu einer Vereinbarung mit der FLN gezwungen. Die OAS verpflichtete sich, ihre Aktionen einzustellen und eine friedliche Entwicklung in Algerien nicht zu behindern.

In Frankreich aber streunten noch immer versprengte Reste der OAS, die nicht begriffen, daß der Rivalitätskampf in der Bourgeoisie längst entschieden war, und die, wenn sie schon nicht siegen konnten, so doch wenigstens ihre Rache haben wollten.

Noch einmal nehmen sie den schwarzen Citroën des Präsidenten aufs Korn. Wieder lauern sie an der Staatsstraße 306, und zwar in dem kleinen Ort Petit-Clamart. Fünfzehn Attentäter und zwei schnelle Wagen sind abends in den Seitenstraßen postiert und warten auf das Winkzeichen, das der Oberstleutnant Jean-Marie Bastien-Thiry bei Annäherung des Präsidentenautos geben will.

Bastien-Thiry, Stabsoffizier der Luftstreitkräfte, ist einst ein glühender Bewunderer de Gaulles gewesen und von diesem persönlich als Ritter der Ehrenlegion dekoriert worden. Als Algerien die Unabhängigkeit erhielt, sind Bastien-Thirys Gefühle umgekippt. Seitdem beschimpft er den Präsidenten als „Tyrannen und Verräter" und kündigt an, er selbst werde eine vaterländische Tat begehen. Sein Plan: Das OAS-Kommando in Petit-Clamart soll den Wagen stoppen und de Gaulle verschleppen, damit er vor ein „Militärgericht" gestellt werden kann.

Hartgesottenster Komplize Bastien-Thirys ist ein ehemaliger Großgrundbesitzer aus Algerien, der dort eine 10 000 Hektar große Domäne zurückgelassen hat und den Verlust nicht verschmerzen kann. George Watin, genannt „Hinkefuß", ein bulliger Mann von neununddreißig Jahren, hat bereits auf eigene Faust versucht, bis auf Schußnähe an den Präsidenten heranzukommen. Er hat wochenlang den lothringischen Landsitz erkundet und sich sogar Luftaufnahmen verschafft. Wie er später aussagt, fand er nicht genügend qualifizierte ehemalige Fallschirmspringer, die zu einem Luftlandeunternehmen bereit gewesen wären.

Diesmal wird er es schaffen, glaubt Watin. Und er will nicht so lange fackeln wie Bastien-Thiry, sondern den Landräuber de Gaulle gleich erschießen.

Dann aber geht alles schief. Gegen 19.45 Uhr, früher als von den Attentätern angenommen, verläßt das Präsidentenauto den Élysée-Palast durch einen Seitenausgang. Es ist ein wolkenverhangener Sommerabend, und die Lichtverhältnisse sind misera-

bel. In Petit-Clamart verwechselt Bastien-Thiry den Citroën mit einem Begleitfahrzeug und gibt zur unrechten Zeit das Zeichen zum Überfall. Als die Attentäter den Irrtum bemerken, ist es zu spät für einen Frontalangriff. Sie können nur noch die Verfolgung aufnehmen. Während Bastien-Thirys Plan scheitert, sieht Hinkefuß Watin die Gelegenheit gekommen, sein Vorhaben in die Tat umzusetzen. Achtmal gibt er aus seiner Maschinenpistole bei rasender Fahrt Feuerstöße ab. Dann klemmt das Magazin. Die Ladehemmung rettet de Gaulle. Das Präsidentenfahrzeug schleudert zwar, und drei Reifen sind zerschossen. Dennoch beschleunigt der Fahrer, der Polizeiunteroffizier Henry Maroux, auf 100 Kilometer je Stunde und entkommt.

Tage später geht der Polizei in der Nähe der Stadt Valence zufällig ein Mann ins Netz, der als Armeedeserteur registriert ist und den Beinamen „Kügelchen" trägt. Dieser, Pierre Magade, war in Petit-Clamart dabei. Er glaubt, die Sache sei schon verraten, und gibt die Namen seiner Komplizen preis. Zehn von ihnen werden verhaftet, Watin und vier andere können verschwinden.

Im Februar 1963 kommen die Attentäter vor Gericht. Watin versucht aus dem Untergrund, seinen Kumpanen beizustehen – mit einem noch dilettantischeren Unternehmen.

Am 15. Februar 1963 soll de Gaulle an der Militärakademie in Paris einen Vortrag halten. Watin, der sich als Geistlicher getarnt hat, überredet einen Offizier, ihm eine Uniform zu besorgen. Damit will er sich Zutritt zu der Kriegsschule verschaffen und sich an einem Fenster mit einem Zielfernrohr auf die Lauer legen. Der Offizier verrät den Plan im Suff einer Englischlehrerin, diese sagt es der Polizei, und so kommt Watin nicht zum Schuß.

Der Prozeß läuft dann ohne Zwischenfälle ab. Das Gericht verhängt drei Todesurteile (darunter gegen Watin in Abwesenheit), einmal lebenslänglich und für die übrigen langjährige Haftstrafen. Eins der Todesurteile verwandelt de Gaulle auf dem Gnadenweg in lebenslängliche Haft. Das Gnadengesuch von Jean-Marie Bastien-Thiry lehnt er ab. Im Morgengrauen des 11. März 1963 stirbt der ehemalige Oberstleutnant im Pariser Fort d'Ivry unter der Salve eines Hinrichtungskommandos.

Der Prozeß hat eine überraschende Nebenspur bloßgelegt. Sie führt über die französische Ostgrenze nach München. Dort in der BRD hat sich, beschirmt von bayerischen Neofaschisten, der ehemalige Oberst Antoine Argoud häuslich eingerichtet. Er leitet die wichtigste ausländische Geschäftsstelle der OAS, nachdem die Niederlassung in Algier liquidiert werden mußte. Bei ihm ist der ehemalige Außenminister und Ministerpräsident Georges Bidault, der sich in München ebenfalls besser aufgehoben fühlt als zu Hause. 1961 war er dem Ruf des Generals Salan gefolgt und als zivile Galionsfigur an die Spitze des von der OAS ins Leben

gerufenen Nationalrats des Widerstands getreten. Nun gilt er als hartnäckigster Feind der de Gaulleschen „Politik des Verzichts".

Argoud, der sich den Decknamen Charles Sinel zugelegt hat, erfreut sich nicht lange seines komfortablen Asyls. Nach dem Petit-Clamart-Prozeß wird er vom französischen Geheimdienst gekidnappt. Auch er kommt vor Gericht und erhält lebenslängliche Haft. Bidault entweicht vorsichtshalber über die Schweiz und Portugal nach Brasilien.

Den Exlatifundisten Watin zieht es ebenfalls ins südamerikanische Exil. Er begibt sich unter den Schutz des paraguayischen Diktators Alfredo Stroessner, der schon deutsche Nazikriegsverbrecher und auch französische Kollaborateure aus der Zeit des zweiten Weltkriegs beherbergt. Hinkefuß lebt ein paar Jahre als biederer Kaufmann vom Import landwirtschaftlicher Maschinen in Asunción. Bis sich die Dinge für ihn und seinesgleichen in der Heimat wieder zum Besseren wenden.

Nachspiel in Baden-Baden

Die französische Monopolbourgeoisie war im Grunde froh, das „algerische Würgeisen" los zu sein. Zunehmende innenpolitische Schwierigkeiten erforderten um die Mitte der sechziger Jahre höchste Aufmerksamkeit und Steuerungskünste des Generals de Gaulle. Die Fünfte Republik versagte vor allem in der Sozialpolitik.

Als im Frühjahr 1968 die Studenten gegen die undemokratischen Verhältnisse an den Hochschulen aufbegehrten und sich gegen die Polizei mit dem Bau von Barrikaden wehrten, als 10 Millionen französische Werktätige in den Generalstreik traten und der Ruf nach grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen erscholl, geriet das Regierungslager in Panik. Am 29. Mai sagte de Gaulle überraschend eine Sitzung des Ministerrats ab und erklärte, er wolle einen Tag des Nachdenkens auf seinem lothringischen Landsitz verbringen.

Sofort schwirrten Rücktrittsgerüchte durch das Land. Schon jagte die nächste mysteriöse Nachricht über die Fernschreiber, Radio- und Fernsehsender. In Colombey war der Hubschrauber des Generals nicht eingetroffen.

Das nervös gewordene Armeeministerium ließ Nachforschungen anstellen. Zur größten Überraschung der Öffentlichkeit kam heraus, daß der Staatspräsident heimlich außer Landes geflogen war. Den Helikopter hatte er erst im Rheintal niedergehen lassen,



Charles de Gaulle und General Jacques Massu 1958 in Algerien

neben dem großherzoglichen Jagdhaus in Baden-Baden, dem Hauptquartier der französischen Heereseinheiten in der BRD.

In Baden-Baden führte der General Massu das Oberkommando, derselbe, der sich 1960 dem Putsch der Ultras in Algier angeschlossen hatte und daraufhin seines Postens enthoben worden war. Eineinhalb Jahre später verzieh ihm de Gaulle und beförderte ihn zum Chef der Militärregion von Metz. 1966 hatte der inzwischen zum Armeegeneral aufgestiegene Fallschirmjägerkommandeur den Oberbefehl in Baden-Baden erhalten, einen ausgesprochenen Vertrauensposten.

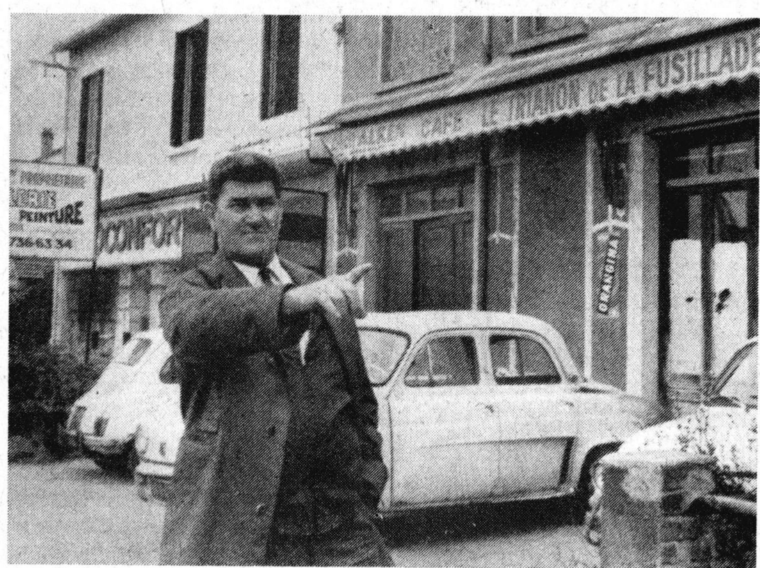
Was wollte der französische Staatspräsident in so kritischer Situation von dem alten OAS-Kämpen? Einer von den Gaullisten verbreiteten Legende zufolge hat er sich bei ihm in schwerer Stunde moralische Aufrichtung geholt. Als sicher darf gelten, daß Massu bei dieser Gelegenheit die Freilassung seiner Kumpane aus den Gefängnissen durchgedrückt hat. „Was wurde zwischen de Gaulle und Massu gesprochen und vereinbart?" fragte später die Schweizer „Neue Zürcher Zeitung". „Ein Marsch loyaler Panzerdivisionen auf Paris? Ein Tauschgeschäft: Unterstützung der Armee gegen Amnestierung von Massus in den Schlingen der Algerien-Liquidation gefangenen OAS-Generalskameraden wie Salan?"[5]

Die Ereignisse selbst gaben Antwort. De Gaulle erteilte seinen Widersachern Generalpardon. Für Salan, schon 1962 zu lebenslanger Haft begnadigt, öffneten sich am 15. Juni 1968 die Tore der Festung Tuille. Argoud, Challe und die Todesschützen von Petit-Clamart kamen ebenfalls frei. Bidault, der inzwischen in Belgien Wartestellung bezogen hatte, konnte nach Frankreich zurückkehren, weil der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben wurde.

So erwies sich der geheimnisvolle Ausflug des Generals de Gaulle nach Baden-Baden als eine politische Geschäftsreise. Zu einer Zeit, da das französische Monopolkapital die Fundamente seiner Macht erzittern fühlte, erschienen die Todfeindschaften von einst wie ein lächerlicher Familienstreit, und man tat sich in aller Stille wieder zusammen, um den gemeinsamen Besitzstand zu retten.

Den Attentäter Watin zog es später an den Ort seines versuchten Verbrechens zurück. Selbstgefällig posierte er für die Illustriertenpresse in Petit-Clamart vor einem Restaurant, das von seinem geschäftstüchtigen Besitzer in „Trianon de la Fusillade", Lustschloß der Schießerei, umbenannt worden ist. „De Gaulle hat nichts mehr von mir zu fürchten", spottete der Mordschütze. „Er ist ein Ruheständler, der nichts mehr zu sagen hat!"[6]

Der Schütze George Watin acht Jahre später am Tatort



Im April 1969, nach einer Niederlage in einem Referendum über eine von ihm angestrebte Verwaltungsreform, war de Gaulle zurückgetreten und hatte das Präsidentenamt für seinen Gefolgsmann Georges Pompidou geräumt, einen Spitzenmanager der Finanzgruppe der Rothschilds.

Die letzten eineinhalb Jahre seines Lebens verbrachte der General in der Stille von Colombey-les-deux-Églises und schrieb seine Memoiren. Er starb am 9. November 1970, fast achtzigjährig, und hinterließ tiefe Spuren in der Geschichte Frankreichs.

Was man von der reaktionären Verschwörung der Organisation de l'Armée secrète nicht unbedingt sagen kann.

Quellen der Zitate

1 Günther Fuchs/Hans Henseke, Charles de Gaulle. General und Präsident, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1977, S. 91 f.
2 zit. nach: ebenda, S. 70
3 ebenda, S. 121
4 zit. nach: „Neue Illustrierte", 4/1962
5 „Neue Zürcher Zeitung", 21. März 1983
6 zit. nach: „stern", 45/1970

Nach dem Attentat die Invasion: Ein Toter wird der CIA sympathisch



Diese Erschießungen und die Ermordung
des Premiers Maurice Bishop
waren die schlimmsten Ereignisse für Grenada
seit der Sklaverei.

Kenrick Radix

Ort und Zeitpunkt des Geschehens:

Grenada, Fort Rupert, 19. Oktober 1983, gegen 10.00 Uhr

Augenzeugen:

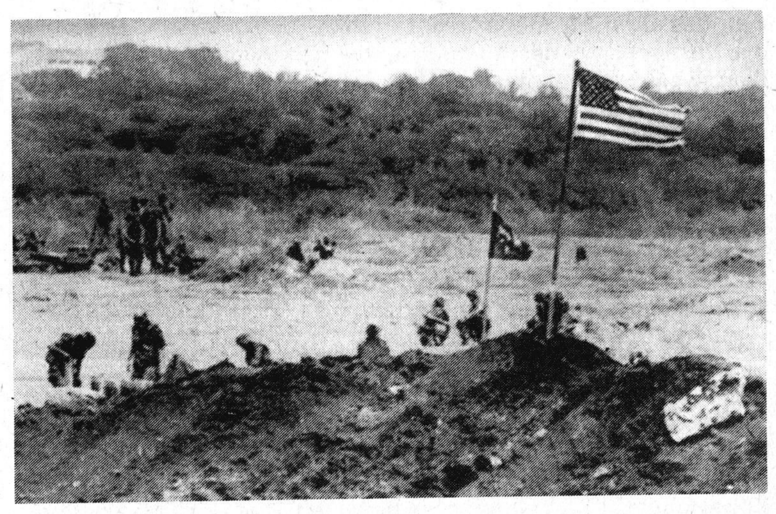
Einige Dutzend Soldaten

Täter:

Eine irregeführte Armee-Einheit

Opfer:

Premierminister Maurice Bishop, 39 Jahre alt, und fünf Gefährten



Sieben Tage nach dem Mord an Maurice Bishop: die Flagge der Invasoren auf Grenada

Sehnsucht nach der Karibik

In den Londoner Reisebüros konnte man Mitte der sechziger Jahre einen Prospekt erwerben, der für weniger als 200 Pfund eine Urlaubsreise ins Paradies versprach: zu einer Palmeninsel, gesäumt von weißen Stränden und roten Korallenbänken und gekrönt von immergrünen Bergen, zu einem tropischen Eiland für Abenteuerlustige und Entspannungsbedürftige, für Rum- und Rumbafreunde, für einsame Herzen und für Verliebte. Eine Trauminsel, „50 Kilometer lang und ein Lächeln breit", deren dunkelhäutige Bewohner sich von Guavensaft und Kokosnüssen nährten wie von Nektar und Ambrosia und die bei Calypsotänzen glücklich wären.

Maurice Bishop, der zu jener Zeit in London lebte, stammte von dieser Insel. Seine Heimat kannte er nicht aus der angepriesenen Hotelsicht, sondern von der Schattenseite. Er wußte, wie dort den Armen in den dumpfen, lichtlosen Bretterhütten zumute ist, wo der Tropenregen durch die Ritzen rinnt. Er wußte, daß Mütter hilflos zusehen mußten, wie ihre Kinder an Eiweißmangel oder

weil das Geld für Medikamente fehlte, dahinstarben. Er kannte die Verzweiflung der Männer, unter denen die Kriminalität gedieh, wenn sie monatelang keine Arbeit fanden und keinen Cent nach Hause brachten. Und er hätte die Verfasser der Reiseprospekte sehr leicht korrigieren können: Vieles, was sie als tropische Lebenslust rühmten – der afrikanische Shango-Kult, die leeren Benzinfässern entlockte Reggaemusik und der reichliche Gebrauch von Zuckerrohrschnaps –, galt in Grenada weniger als Sonntagsvergnügen, sondern eher als Alltagsdroge.

Maurice Bishop hatte mehr Glück gehabt als viele seiner Landsleute. Sein Vater besaß einen kleinen Textilstand auf dem Markt in St. George's, der Inselhauptstadt, wo etwa 23 000 Einwohner leben, ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Die Einkünfte reichten keineswegs für ein komfortables Familienleben, aber der Vater sorgte für eine gute Schulbildung des Sohnes. Rupert Bishop brachte mit großer Sparsamkeit das Geld zusammen, um die Schulbücher und die Gebühren für das Presentation College, eine Mittelschule in St. George's, zu bezahlen. Und da der Sohn Maurice Begabung zeigte, schickte ihn die Familie sogar zum Studium ins ferne Großbritannien.

Der junge Mann aus St. George's studierte Rechtswissenschaften an der Universität in London und erwarb mit zweiundzwanzig Jahren sein Diplom. Als er sich in der britischen Hauptstadt auf die Suche nach einer Arbeitsstelle machte, war er wieder vom Glück begünstigt. Da Grenada damals noch nicht die Unabhängigkeit besaß, sondern als britische Kronkolonie galt, zählte Maurice Bishop als Untertan der Königin. Gegenüber seinen Kommilitonen aus Indien, Kenia oder Jamaika gereichte ihm das zum Vorteil für eine Anstellung im „Mutterland". Kaum vierundzwanzig Jahre alt, groß gewachsen, redegewandt und umgänglich – eben jenen sonnigen Eindruck erweckend, den Reisebüros gern den Windwardinseln in der Karibik nachsagten –, trat der Grenader 1966 in ein Londoner Anwaltsbüro ein.

Aber das Herz des jungen Juristen schlug für das kleine Vaterland in der Karibik. Schon an der Universität hatte er die Gemeinschaft der Westindischen Studenten geleitet; um ihn sammelten sich Kommilitonen nicht nur aus Grenada, sondern auch von Jamaika, Dominica, St. Lucia, Barbados, Antigua, Trinidad und Tobago – von allen englischsprachigen Inseln rund um das Karibische Meer. Die meisten ehemaligen Kolonien hatten gerade erst die Unabhängigkeit innerhalb des britischen Commonwealth erlangt.

Nun stapelten sich auf dem Schreibtisch in Bishops Londoner Anwaltspraxis Klagen aus Southall und Soho und den anderen Stadtgebieten, wo sich die farbige Einwandererschaft konzentrierte – mit Anpassungsproblemen belastet, sozial benachteiligt

durch niedrige Löhne und hohe Arbeitslosigkeit und einer zunehmenden Rassendiskriminierung in der Öffentlichkeit ausgesetzt. Der dunkelhäutige Jurist verteidigte ihre Interessen, so gut er konnte, aber er wußte schon damals, daß er nicht eine bürgerliche Karriere in Großbritannien erstreben würde. Seinen künftigen Platz sah er in einem vom Kolonialismus befreiten Grenada, das den Einwohnern die Auswanderung in die unwirtliche Fremde zu ersparen imstande wäre.

Viele junge grenadische Intellektuelle, die in Großbritannien, in den USA oder in Kanada lebten, dachten ebenso. Denn der Tag kam in Sicht, da über ihrer Heimatinsel die Flagge der Unabhängigkeit aufgezogen werden sollte. Und was dann? Wie würden sich die 110000 Einwohner der nur 344 Quadratkilometer großen Inselrepublik gegen den Vorherrschaftsanspruch des imperialistischen Riesen USA über die Karibik behaupten können? Würden Bananen, Muskatnüsse und Rum, die traditionellen Exportprodukte, und vielleicht ein ausbaufähiger Tourismus dem Agrarland genügend Einkünfte für eine Besserung der sozialen Verhältnisse und eine allmähliche wirtschaftliche Entwicklung liefern? Mußte man nicht alle fortschrittlichen Kräfte sammeln, damit die freie Heimat nicht in die Hände korrupter Reaktionäre fiele?

Im Jahr 1970 gab Maurice Bishop seine Anwaltsstellung in London auf und kehrte nach Grenada zurück. Gleich ihm trafen auch andere junge Leute in St. George's ein. Manche brachten Stolz und Selbstbewußtsein der Black-Panther-Bewegung mit, einer von Afroamerikanern gegründeten Organisation, die in den sechziger Jahren einen aufsehenerregenden Kampf gegen die Rassendiskriminierung in den USA führte. Andere hatten den Studentenaufruhr erlebt, der 1968 Universitätsstädte in hochentwikkelten kapitalistischen Ländern von Paris bis Heidelberg, von Berkeley bis Westberlin erschütterte.

Wohl kaum einer von den zurückkehrenden jungen Grenadern besaß eine Vorstellung, wie schwer ihr Weg noch werden würde. Und Maurice Bishop ahnte nicht, daß ihn sein Entschluß eines Tages das Leben kosten werde.

Ein Cowboy muß abhalftern

In Grenada führte seit 1967 ein ebenso raffgieriger wie schamloser und abergläubischer Einheimischer namens Eric Gairy die Kolonialregierung. Er hatte seine politische Karriere als Demagoge unter den analphabetischen Landarbeitern begonnen, denen er einzureden verstand, daß er die wohltätigsten Absichten hege und der Finger Gottes auf ihn zeige.

In dem winzigen Kolonialparlament, einer Versammlung kleinbürgerlicher Geschäftemacher, besaß Gairys rechtsgerichtete United Labour Party die Mehrheit. Die eigentliche Macht verschaffte ihm eine Schlägertruppe, genannt „Mongoose Gang": Muskelmänner mit spiegelnden Sonnenbrillen und protzigen Revolvern. Sie terrorisierten erbarmungslos alle Widersacher. Gairy selbst liebte Samtanzüge, Brillantringe und Cowboystiefel und glich eher einem Zuhälter. Sein Lieblingsthema waren Fliegende Untertassen, genannt UFOs (Unidentified Flying Objects), eine Erfindung der amerikanischen Illustriertenpresse für wundergläubige Abonnenten in der Provinz.

Chiefminister Gairy ließ sich in der Öffentlichkeit mit „Sir Eric" anreden – Honorigkeit auf Pump; denn die Briten gaben ihm erst 1977 die Genugtuung, in den Adelsstand erhoben zu werden.

Zu dieser Zeit, als die Insel die Unabhängigkeit erlangt hatte und von Gairy noch zur Zufriedenheit Londons weiterregiert wurde, sonnte sich der einstige kleinbürgerliche Habenichts im Ruhm des einzigen Millionärs auf Grenada. Er besaß neben Hotels und Spielsalons auch ein Bordell.

Unter Gairys Regime eröffnete Maurice Bishop in St. George's ein Anwaltsbüro – gemeinsam mit seinem Schulfreund Bernard Coard, der inzwischen an der Brandeis-Universität in den USA und an der Universität von Sussex in Großbritannien Ökonomie studiert hatte. Bishop verteidigte Leute aus allen Bevölkerungsschichten, die entrechtet, bestohlen und eingekerkert worden waren.

Am 7. Februar 1973 wurde in St. George's der britische Union Jack eingeholt und die rotgelbgrüne Flagge Grenadas mit dem Muskatnußsymbol als Zeichen der Unabhängigkeit gehißt. Der Chiefminister sorgte dafür, daß sich Opposition gegen seinen Alleinherrschaftsanspruch bei der Zeremonie nicht bemerkbar machen konnte. Maurice mußte den Tag der Unabhängigkeit schwer zusammengeschlagen im Gefängnis verbringen.



Das Volk liebte Maurice Bishop.

Als sich im März 1973 zwei oppositionelle Gruppen zur Neuen JEWEL-Bewegung zusammenschlossen (JEWEL steht für Joint Endeavor for Welfare, Education and Liberation – Vereinigtes Bestreben für Wohlfahrt, Bildung und Befreiung), wählten sie den jungen Anwalt zu ihrem Führer. Ein halbes Jahr später ermordeten Mongoose-Gangster bei einer Demonstration gegen die Diktatur Bishops Vater Rupert.

Terror, Demagogie und Wahlbetrug blieben auf dem Eiland in der Karibik gang und gäbe. Doch die fortschrittlichen Kräfte formierten sich. Die JEWEL-Bewegung ging mit der Nationalpartei

Grenadas eine Allianz ein, die 1976 fast die Hälfte der Wahlstimmen und 6 der 15 Sitze im Parlament erwarb. Ihre Forderungen konnten allerdings kaum in der Öffentlichkeit gehört werden; Gairy sorgte dafür, daß die Abgeordneten gut abgeschirmt in seiner Privatresidenz tagten.

So suchte die JEWEL-Bewegung andere Wege. Getragen von dem Zorn der Masse der Bevölkerung über Armut, Arbeitslosigkeit und Inflation, begünstigt durch den Unmut in der nationalen Bourgeoisie über den korrupten Klüngel um Gairy, faßten die patriotischen Kräfte den Plan zum Aufstand.

Die Gelegenheit kam, als Gairy 1979 in die USA reiste. Am Morgen des 13. März stürmten fünfundvierzig Männer der JEWEL-Bewegung die Armeekaserne True Blue. Sie waren miserabel bewaffnet, aber sie konnten die Soldaten im Schlaf überraschen. Andere Trupps besetzten den Rundfunksender und die Polizeistationen, befreiten die politischen Gefangenen aus der Festung Richmond Hill und verhafteten einige von Gairys Ministern. Der Handstreich kostete nur zwei Mongoose-Leute, die Widerstand leisteten, das Leben.

Auf dem kleinen Flughafen Pearls war am nächsten Tag die Landepiste mit Benzinfässern blockiert – die einzige Vorsichtsmaßnahme, zu der sich die von einer Woge der Sympathie getragenen Aufständischen gezwungen glaubten. Doch auch darauf konnten sie bald verzichten. Der abgehalfterte Cowboy Gairy kam nicht zurück, wenigstens zunächst nicht. Von seiner Entmachtung hatte er erfahren, als er sich gerade anschickte, vor dem UNO-Ausschuß für friedliche Nutzung des Weltraums seine grandiose Idee zur Gründung einer weltweiten Datenbank für UFOs auszubreiten. Weil daheim niemand einen Finger für ihn rührte, zog er das US-amerikanische Exil vor und beschloß, wohlversorgt mit seinen zusammengerafften Auslandskonten, auf bessere Zeiten zu warten.

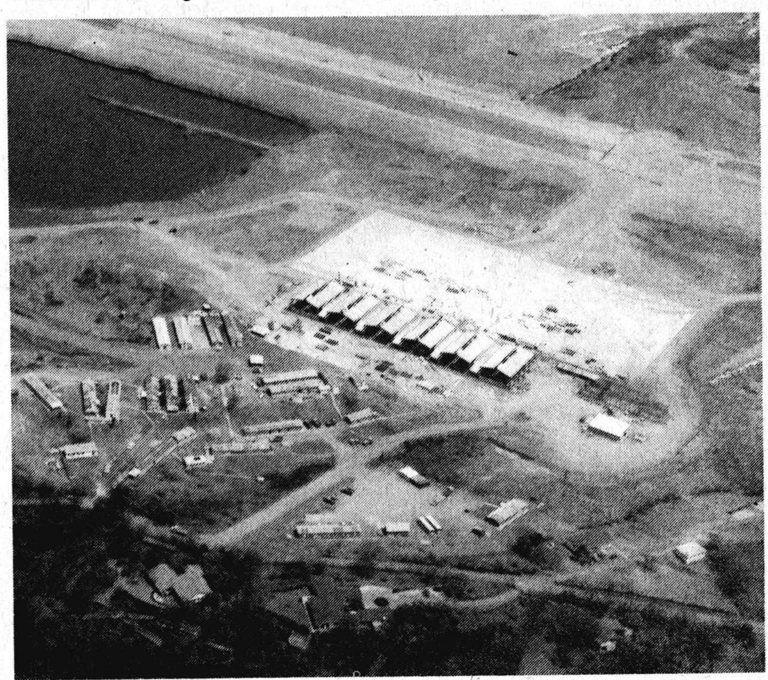
Maurice Bishop aber, der die letzten Wochen vor dem Umsturz getrennt von seiner damaligen Frau Angela und von seinen beiden Söhnen in der Illegalität verbracht hatte, verkündete ein für jedermann verständliches, an den Grundbedürfnissen des ganzen Volkes orientiertes Programm: Vollbeschäftigung, ausreichende Ernährung, genügend Wohnungen und einen Gesundheitsdienst für alle – so elementar formulierte der damals Fünfunddreißigjährige die Aufgaben des Prozesses sozialer Umgestaltungen, den das Land zu bewältigen habe.

Auf diesem Weg machte Grenada in der folgenden Zeit einige beachtliche Schritte vorwärts. Binnen drei Jahren sank die Zahl der Arbeitslosen von 50 auf 14 Prozent. Eine neue Bank und eine

Importverwaltung regulierten Aus- und Einfuhr und bewahrten das Land weitgehend vor den Auswirkungen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise. Medizinische Hilfe erhielten die Grenader fortan kostenfrei, und im ganzen Land wurde an Kleinkinder unentgeltlich Milch verteilt. An den Mittelschulen mußte niemand mehr Gebühren bezahlen, und für die Analphabeten richtete man Bildungskurse ein. Die Neue JEWEL-Bewegung förderte das Wachstum der Gewerkschaften, einer Frauen-, einer Jugend- und einer Pionierorganisation. Die Frauen bekamen das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Wie üblich, wenn südlich von Texas und Florida eine USA-hörige Diktatur gestürzt wird, sperrte die Regierung in Washington Kredite, die sie dem alten Regime bereitwillig angeboten hatte. Aber ohne ausländische Hilfe, ganz auf sich allein gestellt, hätte das kleine unterentwickelte Agrarland seine großen Pläne nicht verwirklichen können. Maurice Bishop und seine Regierung sahen sich deshalb nach verläßlichen Partnern um. Sie fanden sie vor allem in Kuba. Der sozialistische Nachbar im Norden der Karibik schickte Techniker, Bauarbeiter, Lehrer und Ärzte und schenkte dem Inselstaat für den Anfang einige Fischkutter.

Baustelle des Flughafens Point Salines



Dank der kubanischen Hilfe vermochte die JEWEL-Regierung ein Großprojekt zu beginnen, von dem man in Grenada schon lange geträumt hatte: In der Bucht von Point Salines sollte ein Flughafen gebaut werden, den große Passagiermaschinen im internationalen Verkehr direkt anfliegen könnten. Die Piste von Pearls, auf die man bisher angewiesen war, glich eher einem Feldflugplatz, bildete ein Nadelöhr, das nicht viel Touristenverkehr ermöglichte. So blieb die zahlungskräftige Kundschaft lieber auf dem benachbarten Barbados, wo Düsenklipper aller Größenordnungen niedergehen konnten. Nach Grenada kamen lediglich zweimotorige Kurzstreckenmaschinen.

Mit der Regierung in Havanna wurde vereinbart, daß kubanische Bautrupps die Landebahn und andere wichtige Einrichtungen vorbereiten sollten. Den Auftrag für die technische Ausrüstung des neuen Flughafens erhielt die britische Plessey Company. Auch finnische und kanadische Experten hatten zeitweilig in Point Salines zu tun. Zur Finanzierung nahm die JEWEL-Regierung Anleihen auf, eine davon, in Höhe von 9,9 Millionen Dollar, bei der britischen Regierung.

Im State Department, im Außenministerium in Washington, und im Pentagon, im Kriegsministerium, vor allem aber bei der CIA in Langley begann man die Vorgänge auf Grenada mit höchstem Mißtrauen zu verfolgen. Zumal vier Monate nach dem Umsturz in St. George's in Nikaragua, am Westufer des Karibischen Meeres, ein zweites Diktaturregime zerbrach, das eine stabile Stütze der USA-Politik gewesen war. Aus Managua wurde Anastasio Somoza vertrieben; dort siegte am 19. Juli 1979 die sandinistische Revolution.

Bildete sich da nicht ein gefährliches Kräftedreieck von Widerspenstigen rund um die Karibik heraus? Brach da nicht der sorgsam errichtete Blockadezaun um Kuba gleich an zwei Stellen? Was erlaubte sich dieser politisierende Advokat Maurice Bishop, den bisher keiner gekannt hatte und über den noch nicht einmal eine Akte bei der CIA vorlag?

In der Organisation Amerikanischer Staaten, einer Domäne der USA, wies Grenada fortan alle Disziplinierungsversuche Washingtons zurück. In der UNO-Vollversammlung führte Bishop selbst Anklage gegen die Militärmanöver und die Kanonenbootpolitik der USA in der Karibik, wofür er von der Masse der Delegierten starken Beifall erhielt. Die USA-Diplomatie befürchtete: Wenn der Funke auf die keineswegs krisenfreien Nachbarinseln überspränge, wäre ein politischer Wirbelsturm in der östlichen Karibik nicht mehr fern.

Geheimplan „Pyramide"

Ende Mai 1979 enthüllte Maurice Bishop den US-amerikanischen Geheimplan „Pyramide", von dem die Regierung Grenadas über einen CIA-Kontaktmann Kenntnis erhalten hatte. An drei Flanken sollte der Gegenangriff vorgetragen werden: durch eine hemmungslose Propagandakampagne, durch eine Lähmung der Wirtschaft und durch die Ermordung von Führern der Neuen JEWEL-Bewegung. Genauso ist die Geschichte dann abgelaufen.

Es begann mit der Presselüge, auf Grenada sei der linke Terror ausgebrochen, die neuen Machthaber hätten ihre Opponenten eingekerkert, Maurice Bishop sei der Totengräber der Demokratie. An dieser Legende strickte Eric Gairy eifrig mit, der sich in San Diego, Kalifornien, allmählich von dem Schock des Hinauswurfs erholte. Phantasie brauchte er dafür nicht. Er mußte nur all das, was unter seiner Diktatur geschehen war, der Volksmacht anlasten.

Dann versuchte man, unter den Nachbarn Grenadas Angst zu verbreiten. Das Regime in St. George's sei dabei, aus der Insel ein Piratennest für Überfälle auf die ostkaribischen Staaten und vielleicht sogar auf die strategisch wichtigen Tankerrouten in dieser Region zu machen, behauptete ein Teil der USA-Presse.

Die Wahrheit war: Neben einer kleinen, weniger als tausend Mann zählenden Soldatentruppe schuf sich Grenada eine tausendfünfhundertköpfige Volksmiliz, um gegen konterrevolutionäre Landungsversuche anzugehen, die Gairy, der inzwischen in Miami Söldner sammelte, unablässig androhte. Grenadische Soldaten und Milizionäre übten an leichten Infanterie- und Luftabwehrwaffen. Die Inselrepublik besaß nicht einmal ein Küstenschutzboot. Angriffe auf die Nachbarstaaten oder Tankschiffe hätten die Milizionäre von der Insel über dem Wind allenfalls auf Surfbrettern unternehmen können.

Die dritte Propagandaattacke: Grenada habe sich in einen karibischen Satelliten Havannas und Moskaus verwandelt und werde zu einem kubanisch-sowjetischen Brückenkopf ausgebaut. Der neue Flugplatz sei ein militärisches Großobjekt mit übermäßigen Treibstoffdepots, unterirdischen Hangars und einem Raketenschirm. USA-Präsident Ronald Reagan wedelte zum angeblichen Beweis auf seinen Pressekonferenzen mit Satellitenfotos, auf denen nichts Verdächtiges zu erkennen war. Er hätte ebensogut die Amateurfotos der auf Grenada lebenden amerikanischen Medi-

zinstudenten vorzeigen können, die täglich ungehindert entlang der Baustelle ihr Lauftraining abhielten.

Nichtsdestotrotz lief das Unternehmen „Pyramide" bald auf Hochtouren. Ein Jahr nachdem Maurice Bishop den Geheimplan der Öffentlichkeit enthüllt hatte, brannten im Hafen von St. George's mehrere Lagerhäuser ab. Immer häufiger versuchten Sabotagetrupps, an der Küste zu landen.

Am 19. Juni 1980 unternahmen unbekannte Täter zum erstenmal einen Attentatsversuch gegen den Premierminister. Als Maurice Bishop vor einer Menschenmenge im Queenspark von St. George's sprach, explodierte unterhalb der Tribüne eine Bombe. Zwei der Zuhörerinnen starben auf der Stelle, etwa fünfundzwanzig Kundgebungsteilnehmer erlitten schwere Verletzungen.

Deutlich trat die zentrale Regie hervor. Beim regionalen Sender der „Stimme Amerikas", der auf der Insel Antigua stationiert ist, übernahm die CIA-Agentin und frühere USA-Botschafterin für die Staaten der Ostkaribik, Sally Shelton, die Oberaufsicht. Sie konzentrierte die Propaganda besonders auf die Person Maurice Bishops. Im April 1982 reiste Präsident Reagan selbst nach Barbados, um der Regierung dort seine Ansicht einzuimpfen, daß sich von Grenada aus der „Virus des Kommunismus" ausbreite.

Im Pentagon kam man unterdessen zu der Erkenntnis, daß von Gairy, der unter kubanischen Konterrevolutionären, Kokainmafiosi und anderem Gelichter in Florida Gefolgschaft anzuheuern suchte, nichts Ernsthaftes zu erwarten sei. Eine Söldnerinvasion, das wußte man auch von dem gescheiterten Abenteuer im Jahr 1961 in der kubanischen Schweinebucht, hatte wenig Aussicht auf Erfolg. Da war es schon besser, man nahm das schmutzige Geschäft selbst in die Hand wie 1965 in der Dominikanischen Republik.

Das aber mußte geübt werden. Als im Spätsommer und Herbst 1981 in den Weiten des Atlantiks das NATO-Flottenmanöver „Ocean Venture" ablief, war im Stabsplan auch die Invasion einer Insel vorgesehen. Sie trug die Codebezeichnung „Amber" und Amberdinen". Amber heißt eine Gegend an der Südspitze Grenadas. Der Bezug auf Grenada und seine kleinen Nebeninseln, die Grenadinen, ist leicht zu entschlüsseln.

Das Landemanöver lief auf Vieques ab, einer Insel, die zu Puerto Rico gehört. Die natürlichen Bedingungen dort glichen denen Grenadas. Konteradmiral Robert P. McKenzie von der in Florida stationierten Karibischen Eingreiftruppe der USA-Armee befehligte Einheiten der 82. Luftlandedivision aus Fort Bragg, des 75. Rangerbataillons aus Fort Lewis und etwa tausend Marine-

infanteristen. Ein Beteiligter, Captain Peters von der Luftwaffe, schrieb in sein Tagebuch:

„Die vereinten Streitkräfte massierten Flugzeuge, Truppen und Schiffe in der Karibik, um sich darauf vorzubereiten, die Ostblock-Stellvertreternation in Südamerika zu ‚neutralisieren'. Die erste Welle der fliegenden Truppen fiel am 10. August in das Land ein, gefolgt von amphibischen und Luftangriffen. Die Schlacht dauerte 17 Tage. Insgeheim drangen ‚unkonventionelle' Kräfte der Armee-Ranger, der Unterwasser-Zerstörungstrupps der Flotte und andere Spezialtruppen – ‚die Jungs, die die schmutzigen Tricks machen', sagte Flottenkapitän Dale Lewey – nach Amber Island vor, um die Geiseln zu befreien."[1]

Sogar in diesem Detail entsprach das Szenarium dem erhofften Ernstfall. Auf Grenada lebten etwa tausend USA-Bürger, vor allem Medizinstudenten, Geschäftsleute und Pensionäre, ein Drittel mehr als alle kubanischen Staatsbürger – Bauarbeiter, Spezialisten und Diplomaten – zusammengenommen. Keiner der US-Amerikaner auf Grenada war zu jener Zeit irgendwelchen Schikanen ausgesetzt, aber wenn man wollte, konnte man sie natürlich schnell zu Geiseln des ostblockhörigen Terrorregimes erklären.

Auch die Verhaltensweise nach dem Überfall wurde vorausbedacht. Wenn die „Geiseln" gerettet seien, müßten die amerikanischen Truppen in Amber Island bleiben, schrieb die Zeitschrift „Latin America Regional Reports – Carribean" im September 1981. Denn es gelte, „ein Regime einzusetzen, das der von uns verteidigten Lebensart günstig ist" und sich gegen die frühere „unfreundliche" Regierung von Amber richte.[2]

Ein Mord wie auf Bestellung

Das Szenarium für einen Überfall auf Grenada war fertig und erprobt. Es fehlte noch der Vorwand, der es den Invasoren gestattete, karibische Nachbarstaaten hineinzuziehen und vor der Welt die Retter von Freiheit und Demokratie zu spielen. In Grenada kam ihnen ein interner Streit zu Hilfe, der mit einem Verbrechen an Maurice Bishop endete.

Das Unglück traf das Inselvolk fast wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Zunächst, im September 1983, munkelte man über Differenzen in der Führung der Neuen JEWEL-Bewegung. Was durchsickerte, klang nach radikalistischer Kritik an Maurice Bishops bisherigem politischem Kurs. Es werde von ihm verlangt, die Pri-

vatindustrie zu enteignen (die im wesentlichen nur eine Kleinindustrie war), hieß es. Es dürften keinerlei Kredite von kapitalistischen Ländern und dem von ihnen beherrschten Internationalen Währungsfonds in Erwägung gezogen werden. Auf Grenada müsse eine „mehr marxistische", eine „neue Gesellschaft" errichtet werden.

Als Maurice Bishop Anfang Oktober zu Staatsbesuchen in Ungarn und in der Tschechoslowakei weilte, ließ er nichts darüber verlauten – aus Sorge um sein Land und aus Achtung vor den gewählten Gremien seiner Partei. Er schwieg auch auf dem Rückweg bei einem Zwischenaufenthalt in Kuba gegenüber Fidel Castro, mit dem ihn eine tiefe Freundschaft verband.

Zurückgekehrt nach St. George's, geriet Bishop in den Wirbel einer verwirrenden, von persönlichen Gefühlen und Vorurteilen getrübten Diskussion des JEWEL-Zentralkomitees. In den Nachmittagsstunden des 12. Oktober erfuhr man, daß er von seinem Parteiamt abgesetzt und unter Hausarrest gestellt worden sei. Im Zentralkomitee und in der Armeeführung hatte er die Mehrheit verloren.

Als Gegenspieler Bishops profilierten sich zwei Männer, denen er, wie seine Getreuen später sagten, bis zu diesem Ausbruch von Feindseligkeit beinahe blind vertraut hatte: sein Stellvertreter Bernard Coard, der Schulfreund und Partner aus der Anwaltspraxis in St. George's, und der Armeechef Hudson Austin, der auf Jamaika eine britische Militärausbildung erhalten und am 13. März 1979 den Handstreich gegen die Armeebaracken des Gairy-Regimes ausgeführt hatte.

Beiden saß offensichtlich übersteigerter persönlicher Ehrgeiz im Nacken. Am 12. Oktober 1983 war das scheinbar unerschütterliche Bündnis der alten Kämpfer von 1979 zerbrochen, und was nun auf der bedrängten Insel geschah, öffnete dem Feind Tür und Tor.

Dem Revolutionären Militärrat, den Hudson Austin leitete, fehlte jede Autorität. Maurice Bishop war ein äußerst populärer Mann. Unruhe erfaßte die JEWEL-Mitglieder, die Gewerkschafter, die Landarbeiter, die Jugend, als er unter Hausarrest stand.

Am Morgen des 19. Oktober, kurz vor acht Uhr, versammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Haus, in dem Bishop festgehalten wurde, und befreite ihn. Die meisten waren Anhänger des Premierministers. Aber es tauchten auch Gruppen auf, die konterrevolutionäre Losungen riefen. Prominente Geschäftsleute versuchten, die Menge zu dirigieren. Die Coca-Cola-Niederlassung auf Grenada stellte sogar ein Transportfahrzeug, um neue Demonstranten herbeizuschaffen.

Was dann geschah, ist bisher nur zum Teil aufgeklärt. Offenbar beabsichtigte der Befreite, auf dem Marktplatz von St. George's

eine Rede zu halten. Einige Anhänger aus dem Zentralkomitee, die nicht verhaftet worden waren, trafen mit einem Auto ein, und an der Spitze einer auf mehrere Tausend angewachsenen Menschenmenge begaben sie sich nach dem Fort Rupert, dem Armeehauptquartier, das den Namen von Bishops ermordetem Vater trug.

„Dort erklärte er den Soldaten, daß ihre Waffen dem Schutz der grenadischen Bevölkerung dienten und nicht, um auf sie zu schießen", berichtete später die nach Trinidad und Tobago emigrierte Augenzeugin Vilma Bain, die Frau des ermordeten Wohnungsbauministers Norris Bain. „Bishop ging mit einigen Kabinettsmitgliedern in einen Raum des Forts, um mit Armeevertretern zu sprechen, während seine Anhänger draußen warteten."[3]

Zu Verhandlungen scheint es nicht gekommen zu sein. Das „Covert Action Information Bulletin", eine von fortschrittlichen US-Amerikanern herausgegebene Zeitschrift, schreibt in einem Rekonstruktionsversuch der Ereignisse, plötzlich hätten drei Explosionen die Umgebung erschüttert und die Wand des Gebäudes aufgerissen, in dem sich Maurice Bishop, die Erziehungsministerin Jacqueline Creft, der Außenminister Unison Whiteman, der Wohnungsbauminister Norris Bain sowie die Gewerkschaftsführer Fitzroy Bain und Vincent Noël befanden.

Inzwischen waren gepanzerte Mannschaftswagen eingetroffen. Wahrscheinlich in Panik schossen die Soldaten in die Menge. Mehr als ein Dutzend Demonstranten starben, mit ihnen auch drei Soldaten, was vermuten läßt, daß sich bewaffnete Provokateure im Tumult befanden. Das Auto, mit dem Bishop angekommen war, stand in Flammen.

Vilma Bain berichtete weiter: „Unterdessen hatten die Soldaten Bishop und seine Minister aus dem Fort geholt. Diese trugen Handschellen und wurden an die Wand gestellt. Ein Soldat näherte sich Bishop, zielte auf seinen Kopf und drückte ab. Bishops Lebensgefährtin Jacqueline Creft ... brach weinend über dem sterbenden Regierungschef zusammen. Sofort wurde auf sie geschossen. Sie starb über der Leiche von Bishop. Auch die übrigen Kabinettsmitglieder ... wurden getötet. In jener Nacht wurden ihre Leichen ... irgendwo hinter dem Fort verscharrt."[4]

„Covert Action" hat errechnet, daß zwischen dem Zusammenstoß vor dem Fort und der Exekution Bishops und seiner fünf Mitkämpfer mindestens fünfzehn Minuten verstrichen sind – genug Zeit für die Armeeoffiziere, über Funk Instruktionen einzuholen. Die Zeitschrift stellte folgende Überlegung an:

„Es gibt eine Anzahl unbeantworteter Fragen ... Wer organisierte diesen Massenauflauf, der so gut geplant und ausgeführt wurde? Wer veranlaßte das Auto nach Fort Rupert zu fahren, was eine nicht zu verteidigende Position war? Die Versammlung auf

dem Marktplatz hätte friedlich verlaufen können; Bishop hätte den Leuten, die ihn befreit hatten, gesagt, daß er nicht wolle, daß irgend jemand Schaden zugefügt werde. Eine Grundsatzerklärung an die Bevölkerung hätte die Voraussetzung geschaffen für Möglichkeiten einer Rückkehr zur Normalität. Aber diese Versammlung fand nicht statt. Dagegen wurden Soldaten zur Konfrontation mit der Menge entsandt und irgend etwas provozierte sie, das zu dem Massaker und dem folgenden Meuchelmord führte."[5]

Kenrick Radix, der in der Regierung Maurice Bishops Justizminister gewesen war, äußerte ein dreiviertel Jahr später in einem Interview der französischen Zeitung „Le Monde" den Verdacht: „Es ist nicht auszuschließen, daß das Zentralkomitee unserer Bewegung durch die CIA infiltriert war."[6]

Der Einfall der Ledernacken

„Keine Doktrin, kein Prinzip oder keine als revolutionär proklamierte Position und keine innere Spaltung rechtfertigen ein grausames Vorgehen wie die physische Beseitigung von Maurice Bishop und der hervorragenden Gruppe ehrenhafter und angesehener Führer", erklärten am 20. Oktober 1983 die Kommunistische Partei und die Regierung Kubas. In der Botschaft aus Havanna hieß es auch:

„Der Imperialismus wird jetzt versuchen, diese Tragödie und die von den grenadischen Revolutionären begangenen schweren Fehler auszunutzen, um den revolutionären Prozeß in Grenada zu liquidieren und das Land erneut der imperialistischen und neokolonialistischen Herrschaft zu unterwerfen.

Die Situation ist äußerst schwierig und verworren. Nur ein Wunder an Gemeinsinn, Besonnenheit und Weisheit der Revolutionäre in Grenada und des klugen Reagierens und Handelns der progressiven internationalen Bewegung kann den Prozeß noch retten."[7]

Das Wunder geschah nicht. Grenada taumelte schon steuerlos durch den Sturm, den seine Feinde heraufbeschworen hatten. Der Geheimplan „Pyramide" war ausgeführt: die Inselrepublik

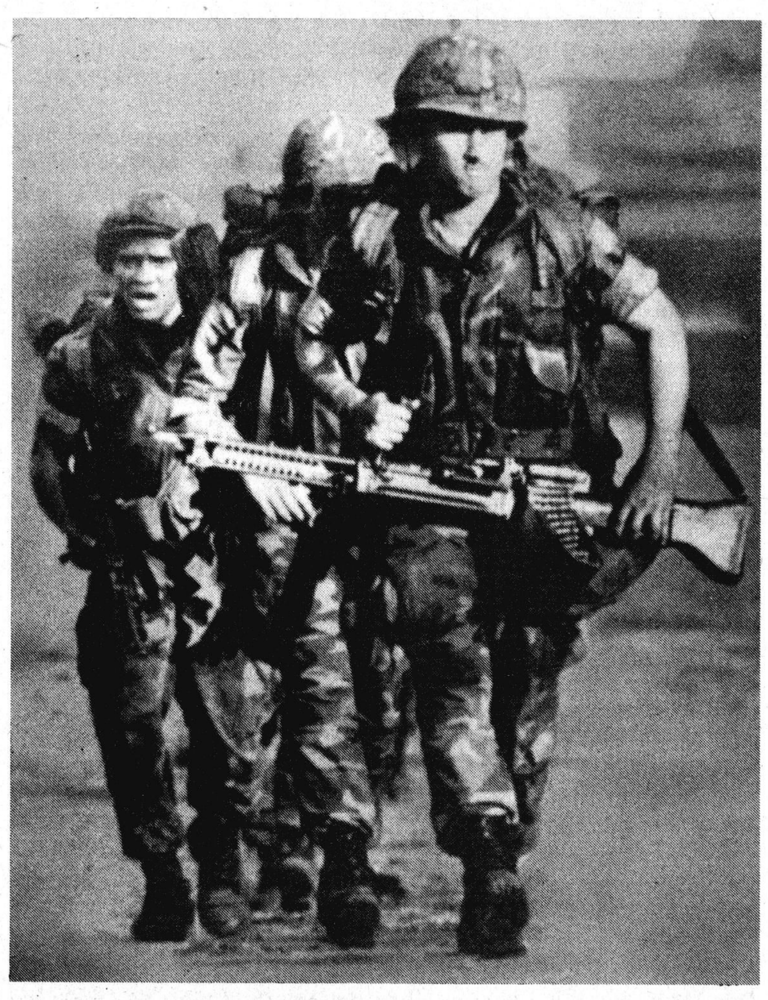
destabilisiert, der Mann, der die USA am meisten herausgefordert hatte, ermordet. Nun konnte der Schlußstrich gezogen werden. Die Operation „Urgent Fury" (Drängende Wut), die militärische Invasion, lief an.

Noch einmal trieben die Feinde Grenadas ihr Doppelspiel. Auf der Insel avancierte ein Schuldirektor zu einer Art Sonderbotschafter Washingtons: Dr. Geoffrey Bourne. Dieser leitete eigentlich die zu Zeiten Gairys gegründete private medizinische Schule Grand Anse, wo sechshundert Studenten aus den USA, bei denen es zu Hause wegen mangelhafter Leistungen nicht zum Examen reichte, gegen entsprechende Zahlungen Gelegenheit gegeben wurde, unter Palmen und Tropenhimmel dennoch ein Diplom zu erwerben. Der Direktor von Grand Anse machte sich auf den Weg zu den neuen Machthabern in St. George's. Im Auftrag Washingtons bot er ihnen Unterstützung bei der „Wiederherstellung der Demokratie" auf Grenada an. Zur gleichen Zeit erschienen in der USA-Presse massenhaft Artikel über den Terror der Coard-Austin-Gruppe. Der bisher so geschmähte Maurice Bishop war plötzlich nicht nur der CIA, sondern auch dem Präsidenten sympathisch. Ihn habe eine „brutale Gruppe linker Halunken"[8] umgebracht, klagte Reagan heuchlerisch und fügte hinzu: Nun sei auch das Leben Hunderter von USA-Bürgern auf Grenada in Gefahr.

Dr. Bourne indessen erhielt von Hudson Austin die Zusicherung, daß den USA-Studenten nichts geschehen werde. Jeder Ausländer, der es wünschte, könnte ausfliegen. Mehr als zweihundert Studenten machten davon keinen Gebrauch, entweder weil sie nichts befürchteten oder weil sie den Auftrag hatten, vor Ort zu bleiben und bei der Invasion behilflich zu sein – wie der CIA-Operativagent Sam Pfister, der der Marineinfanterie beim Vorrücken durch Sprechfunk Informationen über das Verhalten der Verteidiger lieferte.

Auch den diplomatischen Intrigen Washingtons war Erfolg beschieden. Sechs Tage nach Bishops Tod fühlte die Regentin von Dominica, Eugenia Charles, ihre Inselrepublik von der Entwicklung auf Grenada derart bedroht, daß sie in Richtung USA um Hilfe rief. Der jamaikanische Präsident Edward Seaga, in seinem Land CIAga genannt, stellte gleich ein Kontingent Hilfstruppen in Aussicht.

Und USA-Präsident Reagan ließ sich nicht lange nötigen: Von einem Golfplatz in Augusta, Georgia, aus erteilte er am 25. Oktober 1983 den Befehl zum Angriff auf Grenada. Zum hundertfünfunddreißigstenmal seit der Verkündung der Monroedoktrin im Jahr 1823 fielen US-amerikanische Soldaten oder Söldner in ein lateinamerikanisches oder karibisches Land ein, um im „Hinterhof" Ordnung zu schaffen.



Einfall der Marineinfanterie der USA in Grenada

Fast sechstausend Mann Luftlandetruppen und Ranger, dieselben Einheiten, die zwei Jahre zuvor auf Vieques die Invasion geübt hatten, stürzten sich auf Grenada, gedeckt von zwei Flugzeugträgern und anderen Kriegsschiffen und lückenlos mit Informationen versorgt von der Luftaufklärung und von den Spionen am Boden.

Grenada konnte dieser Übermacht nichts entgegensetzen. Am Flugplatz schossen einige Soldaten auf die Angreifer; kubanische Wachposten versuchten eine Zeitlang die Baracken der Bauarbeiter zu verteidigen. Die Invasoren zerbombten alles, was ihnen auch nur entfernt als Widerstandspunkt erschien, darunter eine Nervenheilanstalt, in deren Trümmern achtzehn kranke Frauen ums Leben kamen. Mehr als zweihundert Grenader fanden den Tod. Die Interventen verloren nur achtzehn Mann, den größeren Teil durch Unfälle und gegenseitigen Beschuß.

Dann herrschte auf Grenada Friedhofsruhe, und bald war alles wieder beim alten: die JEWEL-Bewegung und ihre sämtlichen Partnerorganisationen zerschlagen, die Sozialmaßnahmen abgeschafft, die Arbeitslosenquote bei 40 Prozent angelangt und Sir Eric Gairy aus den USA zurück.

Coard, Austin und Hunderte andere Grenader, darunter viele aufrechte Patrioten, wurden im Richmond-Hill-Gefängnis festgesetzt. Gegen achtzehn ehemalige Offiziere, Soldaten und Funktionäre der JEWEL-Bewegung lief 1986 ein Prozeß; er endete mit Todesurteilen für Bernard Coard, Huston Austin und zwölf weitere Angeklagte. Dreimal verhängte das Gericht Haftstrafen zwischen dreißig und fünfundvierzig Jahren. Nur ein Mann kam ungeschoren davon: der Soldat Fabian Gabriel, der als Kronzeuge auftrat. Gabriel behauptete, der Mord an Maurice Bishop sei lange zuvor geplant gewesen und es habe einen schriftlichen Befehl gegeben. Seine eigene Rolle bei den Ereignissen blieb vor Gericht im Zwielicht. Obwohl er es vermutlich gewesen war, der den Opfern den letzten Schuß versetzt hatte, sprach man ihn frei.

Ein Jahr nach der Invasion fanden in Grenada wieder Wahlen statt. Die Führung der Kampagne nahm der Chef des USIS-Büros in St. George's, Jack Barton, in die Hand. Der USIS (United States Information Service) ist eine von der USA-Regierung bezahlte und in der Regel mit CIA-Agenten besetzte Institution für Propaganda im Ausland.

Barton und die CIA wußten, daß mit dem Diktator Gairy kein Staat mehr zu machen war. Sie ließen ihm seine Marotten, damit er sich selbst der Lächerlichkeit preisgab. Statt seiner wurde der Versicherungsunternehmer und Führer der rechtsbürgerlichen Neuen Nationalpartei, Herbert Blaize, favorisiert, der schon zweimal in der britischen Kolonialzeit Regierungschef gewesen war.

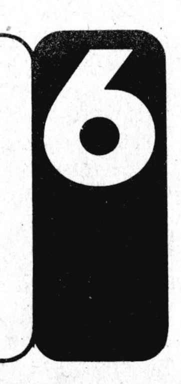
Blaize gewann mit großem Vorsprung. Polizisten mit spiegelnden Sonnenbrillen, dem alten Erkennungszeichen der Mongoose-Gangster, sorgten für hohe Wahlbeteiligung. Die USIS-Propaganda und der Wahlterror hatten eine so durchschlagende Wirkung, daß einige besonders verstörte Leute in den Wahllokalen fragten, wohin sie ihr Kreuz setzen müßten, um Mister Reagan zum Präsidenten von Grenada zu wählen.

Maurice Bishop aber bleibt unvergessen. Sein Bild ist noch immer in vielen Hütten zu finden. In einer Gedenkstätte an der Hafenbucht von St. George's hängt sein Foto neben denen der anderen Erschossenen und denen von dreizehn Opfern der US-amerikanischen Invasion. Beargwöhnt von den neuen Behörden, tragen Jugendliche weiterhin die schwarzen und roten Baskenmützen von damals und T-Shirts, die einen lächelnden „Bish" zeigen.
Eine Organisation mit dem Namen Patriotische Bewegung Maurice Bishop (PBMB) ist entstanden, die von Kenrick Radix und anderen Überlebenden geführt wird. Sie hoffen, daß der Flughafen von Point Salines, der nun in der Tat für militärische Zwecke mißbraucht wurde, eines Tages seinen friedlichen Charakter zurückgewinnen und den Namen Maurice Bishop tragen kann.

Quellen der Zitate

1 zit. nach: Grenada. The Peaceful Revolution, Epica Task Forces, Washington 1982, S. 122
2 ebenda
3 zit. nach: „Die Welt", 7. November 1983
4 ebenda
5 „Covert Action Information Bulletin", Nummer 20, Winter 1984
6 zit. nach: „Neues Deutschland", 27. Juni 1984
7 „Neues Deutschland", 22./23. Oktober 1983
8 zit. nach: „stern", 45/1983

Attentat gegen einen Vielvölkerstaat: Verrat in der Leibgarde



Wenn ich im Dienst der Nation stürbe,
würde ich stolz sein.
Jeder Tropfen meines Blutes
wird die Nation stärken.

Indira Gandhi

Ort und Zeitpunkt des Geschehens:

Neu-Delhi, 1 Safardjang Road, Park der Residenz des Premierministers, 31. Oktober 1984, 9.10 Uhr

Augenzeugen:

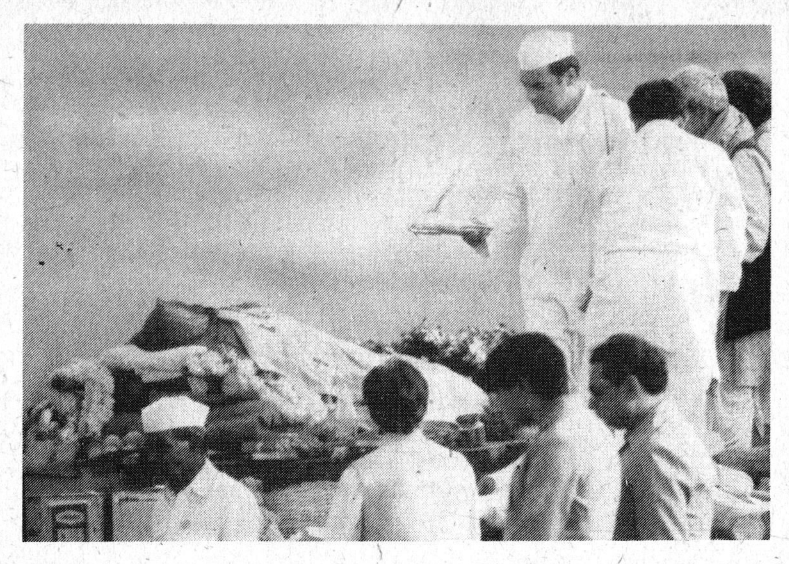
Sekretär R. K. Dhawan, fünf Sicherheitsbeamte

Täter:

Beant Singh, Inspektor der Leibwache, 34 Jahre alt, Satwant Singh, Sergeant der Leibwache, 21 Jahre alt

Opfer:

Indira Priyadarshini Gandhi, Premierminister der Republik Indien, 66 Jahre alt



Zwei Tage nach den Schüssen in Neu-Delhi: Indira Gandhis Sohn entzündet den Scheiterhaufen.

Schüsse im Goldenen Tempel

Jeden Abend wird im Goldenen Tempel der indischen Stadt Amritsar der Granth, das heilige Buch der Sikh-Religion, feierlich zu Bett getragen. Nachdem der Hohepriester daraus rezitiert hat, wickeln zwei Helfer die Schrift in weiße Tücher und verstauen sie in einer Sänfte. Eine singende Menge bärtiger turbantragender Männer begleitet den kostbaren Schatz. Vom Goldenen Tempel, der inmitten eines künstlichen Teiches aufragt, schreiten sie über eine Marmorbrücke zu den Bunghas, den Aufenthaltsräumen der Pilger. Dort, in einem riesigen, fast raumfüllenden Bett, wird das heilige Buch schlafen gelegt.

Mehr als zweihundert Jahre alt ist diese Zeremonie, ebenso alt wie der Tempel, der seinen Namen der weithin glänzenden, mit mehr als 2 Zentnern Gold überzogenen Kuppel verdankt. Jedermann, der nach Amritsar kommt, gleich welcher Religion er anhängt, kann dort beten, wenn er sein Kopfhaar bedeckt.

Jährlich suchen Hunderttausende von Menschen aus ganz In-

dien den Tempel auf. Rings um das Heiligtum ist eine eigene kleine Stadt gewachsen: mit Pilgerquartieren, Großküchen, Gasthäusern, Versammlungsräumen, Bibliotheken und Informationsbüros. Die Geschäfte des Tempelkomitees gehen gut; die jährlichen Einnahmen werden auf 700 Millionen Rupien (175 Millionen Mark) geschätzt.

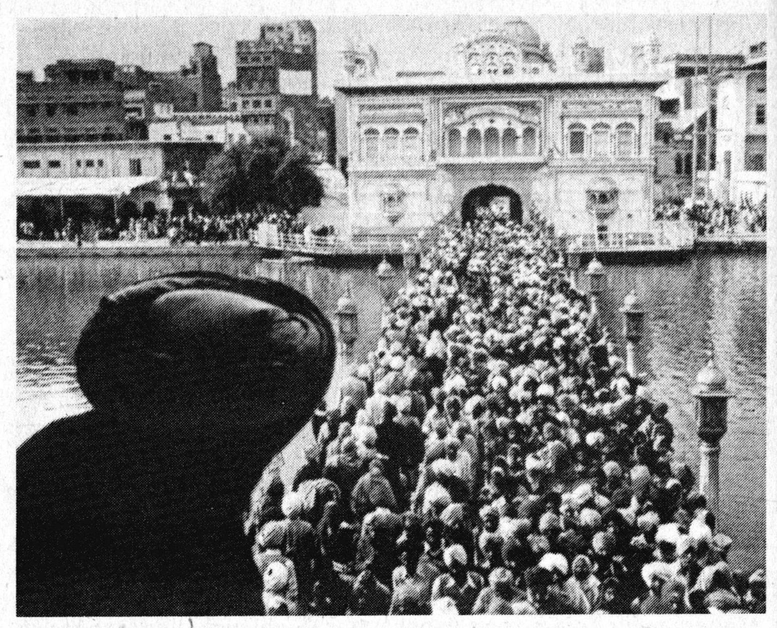
Ein Bild des Friedens, wie es dem Religionsstifter Guru Nanak gefallen hätte, der in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts wirkte. Er predigte die Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen, verwob dabei Elemente des hinduistischen und des islamischen Glaubens und lehnte die Kastenschranken ab – eine religiös gefärbte Form des Protestes gegen die Herrschaft der Mogulkaiser. Bald jedoch schlug auch in der neuen Religionsgemeinschaft das Raster der damaligen Klassengesellschaft durch. Nanaks Nachfolger führten um 1700 eine straffe militärische Disziplin ein, der eiserne Armring und der Kirpandolch kennzeichneten fortan neben Turban und ungeschorenem Haupthaar jeden männlichen Sikh.

Die Erziehung zur Wehrhaftigkeit und zur Tüchtigkeit hat den Charakter der Menschen dieser ursprünglich nur im Nordwesten Indiens ansässigen Religionsgemeinschaft tief geprägt. Nanaks Mahnung zur Toleranz ist dabei in der Regel nicht verlorengegangen. Das kunterbunte Gewimmel in Amritsar beweist das.

Im Frühsommer des Jahres 1984 aber gleicht der Goldene Tempel einer Festung. Die meisten Arkaden und Fensteröffnungen sind zugemauert. Von der filigranen Fassadenarchitektur sind nur Sehschlitze und Schießscharten übriggeblieben. Auf den Flachdächern türmen sich Sandsäcke, und darüber zeigt sich ab und zu ein Turban in Blau oder Safran, den Farben des Kampfes. Etwa zweitausendfünfhundert Sikhs, zumeist Studenten, Kleinhändler- und Bauernsöhne, haben sich in der Kultstätte verschanzt. Sie tragen dekorativ am Gürtel den Dolch und haben Gewehre geschultert.

Der indischen Zentralregierung in Neu-Delhi hat die Tempelbesatzung eine Art Heiligen Krieg erklärt. Das große Wort führt der siebenunddreißigjährige Sant (Heilige) Bhindranwale, der eigentlich Jarnail Singh heißt. Der bärtige Bauernsohn ist dank seiner dämonischen Rednergabe zum Haupt einer Priestersekte aufgestiegen. Er versucht, die sozialen und politischen Spannungen im indischen Unionsstaat Pandschab auszunutzen, um eine Separatistenbewegung zu formieren. Den Sikhs redet er ein, sie seien von besonderer Rasse, ihnen stünden Sonderrechte in Indien zu. Was man ihnen nicht zu geben bereit sei, müßten sie sich mit Gewalt nehmen.

„Kauft euch ein Motorrad, das Gewehr und die Protektion bekommt ihr von mir. Dann holt ihr euch einfach, was ihr braucht",



Am Goldenen Tempel von Amritsar

ruft der Sant den zumeist arbeitslosen jungen Gefolgsleuten aus kleinbürgerlichen Kreisen zu. „Laßt eure Felder brachliegen, kauft nur das Nötigste an Kleidung, Indien kann hungern"[1], hetzt er unter den Bauernsöhnen, die kein für ihren Lebensunterhalt ausreichendes Bodenerbe von ihren Vätern erwarten können. Ihre Hauptfeinde seien die „Hindubehörden" in Pandschab und die „Hinduregierung" in Neu-Delhi. Der Name der Premierministerin Indira Gandhi geht dem Haßprediger nicht über die Lippen; von ihr spricht er nur verächtlich als von dem „Hindumädchen".

Der Demagoge Bhindranwale treibt das Spiel des chauvinistischen Flügels der relativ wohlhabenden Agrarbourgeoisie in Pandschab. Obwohl keineswegs unterprivilegiert, beklagt sich diese über wirtschaftliche und politische Benachteiligung und richtet Maximalforderungen an die Zentralregierung. Ein Effekt, den man in Indien Kommunalismus nennt, tritt dabei in Pandschab besonders gefährlich hervor: Die Interessen einer bestimmten sozialen Schicht werden als Interessen einer ganzen Religionsgemeinschaft oder ethnischen Gemeinschaft ausgegeben und über die Interessen anderer Glaubens- und Volksgruppen und bisweilen sogar über die Einheit des Landes gestellt. Seit 1973 kursiert in Pandschab die Parole, man brau-

che nur einen autonomen Sikh-Staat zu gründen und alle Probleme seien gelöst. Ein Name für ein solches separatistisches Absprengsel ist schon gefunden: Khalistan, Land der Reinen.

In den Städten Pandschabs zieht der Mob umher, splittern die Fenster der Geschäfte andersgläubiger Kaufleute, explodieren Bomben in Kinos, werden Polizeistationen gestürmt, fliegen Eisenbahngleise in die Luft. Während Bhindranwale im Goldenen Tempel von Amritsar bei Tag vor den Pilgern seine Brandreden hält, leitet der ehemalige Generalmajor Shabeg Singh im Schutz der Nacht militärische Übungen. Er hat ein umfangreiches Arsenal von Infanteriewaffen zur Verfügung: Karabiner, Maschinenpistolen, Panzerbüchsen, schwere Maschinengewehre, Granat- und Raketenwerfer – alles, was sich unter weiten Gewändern und auf Versorgungsfahrzeugen einschmuggeln läßt. In den heiligen Gemächern werden Granaten gedreht und defekte Handfeuerwaffen repariert.

Der Konflikt bedroht die politische Stabilität Indiens. Im Unionsstaat Pandschab bekennt sich eine Mehrheit von 52 Prozent der Bevölkerung zum Sikhismus. Sikh-Familien haben sich in ganz Indien niedergelassen. Sie gelten als tatkräftige und einfallsreiche Bevölkerungsgruppe. Begünstigt durch Tradition und Erziehung zur Disziplin, haben sie einen großen Stamm an Fachkräften hervorgebracht und sind in der Industrie- und Handelsbourgeoisie stark vertreten. Obwohl die Sikhs nur 2 Prozent der Gesamtbevölkerung Indiens bilden, stellen sie über hunderttausend der eine Million zählenden Armeesoldaten. Im Offizierskorps liegt ihr Anteil bei 22 Prozent.

So fällt es Demagogen nicht schwer, an ein Elitebewußtsein in den Ober- und Mittelschichten der Sikhs zu appellieren und zugleich die sozialen Benachteiligungen auszunutzen, denen die arme Landbevölkerung und die Unterschichten in den Städten Pandschabs ausgesetzt sind. Beides wird zu einem Sikh-Nationalismus zusammengerührt und mit religiösem Haß eingefärbt: Schuld an allem Ungemach sei die Zentralregierung in Neu-Delhi, die das fruchtbare Pandschab in eine tributpflichtige Provinz der hinduistischen Bevölkerungsmehrheit Indiens verwandeln wolle.

Eine riskante Politik betreiben auch reaktionäre Kräfte in der Akali-Dal-Partei, einer Interessenvertreterin von Großgrundbesitzern, Großbauern und Geschäftsleuten. Die Akali Dal hat bei den Wahlen im Jahr 1980 die Mehrheit im Regionalparlament an die Kongreßpartei Indira Gandhis verloren und will um jeden Preis das eingebüßte Terrain zurückgewinnen. An die Zentralregierung richtet sie eine lange Liste von Forderungen und Vorwürfen: Neu-



Sikhs beim rituellen Bad

Delhi leite zuwenig Investitionskapital nach Pandschab, unterstütze nicht genug die Entwicklung der Industrie, begünstige den Nachbarstaat Haryana bei der Verteilung des Wassers der Flüsse Ravi, Beas und Sutlej, fördere die Abwanderung kapitalkräftiger Sikh-Geschäftsleute und die Zuwanderung bettelarmer Landarbeiter aus den anderen Regionen, die den Einheimischen die Arbeitsplätze streitig machten.

Während Neu-Delhi einen Kompromiß sucht und sogar Staats-

präsident Giani Zail Singh, selbst ein Sikh, sich persönlich um einen Ausgleich bemüht, gießen die Radikalen, unterstützt von ausländischen Kräften, immer neues Öl ins Feuer. Bhindranwale läßt aus dem Goldenen Tempel verlauten, er sei bereit, fünftausend Hindus zu „richten", wenn seinen Forderungen nicht entsprochen würde.

Plünderungen, Brandschatzungen und Totschlägereien in Pandschab nehmen ein solches Ausmaß an, daß die Zentralregierung keinen anderen Ausweg mehr sieht, als den Hauptherd der Unruhe, den Goldenen Tempel in Amritsar, von Armee-Einheiten besetzen zu lassen.

In der Nacht vom 4. zum 5. Juni 1984 beginnt die Operation „Blue Star", geleitet von dem Oberbefehlshaber des westlichen Kommandos der indischen Armee, Generalleutnant Sundarji, und dem Sicherheitsberater des Gouverneurs von Pandschab, Generalleutnant Ranjit Singh Dayal, einem Sikh. Auch unter den Soldaten sind nicht wenige Sikhs.

Die Truppen gehen mit Schützenpanzerwagen vor. Sie haben den Befehl, die heiligsten Bereiche des Tempels, darunter das Harmandir Sahib, wo die heilige Schrift aufbewahrt wird, nicht zu beschießen. Das kostet sie, als sie auch von dort aus unter Feuer genommen werden, hohe Verluste. Erst am Abend des nächsten Tages erlischt der letzte Widerstand im Tempel. 93 Soldaten sind gefallen. Auf seiten der fanatisierten Sikhs hat es 492 Tote gegeben. Bhindranwales Leiche wird in einem Bunker gefunden. In den folgenden Tagen kommt es an einigen Orten Pandschabs noch zu kleineren Schießereien, dann ist der Spuk zu Ende.

Der Opfergang des Mahatma

Knapp fünf Monate später, als Indira Gandhi im Kugelhagel zweier Sikhs stirbt, behaupten einige Kommentatoren, die Premierministerin habe, als sie die Zustimmung für die Operation „Blue Star" gab, ihr eigenes Todesurteil gefällt. Der Sturm auf den Tempel habe die Gefühle der Sikhs aufgewühlt und einen irrationalen Zorn ausgelöst. Doch Indira Gandhi sah keine Wahl. Sie zog das Ende mit Schrecken einem Schrecken ohne Ende vor.

Regionale Sonderinteressen, religiöser Hader und Abspaltungsversuche haben dem riesigen Land auf dem indischen Subkontinent, in dem mehr als 700 Millionen Menschen leben,

wo allein vierzehn Hauptsprachen benutzt werden, wo es hochmoderne Industriezentren gibt, aber in abgelegenen Regionen noch fast urgemeinschaftliche Lebensformen herrschen, zu schaffen gemacht, seit es seine Unabhängigkeit erlangte. Wie ein Mahnzeichen steht an der Wiege der Republik Indien das Vermächtnis des Mahatma, der großen Seele des indischen Unabhängigkeitskampfes.

Aus dem ehemaligen Britisch-Indien waren 1947 zwei Staaten hervorgegangen. Ein theokratischer, das heißt religiös gebundener, der aus Gebieten zusammengefügt wurde, in denen der Islam vorherrschte: Pakistan. Und ein säkularer, ein weltlicher, in dem allen religiösen Gruppen, von der großen Mehrheit der Anhänger des Hinduismus (82 Prozent) über die Muslime (11 Prozent) bis zu den Sikhs, Jainisten, Buddhisten und den vielen Stammesreligionen, Gleichberechtigung garantiert und jede staatliche Privilegierung versagt werden sollte: die Indische Union.

Die Teilung erzeugte Probleme zwischen beiden Ländern, die bis in die Gegenwart hineinwirken. Die ersten Leidtragenden waren jene Inder der einen oder anderen Seite, welche in die Minderheit gerieten. Denn es schlug die Stunde der religiösen Fanatiker, der Plünderer, des Straßenmobs und des Lumpenproletariats. Millionen Menschen wurden bei Pogromen in die Flucht getrieben. In Pakistan brannten die Häuser der Hindus, in Indien die der Muslime. Kleinbürgerliche Bereicherungssucht auf Kosten der andersartigen Nachbarn feierte flammende Triumphe. In den Flüchtlingslagern beiderseits der Grenze rafften Cholera und andere Seuchen Zehntausende hinweg.

Den neokolonialistischen Kräften in der Welt war das nicht unrecht, sahen doch auch sie in dem alten römischen Prinzip „Divide et impera!" – Teile und herrsche! – ein Instrument künftiger Beeinflussung und Bevormundung des strategisch bedeutsamen indischen Subkontinents. Größere Gruppen der nationalen Bourgeoisien spielten da ebenfalls gern mit; denn in der Unübersichtlichkeit des Teilungsprozesses ließen sich egoistische Ansprüche unauffällig und nachhaltig durchsetzen.

Damals begann Mahatma Gandhi (eigentlich Mohandas Karamchand Gandhi, nicht verwandt mit Indira Gandhi) seinen letzten Kampf. Er genoß ein überragendes Ansehen unter den indischen Volksmassen. Drei Jahrzehnte lang hatte er sie mit seiner Lehre vom gewaltlosen Widerstand fasziniert und die britische Kolonialverwaltung mit Kampagnen des zivilen Ungehorsams in ernsthafte Schwierigkeiten gebracht. Nun, inzwischen achtundsiebzig Jahre alt, stellte er seine schwindenden Kräfte in den Dienst jener, welche den Ausbruch der Gewalt ersticken, den Blutstrom stillen und das Leben in normale Bahnen lenken wollten.

Am 12. Januar 1948 begann Mahatma Gandhi in Neu-Delhi zum siebzehntenmal in seinem Leben ein Fasten. Die Birlas, eine Familie von Großindustriellen, hatten den ausgemergelten asketischen Mann, der nicht viel mehr als ein Leinentuch, ein Paar Sandalen, einen Eßnapf und eine Schweizer Taschenuhr besaß, in ihr Haus aufgenommen. Den ganzen Tag zogen draußen Friedensprozessionen vorbei. Mit seiner moralischen Autorität erreichte Gandhi viel: Sechs Tage später unterschrieben Vertreter aller Bevölkerungsgruppen, der Regierungen der Indischen Union und Pakistans, der Flüchtlinge aus den pakistanischen Gebieten, der indischen Muslime, ein Friedensgelöbnis, und die Spannungen schienen sich zu lösen.

Am 30. Januar, als der Mahatma zur Abendandacht den Garten des Birlahauses betrat, gestützt von seinen beiden Enkelinnen Abha und Manu, bahnte sich ein junger Mann den Weg durch die versammelte Menge und fiel, die Hände zur Begrüßung aneinandergelegt, Gandhi zu Füßen. Der Mahatma machte eine Geste, ihn aufzuheben, da blitzte im Gewand des Fremden ein Revolver auf. Dreimal schoß der Mörder.

Gandhi war auf der Stelle tot. Das junge Indien hatte einen Heiligen verloren. Fassungslos beweinte das Land, betrauerte die Welt das gewaltsame Ende des Apostels der Gewaltlosigkeit.

Der Attentäter Nathuram Vinayak Godse kam aus den Reihen der chauvinistischen Hinduorganisation RSS (Nationale Freiwilligenunion). Er endete am Strang. Die RSS aber ist in Indien bis auf den heutigen Tag aktiv. Sie gehört – wie die Separatisten von Pandschab – zu den reaktionären Kräften, die an den Fundamenten des indischen Staates zu rütteln versuchen.

Dreieinhalb Jahrzehnte nach dem Mord an Mahatma Gandhi sah sich die indische Regierung in einem von ihr herausgegebenen Weißbuch zu der Feststellung veranlaßt: „Die Hauptgefahr für die Einheit Indiens geht heute von religiösem Fanatismus und Separatismus sowie von anderen Spalterkräften aus, die vom Ausland starke Unterstützung erhalten."[2]

Racheschwüre von der Themse

„Ich weiß nicht wann, aber irgendeiner, ein junger Sikh, wird kommen und sich den Kopf von Frau Gandhi holen."[3]

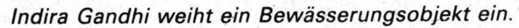
Als die Tempelrevolte in Amritsar gescheitert ist, schleudert

der im Londoner Stadtviertel Bayswater ansässige Arzt Jagjit Singh Chauhan diese offene Attentatsdrohung über die Mikrofone von BBC nach Neu-Delhi. Chauhan, einst Finanzminister in der Regionalregierung Pandschab, fühlt sich zum Führer seiner nach Westeuropa und Nordamerika ausgewanderten Landsleute berufen. Seit der Sant Bhindranwale ein Märtyrer geworden ist, fließen reiche Geldspenden von vermögenden Auslandssikhs in die Kassen seiner „Bewegung".

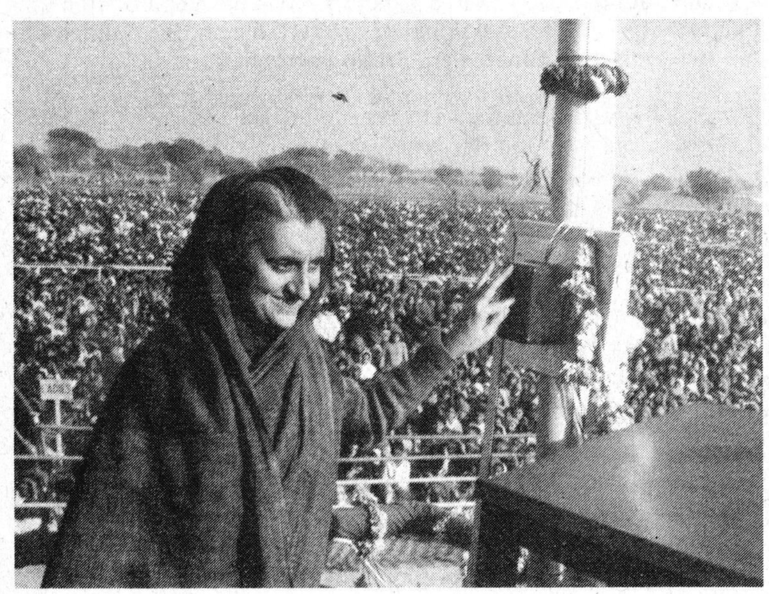
Der Oberkassierer hat eine Phantomrepublik Freies Khalistan ausgerufen und läßt in Kanada schon Banknoten, blaue Pässe und Briefmarken drucken. Er hat eine Exilregierung gegründet und seine eigene Wenigkeit zum Präsidenten ernannt. Seine Khalistan-Front verspricht einen Kopflohn von 100 000 britischen Pfund für ein erfolgreiches Attentat auf Indira Gandhi.

In Großbritannien, den USA und Kanada leben zusammengenommen etwa eine dreiviertel Million ausgewanderte Sikhs. Chauhans echte Gefolgschaft wird auf nicht viel mehr als tausend Anhänger geschätzt. Journalisten der Bombayer Zeitung „Blitz" finden heraus, daß er von einem CIA-Agenten namens Torton an der langen Leine geführt wird. Torton hat einen geheimen Besuch Chauhans in dem CIA-Ausbildungslager Chakala auf der pakistanischen Seite Pandschabs arrangiert.

In Washington steht der Separatist seit langem hoch im Kurs.



Indira Gandhi weiht ein Bewässerungsobjekt ein.



Zwei Jahre zuvor war er zu einem Lunch ins Weiße Haus eingeladen worden und hatte Gelegenheit gehabt, seine Ansichten über die Lage in Indien kundzutun: In Neu-Delhi hätten sich die Kommunisten festgesetzt, und es sei höchste Zeit, ein unabhängiges Khalistan auszurufen, als Pufferstaat gegen die Sowjetunion. An der Georgetown-Universität wurde daraufhin ein ideologisches Programm für die Khalistan-Fanatiker formuliert, und der USA-Botschafter in Neu-Delhi, Harry G. Barnes, ernannte die Separatisten zu nationalen Befreiungskämpfern.

In Washington sieht man viele Gründe, nach Hebeln zu suchen, mit deren Hilfe sich die indische Politik, vor allem die Außenpolitik, korrigieren ließe. Indira Gandhi hat konsequent den Kurs der aktiven Koexistenzpolitik fortgesetzt, die ihr Vater Jawaharlal Nehru, der erste Premierminister des unabhängigen Indiens, begründete. Diese schließt ein freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion ein, obwohl Indien einen bürgerlich-kapitalistischen Entwicklungsweg geht. 1983 ist Indira Gandhi zur Vorsitzenden der Bewegung der Nichtpaktgebundenen Staaten gewählt worden. Das indische Staatsschiff in westliche Gewässer abzudrängen erscheint der USA-Politik ein lohnendes Ziel.

Aber im Sommer 1984 sind die Khalistan-Separatisten, die dazu beitragen sollten, gescheitert. In ganz Indien nehmen Gemeinschaften der Sikhs die versöhnende Geste Indira Gandhis an, als diese in Begleitung prominenter Sikhs den Goldenen Tempel besucht und sich von der schnellen Wiederinstandsetzung überzeugt.

Immer deutlicher scheiden sich nun die Geister. Während die Soldaten im September aus dem Tempelbezirk Amritsar zurückgezogen werden, organisieren die Extremisten ein „Welttreffen der Sikhs“ in Neu-Delhi. Dort werden aufputschende Gerüchte ausgestreut. Eins davon besagt, Bhindranwale sei noch am Leben und bereite im Untergrund eine neue Revolte vor. Aber der Funke zündet nicht. Das „Welttreffen“ verläuft im Sande.

Von da an setzen die Khalistan-Separatisten offen auf ein Attentat. Indira Gandhi erhält nun immer häufiger Morddrohungen. Offenbar unterschätzt sie die Gefahr. Sie kann nicht wissen, daß zu dieser Zeit das Außenministerium der USA beim Geheimdienst CIA schon eine Studie anfordert mit Planspielen, was im Fall eines „plötzlichen Todes“ der indischen Premierministerin in Südasien geschehen würde. Diese sensationelle Enthüllung gelangt erst sechs Wochen nach Indira Gandhis Tod durch die Neu-Delhier Zeitung „Patriot“ an das Licht der Öffentlichkeit.

Die Premierministerin lehnt den Rat der indischen Sicherheits-

behörden ab, vorsichtshalber alle Sikhs aus ihrem Wachpersonal zu entlassen. Als sie von einem persönlichen Berater gefragt wird, ob sie nicht Angst empfinde, weist sie arglos auf den turbantragenden Inspektor Beant Singh, der manchmal ihre beiden Enkelkinder zur Schule begleitet: Solange sie Sikhs wie diesen um sich habe, könne sie nicht glauben, daß sie irgend etwas zu fürchten habe.

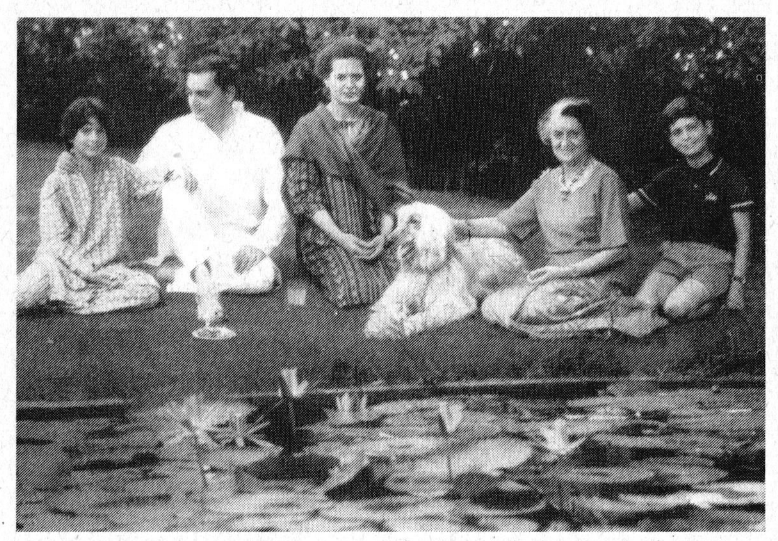
Indira Gandhi will um keinen Preis den Eindruck von Intoleranz aufkommen lassen und gerade in dieser schwierigen Situation das Vertrauen der Millionen und aber Millionen Inder verschiedener Sprachen und Religionen rechtfertigen, denen sie als ein Symbol nationaler Zusammengehörigkeit gilt und von denen sie respektvoll Bharat Mata (Mutter Indiens) oder – in den Sprachen des Südens – Indiramaa (Mutter Indira) genannt wird.

Mit ihrer Haltung steht Indira Gandhi fest in der Tradition ihres Vaters, der schon die Halbwüchsige, als er selbst in den Kerkern der britischen Kolonialmacht saß, mit Hilfe von Briefen gelehrt hat, Mut und Toleranz zu zeigen. Sie war ihm später viele Jahre lang in seinem Amt als Premierminister die engste politische Vertraute und Beraterin und lernte von ihm auch in der politischen Praxis. Gegen Ende der siebziger Jahre, als ihre eigene sechzehnjährige Regierungszeit von einer zweijährigen Herrschaft der reaktionären Janata-Koalition unterbrochen und Indira Gandhi für kurze Zeit unter demütigenden Anschuldigungen ins Gefängnis geworfen wurde, hat sie ihre härteste Probe bestanden. Ihre Charakterfestigkeit hat ihr das Vertrauen der indischen Massen zurückgebracht und ihr zu einer triumphalen Rückkehr verholfen.

Wieder stehen in Indien Wahlen bevor. Auf einer Reise in den östlichen Unionsstaat Orissa, wo sie auf mehreren Massenkundgebungen ihrer Kongreßpartei auftritt, lehnt es die Rednerin ab, ein mit einer Glaskanzel bedecktes Spezialfahrzeug zu benutzen. „Wenn ich im Dienst der Nation stürbe, würde ich stolz sein. Jeder Tropfen meines Blutes wird die Nation stärken“[4], sagt sie unerschrocken.

Im Park lauern die Mörder

Am Morgen des 31. Oktober wird Indira Gandhi dieser Stolz zum Verhängnis. Kurz nach 9.00 Uhr verläßt sie das Gartenhaus in Neu-Delhi, wo sie zusammen mit der Familie ihres Sohnes Rajiv wohnt. In dem Park, der ihre Residenz umgibt, singen die Vögel.



Indira Gandhi mit der Familie ihres Sohnes Rajiv

Es ist ein heller, milder Herbstmorgen. Auf der anderen Seite des Parks, kaum 100 Meter entfernt, liegt das flache Bürogebäude, in dem sie einen Teil ihres Arbeitstags zu verbringen pflegt. In seinem Schatten wartet der britische Schauspieler Peter Ustinov mit einem Fernsehteam. Die Premierministerin hat ihm ein Interview versprochen. Dann will sie sich Regierungsangelegenheiten widmen.

Sechsundsechzig Jahre ist diese zierliche Frau nun alt und bei bester Gesundheit. Selbstdisziplin und Willenskraft, aristokratische Haltung (sie stammt aus einer vornehmen Brahmanenfamilie) und weiblicher Charme haben ihr geholfen, sich in der noch von vielen Vorurteilen belasteten Männergesellschaft Indiens zu behaupten. Millionen feiern sie auf den Wahlkundgebungen; denn sie spüren: Diese Frau hat ein tiefes Gefühl für die unermeßlichen sozialen Probleme des Landes, tiefer als manchen reaktionären Kreisen in der Bourgeoisie recht ist. 1971 verkündete Indira Gandhi den Feldzug „Garib Hatao" (Schluß mit der Armut). Auf ihren Reisen scheut sich die Brahmanin nicht, neben den Harijans, den „Unberührbaren", den früher Ausgestoßenen des indischen Kastenwesens, am Boden zu hocken und mit ihnen über die sozialen Probleme zu sprechen. Sie ist erfüllt von der Gewißheit, daß ihr im Februar 1985 der Wahlsieg zum fünften Mal gelingen wird.

Das alles mag Indira Gandhi durch den Kopf gehen, als sie sich

von ihrem Sekretär R. K. Dhawan und fünf Sicherheitsleuten zum Interview begleiten läßt. Wie stets trägt die Premierministerin den Sari, die traditionelle Bekleidung der indischen Frauen, über die linke Schulter geschlagen. Zum Schutz gegen die Morgenkühle hat sie auch den Kopf eingehüllt, nur das Gesicht und der Haaransatz mit der großen grauen Strähne auf der rechten Schläfe sind frei geblieben.

Etwa auf halbem Weg durch den Park muß die Gruppe eine Bougainvilleahecke durchqueren, die den privaten vom offiziellen Bereich des Anwesens trennt. Dort befindet sich ein Durchgang. Auf jeder Seite steht ein uniformierter Sikh Posten. Indira Gandhi legt zum Zeichen des Grußes die Handflächen aneinander.

Die Szene ähnelt der vom 30. Januar 1948, als Mahatma Gandhi starb. Der Wachposten Beant Singh zieht einen Revolver und drückt dreimal ab. Von der Wucht der Schüsse wird die Getroffene herumgeworfen. Erbarmungslos entleert Satwant Singh, der zweite Posten, das Magazin seiner Maschinenpistole in den Körper der Stürzenden.

Die Mutter Indiens ist sofort tot. Zehn Kugeln haben sie getroffen, davon drei in die Brust und eine ins Herz. Trotzdem bringt man sie in rasender Fahrt zum All-India-Krankenhaus. Zwölf Ärzte versuchen mit Hilfe einer Herz-Lungen-Maschine und einer kompletten Bluttransfusion ein Wunder zu tun. Erst nach zwei Stunden geben sie auf. Um 1.45 Uhr sendet die Nachrichtenagentur INS die erschütternde Botschaft in die Welt: „Frau Gandhi ist tot."

Ganz Indien ist von Entsetzen gelähmt. Dann, als sich herumspricht, daß die beiden Mörder Sikhs waren, sehen Fanatiker der anderen Seite und kriminelles Gelichter die Gelegenheit gekommen, über die Geschäfte, Wohnhäuser und Tempel der Sikhs in Neu-Delhi und anderen Städten herzufallen. Es hilft nichts, daß sogar die fünf höchsten Sikh-Priester im Goldenen Tempel von Amritsar ihre tiefe Trauer bekunden. Abermals verlieren mehr als zweitausend Inder bei politisch motivierten religiösen Ausschreitungen das Leben. Polizei und Armee müssen eingreifen, um die Ordnung wiederherzustellen.

Während die Tote im Teen-Murti-Haus von Neu-Delhi, wo einst ihr Vater Jawaharlal Nehru als Premierminister residierte, aufgebahrt wird, während Staatsmänner aus aller Welt in Neu-Delhi eintreffen, um der Ermordeten die letzte Ehre zu erweisen, brechen die Separatisten um Jagjit Chauhan in London in schamlosen Jubel aus. Obwohl nur von einer Minderheit der Sikhs im Ausland unterstützt, sind sie sich offensichtlich eines starken Rückhalts gewiß. Chauhan bekommt Gelegenheit, im britischen Fernsehen ein weiteres Attentat anzukündigen: gegen den Sohn und Amtsnachfolger Indira Gandhis, Rajiv Gandhi.

In Neu-Delhi beginnt unterdessen die Suche nach den Hintermännern. Von den Attentätern selbst hat nur einer überlebt: der einundzwanzigjährige Sergeant Satwant Singh. Der andere, der vierunddreißigjährige Beant Singh, der zuerst schoß, sei bei einem Handgemenge auf der Wachstation getötet worden, heißt es. Der Jüngere habe plötzlich aus seinem Turban einen Dolch gezogen, und der Ältere habe daraufhin versucht, einem der Männer, die ihn abführten, das Gewehr zu entreißen. Die Wachen hätten sofort schießen müssen. Später wird in der indischen Presse gefragt, ob dies nicht ein provozierter Zwischenfall gewesen sein könnte, bei dem man die Attentäter beseitigen und damit die Spur zu den Auftraggebern verwischen wollte.

Satwant Singh ist schwer verletzt, aber bei der Operation kommt er durch. Im Verhör gibt er zu, daß er während eines zweimonatigen Urlaubs in seinem Heimatdorf Agwana in Pandschab auf den Mord vorbereitet wurde. Mehrere Männer, die nach dem Armeesturm auf den Goldenen Tempel geflüchtet waren, seien zu diesem Zweck aus dem nahen Kartapur jenseits der pakistanischen Grenze herübergekommen.

Man verhaftet einen dritten Verschwörer: den Polizisten Balbir Singh. Er sagt aus, daß noch andere Attentatspläne gegen die indische Regierungschefin geschmiedet worden seien. Er selbst sollte einen Giftgasbehälter nahe ihrem Schlafzimmer unterbringen oder sie mit Hilfe einer in einem Blumenkübel versteckten Bombe töten.

Im Dezember 1984 decken die Behörden einen hochkarätigen Spionagering auf. Vier indische Schlüsselfiguren werden festgenommen: der Staatsbeamte Jaspal Singh Gill, der jahrelang im Amtssitz Indira Gandhis tätig gewesen war und dort Einsicht in das sogenannte Blaue Buch hatte, eine Akte, die alle Fragen der persönlichen Sicherheit der Premierministerin enthielt. Ins Gefängnis marschieren auch der Vizemarschall a. D. der Luftwaffe Kenneth Larkins, dessen Bruder, Generalmajor Frank Larkins, und der Oberstleutnant des Heeres Jasbir Singh. Ihre Agentenführer saßen, getarnt als Diplomaten, in der USA-Botschaft am Jan-Path-Boulevard in Neu-Delhi und werden von der indischen Presse ebenfalls namhaft gemacht: Botschafter Harry G. Barnes und seine Mitarbeiter George B. Griffin und Carol Lucy.

„Die CIA hatte offenbar in fast allen strategisch wichtigen Ministerien einen Agenten", klagte die Bombayer Zeitung „The Daily". „Der Westen ist jetzt über alles informiert. Er kennt unsere Pläne für die Verteidigungsproduktion, für den Import hochmoderner Technologie aus der Sowjetunion, die Satellitentechnik, die Nachrichtennetze in Indien, das System des militärischen Nachrichtendienstes sowie unsere Finanz-, Indu-

strie- und Exportpolitik ... Hier handelt es sich eindeutig um eine ausländische Verschwörung. Es wäre von Nutzen, einmal zu untersuchen, welche Rolle die CIA bei der Ermordung Indira Gandhis gespielt hat."[5]

Eine solche Untersuchung findet statt. Sie läuft parallel mit dem Prozeß gegen Satwant Singh, Balbir Singh und den inzwischen als vierten Mitverschwörer ermittelten Beamten aus dem Regierungsdirektorat für Versorgung, Kehar Singh. Einer der angesehensten Juristen Indiens, der Richter Thakkar vom Obersten Gericht, leitet eine Kommission zur Aufhellung der Begleitumstände des Attentats und möglicher ausländischer Einwirkungen.

Die Thakkar-Kommission arbeitet hinter verschlossenen Türen; dennoch gelangen verschiedene Erkenntnisse an die Öffentlichkeit.

1983 erhielt Indira Gandhi die wohlmeinende Warnung eines in den USA lebenden Landsmanns, daß ihr ein Komplott drohe: Satish Chandra, ein patriotisch gesinnter ausgewanderter Inder, berichtete über von ihm untersuchte Beziehungen zwischen der CIA und den Sikh-Separatisten.

Im Ausbildungslager des in den USA nicht unbekannten Söldnerverleihers Frank Camper in Alabama trainierten damals Terroristen der Khalistan-Bewegung für Einsätze in Indien.

Ein anderes Schlaglicht: Bei einer Reise Indira Gandhis nach London traf der Leibgardist Beant Singh insgeheim mit einem Verwandten namens Harinder Singh zusammen, einem abgesprungenen ehemaligen Diplomaten der indischen Botschaft in Oslo. Von diesem empfing der Mordschütze 100 000 Dollar.

In Langley lösen die Aktivitäten der Thakkar-Kommission Beunruhigung aus. Ein Agent mit der Kodenummer 72 wird angesetzt, die Dokumente der Kommission zu kopieren. Das geht nicht lange unentdeckt vor sich. Im Herbst 1985 wird „72" verhaftet: Es ist der Regierungsangestellte Rama Swarup. Bei einer Haussuchung fördert die Polizei einen Schnellhefter zutage, der die Aufschrift „Für P. N. Lekhi" trägt. Der Name ist der indischen Öffentlichkeit aus dem Attentatsprozeß wohlbekannt: So heißt der Verteidiger des Todesschützen Satwant Singh.

Damit wird klar, daß die CIA das Gespann Swarup/Lekhi benutzt hat, um jederzeit über die Ermittlungen der Thakkar-Kommission und des Gerichts im Bilde zu sein, um gegebenenfalls Spuren verwischen und weiteren Enthüllungen zuvorkommen zu können.

Das allerdings geschah mitunter dilettantisch. Einmal übergab der Spion dem Anwalt 48 000 Dollar, damit dieser nach Genf reise und neues Material für die Verteidigung der Attentäter beschaffe.

In Genf traf Lekhi den US-amerikanischen Staatsbürger Armacora zu langen Gesprächen. Nach Neu-Delhi kam er mit einer Schauergeschichte zurück: In Wirklichkeit sei Indira Gandhi das Opfer eines Familienstreits geworden.

„Deine Seele ist unsterblich"

Siebenmal, wie es die Tradition verlangt, umschritt am Tag der Einäscherung der Sohn Rajiv mit versteinertem Gesicht den Scheiterhaufen, auf dem der Leichnam seiner Mutter lag. In einem irdenen Gefäß, das nach der Feier zerbrochen werden muß, trug er die Flamme. Die Tote war auf einem dreifach geschichteten Holzstapel gebettet, mit Lotosblumen und Chrysanthemen bekränzt und in die Nationalfahne Indiens eingehüllt.

Mehr als eine Million Inder hatten den weiten Weg gesäumt – vom Teen-Murti-Haus in Neu-Delhi, wo Indira Gandhi aufgebahrt gewesen war, bis zum Fluß Yamuna, wo ihre sterblichen Überreste nach alter Sitte verbrannt wurden. Das Land nahm Abschied von der Bharat Mata, der Mutter Indiens – am selben Platz wie zwanzig Jahre zuvor von Jawaharlal Nehru, Indira Gandhis Vater, und sechsunddreißig Jahre zuvor von Mahatma Gandhi. Ein ganzer Subkontinent trauerte. Selbst ihre Feinde hielten den Atem an, als man an der Yamuna Sandelholz und Butterschmalz über dem Scheiterhaufen verteilte und der vierzig Jahre alte Sohn zu Füßen der Toten Feuer legte. „Deine Seele ist unsterblich", sangen die Priester von vier Religionsgruppen: Hindus, Muslime, Jains und Sikhs. „Keine Waffe kann sie zerstören, keine Glut sie verzehren."

Acht Tage später flog Rajiv Gandhi, der viele Jahre lang Pilot gewesen ist, mit einer Maschine der indischen Luftwaffe in den Himalaja. Den Willen seiner Mutter erfüllend, verstreute er ihre Asche über den Schneefeldern zwischen Gangotri und Amarnath, zwei Quellflüssen des heiligen Ganges.

Indira Gandhi, deren Familie aus Kaschmir stammte, hatte sich immer als ein Kind der Berge gefühlt und soll eine gute Skiläuferin gewesen sein. Im heißen Klima der indischen Ebenen sehnte sie sich oft nach der Bergwelt, nach dem bunten Herbstlaub, nach Spaziergängen im Regen unter den knorrigen Chinarbäumen, und sie beschrieb diese Sehnsucht gelegentlich sogar mit literarischen Worten.

Aber die letzte Zeremonie, „das Ende ihrer Reise auf Erden",

wie die an die Seelenwanderung glaubenden Hindus sagen, war von einer weit größeren Symbolik: Im Frühjahr, wenn die Sonne den Schnee von den Hängen des Himalaja schmilzt, sollten die Wasser des Ganges die Asche aufnehmen und die Erinnerung durch das riesige, von innerem Hader und von äußerer Gefahr bedrohte Land tragen, die Menschen an das Vermächtnis der Bharat Mata gemahnend.

Bei den Wahlen im Februar 1985 gelang der Kongreßpartei (I) – das „I" steht für Indira – der größte Wahlsieg, seit Indien unabhängig ist. Rajiv Gandhi trat unangefochten das Erbe seiner ermordeten Mutter an.

Im Sommer 1985, nach geduldigen Verhandlungen, erreichte die Zentralregierung einen politisch bedeutsamen Kompromiß mit der Führung der Akali-Dal-Partei: ein Abkommen über Regelungen in Territorialfragen und im Wasserstreit, über die Förderung der Pandschabisprache, über eine in ganz Indien gültige Ordnung für die Sikh-Tempel und über die Entschädigung der Opfer der Unruhen.

Der Führer der Akali-Dal-Partei, Harchand Singh Longowal, reiste mit guter Botschaft zurück nach Pandschab. Der dreiundfünfzigjährige Politiker ahnte nicht, daß für diesen Fall auch ihm Attentäter auf die Spur gesetzt worden waren. Als er in der Stadt Sherpur auf einer Wahlveranstaltung die Rednertribüne betrat, richteten im Publikum vier Mordschützen ihre Revolver auf ihn. Longowal starb während der Notoperation im Krankenhaus.

Sein Tod belehrte auch den letzten, daß da kein religiöser Konflikt ausgetragen wird, sondern daß hinter den Attentätern die Feinde der Einheit des Vielvölkerstaats Indien stehen.

Der Prozeß gegen den überlebenden Mörder der indischen Premierministerin, Satwant Singh, und gegen die beiden ermittelten Mitverschwörer Balbir Singh und Kehar Singh dauerte mehr als acht Monate. Alle drei erhielten die Todesstrafe. Der Richter stand, während er das Urteil verlas, in einer schußsicheren Glaskanzel. Nur fünfzehn Journalisten konnten als Beobachter teilnehmen; sie hatten nicht einmal ihre eigenen Kugelschreiber mitbringen dürfen, sondern mußten diese bei der Kontrolle gegen Bleistifte eintauschen. In ganz Nordindien hielt sich die Polizei in Alarmbereitschaft. Denn Separatisten sind stets zur Stelle, wo sich Gelegenheiten ergeben, in Indien neue Unruhe zu schüren und ausländischer Einmischung Vorschub zu leisten.

Noch immer ist ein merkwürdiges zeitliches Zusammentreffen ungeklärt: Wieso bekam die Einsatzgruppe 109 der USA-Marine mit dem Flugzeugträger „Enterprise" und mehreren anderen Kampfschiffen ausgerechnet am 30. Oktober 1984 – also einen Tag vor dem Attentat auf Indira Gandhi! – im Arabischen Meer den Befehl, sich bei völliger Funkstille der indischen Westküste

zu nähern? Erst am 3. November, drei Tage nach dem Mord, als klar wurde, daß Indien nicht in Chaos und Anarchie versank und die Zentralregierung Herr der Lage blieb, begannen die Funkapparate der „Enterprise" und ihrer Begleitschiffe wieder zu ticken, und die Flottille wechselte den Kurs.

Quellen der Zitate

1 zit. nach: „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 19. Oktober 1984
2 zit. nach: „horizont", 10/1984
3 zit. nach: „Wochenpost", 29/1984
4 zit. nach: „Time", 12. November 1984
5 „The Daily", 21. Januar 1985

Attentat auf einen Erzbischof: Der Mörder kam zur Totenmesse



Ich möchte keinem anderen Bischof dieser Erde wünschen,
das mit ansehen zu müssen,
was ich hier in El Salvador in kurzer Zeit erlebt habe.

Oscar Arnulfo Romero

Ort und Zeitpunkt des Geschehens:

Kapelle des Hospitals „Zur Göttlichen Vorsehung“ in San Salvador, 24. März 1980, 18.12 Uhr

Augenzeugen:

Zwanzig betende Nonnen

Mutmaßlicher Täter:

Walter Antonio Álvarez, Offizier der salvadorianischen Nationalgarde

Opfer:

Oscar Arnulfo Romero y Galdámez, Erzbischof von San Salvador, 62 Jahre alt

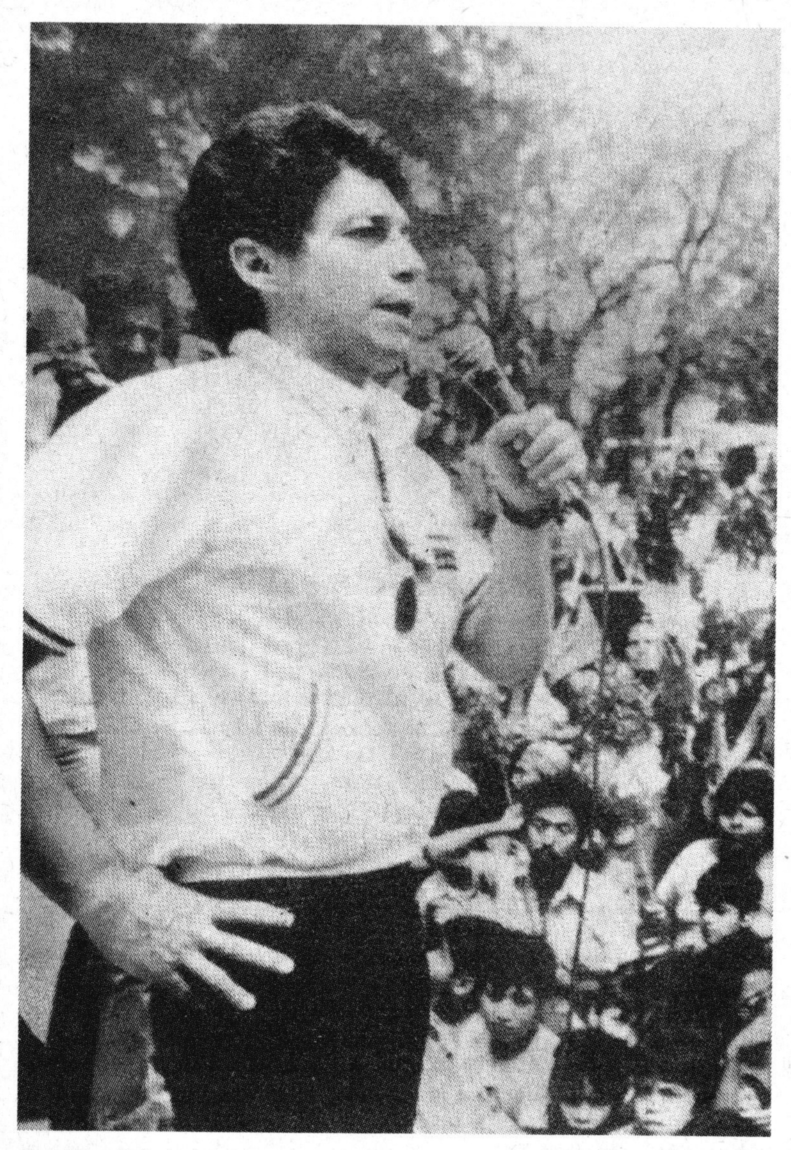


Minuten nach den Todesschüssen in San Salvador: Eine Nonne küßt die Stirn des sterbenden Erzbischofs.

Das Würfelspiel

Irgendwo in einem luftgekühlten Offizierskasino der tropisch heißen Stadt San Salvador sitzen an einem Märztag des Jahres 1980 dreizehn Nationalgardisten beim Würfeln. Die Männer sind wortkarg, und zwischen ihnen herrscht eine knisternde Spannung. Es fehlt der Rum, es fehlen die Zoten, es fehlt die übliche lärmende Atmosphäre eines Glücksspiels. Denn es geht nicht um den Monatssold, sondern darum, wer von ihnen das Leben eines Menschen auszulöschen hat.

Major Roberto d'Aubuisson, der Spielführer, behält seine zwölf Kumpane fest im Auge. Er ist ein Offizier von grenzenloser Selbstgefälligkeit, der seine mangelhafte Bildung durch Verschlagenheit und Imponiergehabe überdeckt. Eitel bis zur Lächerlichkeit und gefährlich, wenn man ihn reizt, fühlt er sich zu einer Tat berufen, die ihm reiche Kaffeepflanzer, Baumwollfabrikanten, Gene-



Roberto d' Aubuisson

rale und reaktionäre Karrierepolitiker ebenso danken werden wie einige Mittelsmänner in der Botschaft der USA.

Denn da predigt ein Mann im Ornat des Erzbischofs von der Kanzel der Kathedrale von San Salvador: „Bei uns werden die

schrecklichen Worte des Propheten wahr. Es gibt welche unter uns, die Haus um Haus zusammentragen und Feld um Feld sich aneignen, bis sie allein das Land besitzen. Die Texte von Amos und Jesaja sind keine fernen Stücke aus vergangenen Jahrhunderten, die wir täglich in der Messe lesen. Es ist die Wirklichkeit, wie wir sie täglich von neuem erleben."[1]

Das ist ein Angriff auf die allerheiligsten Besitztümer der Latifundistas in El Salvador. Eine Todsünde.

Da solidarisiert sich dieser Mann, der das ruhige Leben eines Kirchenfürsten führen und der „besseren Gesellschaft" einen geschätzten Partner auf ihren Partys und Staatsfeiern abgeben könnte, mit den Hungerleidern im Land: „Für die Armen bin ich eine Stimme für die, die keine Stimme haben, und ich werde die Rechte der Armen verteidigen. Die Reichen fordere ich auf, sich zu bekehren."[2] Die Wohlhabenden klagt er an, sie hätten die Fähigkeit verloren, Recht und Unrecht zu empfinden. Und von den Superreichen, der „Oligarchie, die immer unersättlicher wird", verlangt er: „Zieht die Ringe von den Fingern, sonst kommt der Tag, da man Euch die Hände abhacken wird."[3]

Das ist die Androhung von Aufruhr, noch eine Todsünde.

Da untersteht sich dieser selbe Gottesdiener, der USA-Regierung Weisungen für ihr Verhalten zu erteilen. „Verzichten Sie auf die Gewährung von Militärhilfe an die salvadorianische Regierung", schreibt er dem Präsidenten James Carter. „Garantieren Sie, daß Ihre Regierung weder direkt noch indirekt, weder durch militärische, noch durch wirtschaftliche, diplomatische oder andere Pressionen Einfluß auf das Schicksal des salvadorianischen Volkes nimmt ... Der Beitrag, den Ihr Land für El Salvador zu leisten gedenkt, wird zweifellos die Unterdrückung verschärfen, statt größere Gerechtigkeit und Frieden zu bringen. Was Sie vorhaben, wird zu einem großen Blutbad in diesem leidenden Land führen."[4]

Das ist eine beispiellose Herausforderung an die Schutzpatrone der Diktatur. Die dritte Todsünde.

In den Kreisen der salvadorianischen Oligarchie, der vierzehn herrschenden, miteinander versippten Familienclans, ist man längst der Ansicht: Dieser Weltverbesserer muß zum Schweigen gebracht werden. Heißt ihr schönes Land etwa umsonst El Salvador, der Erlöser? Ist es nicht an der Zeit, das Volk wieder die Gottgewolltheit der herrschenden Ordnung zu lehren? Darf man einem Erzbischof erlauben, vor seiner Herde den Geist des Aufruhrs zu rechtfertigen? Muß man das Land nicht von einem solchen Störenfried erlösen?

D'Aubuisson, der zugleich Geheimdienstchef der Armee ist, hat schon eine militärisch knappe Antwort auf die letzte Frage gefunden. Sie heißt: Ja!

Nun ist nur noch zu entscheiden, wer die Sache erledigen wird. Mit zwölf Killern hat sich der Major bei diesem Schicksalsspiel umgeben. Die Gleichzahl hebt sein Sendungsbewußtsein: Auch Christus bewegte sich im Kreis von zwölf Jüngern. Nur wird hier kein Brot gebrochen und kein Wein getrunken, sondern ein Verbrechen ausgeheckt. Das Todesritual bestimmt den Offizier der Nationalgarde Walter Antonio Álvarez. Ihm fällt die Aufgabe zu, den Mord auszuführen.

Ob er sich für geehrt gehalten hat oder ob ihm der Angstschweiß ausgebrochen ist, weiß man nicht. Auch über seine Person, sein Alter und seine Herkunft wurde der Öffentlichkeit später nichts bekannt. Gewiß ist nur: Ein Jahr nach der Tat lag er im Leichenschauhaus.

Der würgende „eiserne Reifen"

Das Attentat auf den Erzbischof hat eine Vorgeschichte. El Salvador stand schon lange in Aufruhr. Landarbeiter und bettelarme Bauern, Arbeiter, Studenten, Gewerkschafter und Intellektuelle sammelten sich in den Bergen und bildeten eine Befreiungsbewegung. Gegen die schamlose Gewaltherrschaft der Viehbarone, Kaffeelatifundisten, Bankenkönige und Generale wußten sie keine bessere Form des Widerstands als den Kampf mit der Waffe. Im benachbarten Nikaragua hatte das Volk den Diktator Anastasio Somoza verjagt und die Macht seiner despotischen Familiendynastie gebrochen. Auch unter den Salvadorianern wuchs die Hoffnung, sie könnten den „eisernen Reifen" der vierzehn Familienclans zerschlagen, die gemeinsam mit ihren ausländischen Kapitalpartnern alle Reichtümer der mittelamerikanischen Republik aufsaugten.

Nüchterne Zahlen vermögen deutlich zu machen, wovon Zorn und Empörung der Rebellen genährt wurden. Ende der siebziger Jahre bereicherten sich in El Salvador 65 Latifundisten an den Erträgen von 127 000 Hektar Boden, während 132 900 Kleinstbauern auf Fetzen von weniger als einem halben Hektar zu überleben versuchten. 40 Prozent der Landarbeiter besaßen überhaupt keinen Boden mehr; sie hatten ihre Mais- und Ma-

niokäcker, dank denen sie sich wenigstens den Hunger fernhalten konnten, an die Großgrundbesitzer verloren, die mit Hilfe ausländischen Kapitals die Plantagen für Kaffee und Baumwolle rücksichtslos ausweiteten. Ein salvadorianischer Landarbeiter mußte im Durchschnitt mit weniger als hundert Tagen Beschäftigung rechnen. Sein Tageslohn betrug kaum mehr als 3 Mark, seine mithelfenden Kinder bekamen gar nur einen Teller Bohnensuppe. Gewöhnlich erreichte eine salvadorianische Familie nicht einmal ein Jahreseinkommen von 1000 Mark.

Die Flucht in die Städte brachte keine Rettung, sondern oft den endgültigen Absturz in die Arbeitslosigkeit. Mit einer Bevölkerungszahl von 4,8 Millionen Menschen auf nur 21 000 Quadratkilometern ist El Salvador das am dichtesten besiedelte Land in Lateinamerika. Es besitzt aber lediglich eine geringfügige eigene Industrie, und diese befindet sich zu 70 Prozent ebenfalls in der Hand der Oligarchie, der Rest ist Auslandsbesitz, vorwiegend US-amerikanischer. Analphabetentum und Hunger blieben selbst in den Städten verbreitet.

In den Barrios, den Elendsvierteln der Städte, in den hölzernen, lichtlosen, schimmligen Bauernhütten, aber auch an den Schulen und Universitäten unter der so gut wie chancenlosen klein- und mittelbürgerlichen Jugend erwachte die Erinnerung an den Aufstand von 1932. Tausende von Tagelöhnern auf den Tabakplantagen hatten sich in jenem Jahr gegen die erbarmungslose Ausplünderung erhoben, obwohl der Mann, der die Führung übernehmen sollte – Farabundo Martí –, verraten und umgebracht worden war. Proletarier und junge Intellektuelle schlossen sich an. Das Militär schlug zurück. Der General Hernández Martínez ließ 32 000 Aufständische, zum Teil mit ihren Familien, massakrieren. Aber ein Gefühl, daß nun alles verloren sei, übermannte das salvadorianische Volk nicht. Mehr als vierzig Jahre später gab sich die neue Befreiungsbewegung den Namen des ermordeten Farabundo Martí.

Und die Kirche?

1932 hatte sich der hohe Klerus als Partner, als Machtstütze der Oligarchie erwiesen. Seit Beginn der siebziger Jahre differenzierte sich das. Der Erzbischof Luis Chávez formulierte in einem Pastoralplan für die Dorf- und Stadtarmen: „Die große Mehrheit der Salvadoreños lebt unter ärmlichen Bedingungen, und zwar in sozialer, wirtschaftlicher, politischer, kultureller und religiöser Hinsicht, die man als dauerhaften Zustand der Sünde bezeichnen kann." Er erkannte auch: „Die nationale Situation schreit nach einer Sozialreform."[5]

Der Erzbischof drückte die Sorgen des Mittelstands, die Be-



Oscar Arnulfo Romero

denken der Intelligenz, ja sogar einiger um die Zukunft besorgter Kreise des Militärs aus. Es schien, als könne man endlich die verkrusteten Gesellschaftsstrukturen ein wenig aufbrechen.

Der damals regierende Oberst Arturo Amando Molina ver-

suchte zaudernd, eine Agrarreform zu beginnen. Aber die Oligarchie verschrie das sofort als „Kommunismus" und unterband jeden Fortschritt. Um sicherzugehen, ließ sie durch Wahlbetrug den Präsidenten auswechseln und im Februar 1977 den General Romero Mena inthronisieren. Als die Gewerkschaften und oppositionelle bürgerliche Parteien zum Generalstreik aufriefen und zweihunderttausend Menschen in der Hauptstadt demonstrierten, schoß die Armee in die Menge, und mehr als zweihundert Salvadorianer verröchelten und verbluteten auf dem Pflaster.

In dieser Zeit wechselt die Kirchenführung. Luis Chávez kränkelt, und der Papst in Rom hat einen neuen Erzbischof ernannt. Die Oligarchie ist froh, den alternden Philanthropen loszuwerden. Am 22. Februar wird Oscar Arnulfo Romero in das höchste Kirchenamt El Salvadors eingeführt. Die Kathedrale prangt im Schmuck von Kirchenfahnen. Auf den Bänken in den ersten Reihen hat sich in schlichter, teurer Eleganz der höchste Land- und Geldadel niedergelassen. Die Gedanken kreisen um den Mann, der da vorn am Altar die Weihe empfängt. Wer ist dieser neue Oberhirte? Wird er die Distanz zu dem kleinen Kirchenvolk auf den Hinterbänken zu wahren wissen? Wird er diesen Leuten wieder Fügsamkeit und gottgewollte Ordnung beibringen?

Der Neunundfünfzigjährige gilt als konservativer Mann. In der Familie eines armen Telegrafenbeamten in dem Städtchen Ciudad Barrios aufgewachsen, hatte er für seinen gesellschaftlichen Aufstieg nur die Wahl zwischen Kaserne und Kirche gehabt. Er entschied sich für den Priesterberuf, erwarb sich mit Fleiß und Begabung ein Stipendium für die Katholische Universität von San Salvador und konnte von 1937 bis 1943 sogar an der Gregoriana, der päpstlichen Universität in Rom, studieren. Sechsundzwanzig Jahre lang predigte er in ländlichen Pfarreien in El Salvador. Dort teilte er das Leben der Armen, doch er teilte nicht ihren Protest. Als man ihn 1970 zum Bischof der Diözese Santiago de Maria ernannt hatte, lehrte er seine Seminarzöglinge mit dem Gotteswort noch immer den Respekt vor der kirchlichen und der weltlichen Hierarchie. Also keine Gefahr?

Kaum trägt Oscar Arnulfo Romero die Mitra des Erzbischofs, da stellt das Leben ihn auf die Probe. 6300 arme Bauernfamilien, die ein erbärmliches Dasein fristen, halten unbebaute Ländereien besetzt und müssen sich mit bewaffneten Banditen der Latifundisten herumschlagen. Die Regierung droht mit dem Einsatz von Militär. Die Campesinos, die Tagelöhner und Kleinstpächter, flehen Monseñor Romero um Vermittlung an. Der Erzbischof bleibt seiner mäßigenden Rolle treu: Er ermahnt die Regierung, daß sie zur Milderung der Ungerechtigkeit verpflichtet sei, aber er kritisiert zugleich jede Gewalt, also auch die Landbesetzung selbst.

Damit hält sich Romero an die Tradition des hohen Klerus. Er zeigt offensichtlich keine Anfälligkeit gegenüber der in vielen Ländern Lateinamerikas aufgekommenen Theologie der Befreiung, deren Fürsprecher das Evangelium mit seiner Forderung nach Gerechtigkeit zum Maßstab für die Beurteilung der gesellschaftlichen Verhältnisse nehmen und in den Überlieferungen des Neuen Testaments sogar Leitbilder für revolutionäres Handeln finden. Romero folgt noch nicht jener ketzerischen Interpretation religiöser Lehren, daß die ausgeplünderten und unterdrückten Volksschichten das Recht hätten, sich gegen die Gewalt der herrschenden Klassen auch mit Gewalt zu verteidigen und für ihre nationale und soziale Befreiung zu kämpfen. Er läßt sich nicht von solchem „marxistischem" und „kommunistischem" Gedankengut vergiften, sondern predigt eine allgemeine christliche Moral, nach der man sich richten kann oder nicht. Der neue Erzbischof macht noch keine ernst zu nehmenden Versuche, den „eisernen Reifen", der um den Hals des Volkes liegt, zu lockern. Der Oligarchie scheint, sie könne beruhigt sein.

Die Bekehrung des Erzbischofs

Drei Wochen nach seiner Amtseinführung wird Oscar Arnulfo Romero in die kleine Landgemeinde Aguilares gerufen. Dort wirkte sein einstiger Seminargefährte, der Priester Rutilio Grande. Er gehörte zu jenen salvadorianischen Jesuiten, die nicht mehr zusehen wollten, wie sich die Kluft zwischen arm und reich weiter vertiefte. Das hatte ihn das Leben gekostet.

Pater Grande war zu den armen Dörflern gegangen, um sie vor der Vertreibung durch die Großgrundbesitzer zu schützen. Er hatte mit ihnen eine christliche Bauernkommune gegründet. Abends las er den Campesinos bei Petroleumlicht aus der Bibel vor, lehrte sie Gerechtigkeitsdenken und Menschenwürde und versuchte, sie aus ihrem dumpfen, analphabetischen Dasein zu heben. Als Jesuit hielt er Rebellionen für unchristlich und wollte sie auf diese Weise verhindern helfen.

Aber die Oligarchie dachte anders als Pater Grande. Sie empfand das Beispiel des Geistlichen, der mit den Begüterten gebrochen und alle Segnungen des Wohllebens hinter sich gelassen hatte, als eine Herausforderung. Und sie ließ zuschlagen. Killer von der rechten Terrororganisation „Orden" (Ordnung) haben den Seelenhirten und zwei Bauern umgebracht – und die Polizei

hat zugesehen. Erzbischof Romero findet, als er in Aguilares eintrifft, eine Trauergemeinde vor.

Der Pater Grande sei ein Kommunist gewesen. Das ist alles, was die Behörden der Diktatur ihm zu sagen haben.

„Wenn Pater Grande ein Kommunist war", erklärt der Oberhirte der salvadorianischen Kirche während der Totenwache für seinen einstigen Seminargefährten, „dann bin ich auch ein Kommunist." In erschütternder Selbsterkenntnis fügt er hinzu: „Und ich war selbst mit diesen Leuten, die Pater Grande ermordet haben."[6]

Ein Zeuge dieser Szene, der Vizerektor der Katholischen Universität, Luis de Sebastian, der sich bald darauf der Befreiungsbewegung „Farabundo Marti" angeschlossen hat, war davon so überwältigt, daß er sie mit den Worten beschrieb: „Es war eine plötzliche Bekehrung, wie damals beim Apostel Paulus vor Damaskus."[7]

Nach diesem Tag stieg der Erzbischof gleichsam von der Kanzel herab, von wo aus er bisher weise, wägende Sprüche formuliert hatte, ohne direkt in die Geschehnisse einzugreifen. Fortan bewegte er sich unerschrocken auf dem Boden der Tatsachen, so furchtbar sie auch waren und so hart ihn das in seiner weiteren Amtsführung ankam.

Mit seiner mächtigen Stimme forderte Romero die Bestrafung der Mörder. Er ließ demonstrativ in ganz El Salvador für drei Tage alle Messen ausfallen und alle kirchlichen Schulen schließen. Und er ermutigte die Kommunebauern von Aguilares, den Kampf um ihre Rechte fortzusetzen.

Natürlich wurden die Mörder nie ergriffen. Dafür verschärften die Todesschwadronen überall ihren Terror. Sie brachten Bauernführer und Gewerkschafter, Intellektuelle und Priester um, die des Widerstands gegen das herrschende System verdächtig erschienen. Polizei- und Armeeoffiziere, nicht wenige in den USA oder von Militärberatern aus den USA ausgebildet, führten diese geheimen faschistischen Mordkommandos der Oligarchie an und machten die Schmutzarbeit statt der Nationalgarde, die sich damals noch zurückhielt.

Der Erzbischof stellte sich unerschrocken dem Diktaturregime entgegen. In seiner Kathedrale traten Priester in den Hungerstreik, fanden Verfolgte Zuflucht. Er kümmerte sich um politische Häftlinge, soweit ihm das möglich war, und in seinen Sonntagspredigten zählte er die Mordtaten und die anderen Verbrechen der Reaktion in der jeweils vergangenen Woche auf. Er scheute sich nicht, die Namen der Schuldigen zu nennen, und war schon damals der Gefahr gewärtig, daß ihn eines Tages eine rächende Kugel aus dem Hinterhalt treffen könnte.

Auf einer Fahrt mit dem Jeep in die Berge am 14. August 1977, einen Tag vor seinem sechzigsten Geburtstag, zeigten ihm



Nationalgardisten in El Salvador bei ihrem blutigen Handwerk

Bauern eine soeben niedergebrannte Hütte. Romero erinnerte sich später: „In der noch warmen Asche lagen die verkohlten Leichen einer siebenköpfigen Familie. Die Mordbrenner hatten die Kinder an ihre Eltern gekettet ... Ich habe mich für sie, die keine Stimme mehr hatten, an Gott gewandt, aber die Wunden der Lebenden lassen sich nicht mit Gebeten heilen. Ich gebe mich mit Leib und Seele meiner apostolischen Tätigkeit hin, aber ich muß immer wieder feststellen, daß Hunger und Durst nicht mit seeli-

schem Trost zu stillen sind. Das ist es, was mich zum Soldaten des Volkes gemacht hat."[8]

Nichts und niemand konnte diesen mutigen Mann einschüchtern. Weder die Spitzel, die ihm auf Schritt und Tritt folgten, noch die Morddrohungen, die ihm ins Haus flatterten, noch die Armeefahrzeuge, die vor der Kathedrale auffuhren. Als eines Tages der Chef der Nationalgarde in der Provinzstadt Chalatenango mit einigen Soldaten während einer Predigt Romeros die Hinterbänke der Kirche besetzte, rief der Erzbischof aus: „Die sind gekommen, um zu hören, ob ich subversiv bin. Doch wenn ich subversiv sein soll, weil ich mich für Euch Arme und Unterdrückte einsetze, dann war schon Jesus subversiv, dann waren auch Lukas, Johannes und Jesaja subversiv."[9]

Der Erzbischof sprach nun in Formulierungen, die ihn als einen leidenschaftlichen Verfechter der Befreiungstheologie auswiesen. Er teilte nicht mehr die in höheren kirchlichen Kreisen traditionelle Abneigung gegen jede revolutionäre Bewegung und sah in der Haltung jener Priester in Nikaragua, welche die Sandinistische Befreiungsfront unterstützten, ein Beispiel für El Salvador. „... wenn eine Diktatur schwer gegen die Menschenrechte verstößt und das Gemeinwesen der Nation unerträglich wird und man die Kanäle des Dialogs, der Einsicht und der Vernunft versperrt, dann geschieht dies, dann spricht die Kirche von dem legitimen Recht auf die Gewalt des Aufstands."[10]

Die Oligarchie begriff: Dieser rigorose Moralist war nun von seinem Weg nicht mehr abzubringen, er würde nie in seinen kirchlichen Elfenbeinturm zurückkehren, wo er der Oberschicht hätte zur Zierde gereichen können. Sein Mut, seine Aufrichtigkeit, seine Beredsamkeit machten ihn über El Salvador hinaus bekannt. Daß die Weltöffentlichkeit soviel über die Verletzung der Menschenrechte in diesem kleinen mittelamerikanischen Land erfuhr, war zu einem Gutteil sein Werk. Schon hatte eine Gruppe von hundertachtzehn britischen Unterhausabgeordneten vorgeschlagen, Oscar Arnulfo Romero als Kandidaten für den Friedensnobelpreis zu benennen.

Da sich der Erzbischof nicht einschüchtern ließ, suchte man ihn zu verunsichern, und zwar an seinem empfindlichsten Punkt: seiner Glaubwürdigkeit innerhalb der Kirche. Seine Feinde denunzierten ihn beim Episkopat als marxistischen Klassenkämpfer und „roten Hund", obwohl sie wußten, daß er zögerte, dem Prinzip der revolutionären Gewalt zuzustimmen. „... die Forderungen der Bevölkerung sind gerecht", sagte er einmal und fügte hinzu: „Auch wenn ihre Reaktionen manchmal zu weit gehen und zu Gewalttaten führen, die ich nicht gutheißen kann."[11]

Als Romero in einem Hirtenbrief im September 1978 alle Christen seines Landes dazu verpflichten wollte, „die Kräfte zur Durchsetzung von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rechten des Volkes"[12] zu unterstützen, unterschrieb von den anderen fünf Bischöfen nur einer: Arturo Rivera. Der Bischof von San Vincente, Pedro Arnaldo Aparicio, warnte vor „kommunistischer Infiltration des Klerus". Nachdem Romero im Mai 1979 den Papst besucht hatte, klagte er über die „große Leere", die er in Rom gespürt habe, und über die „parteiische Information, die der Papst erhält"[13]. Kein Wunder: Die USA-Botschaft in San Salvador nahm jede seiner Sonntagspredigten auf und schickte eine manipulierte Übersetzung auf schnellstem Weg nach Rom.

Im Oktober 1979 sah es in El Salvador für kurze Zeit so aus, als könnten sich die Dinge zum Besseren wenden. Eine Gruppe junger Offiziere stürzte den Diktator Romero Mena und bildete eine Regierungsjunta, an der auch Zivilisten bürgerlich-demokratischer Richtung beteiligt waren. Aber der „eiserne Reifen" der herrschenden Oberschicht gab keinen Zentimeter nach. Die Koalition scheiterte noch im selben Jahr, und die wenigen Kräfte, die es mit Reformen ernst gemeint hätten, wurden systematisch aus ihren Positionen verdrängt.

Unterderhand bereitete die Reaktion mit US-amerikanischer Unterstützung die Armee für eine Offensive gegen die Befreiungsfront vor. Beinahe jeden Tag landeten Großtransporter vom Typ Hercules-130-C auf dem militärischen Teil des Flughafens von San Salvador und luden Waffen, Munition, Nachrichtentechnik, Geländefahrzeuge und Hubschrauber aus. Militärberater aus den USA bezogen Dauerquartiere in salvadorianischen Kasernen, und in Fort Bragg erhielten die Ranger des berüchtigten Atlacatl-Bataillons ihren letzten Schliff.

Für die zu erwartenden neuen Massaker wollte man keinen lästigen Zeugen, unbequemen Mahner und Fürsprecher der Unterdrückten wie den Erzbischof von San Salvador. Es waren schon zu viele Verbrechen geschehen, als daß die Kräfte der äußersten Reaktion nicht auch eine Beseitigung Romeros in ihre Planspiele aufzunehmen wagten. So schlug die Stunde des Geheimdienstmajors d'Aubuisson. Gedeckt von dem damaligen Verteidigungsminister Eugenio Vides Casanova und dem CIA-Verbindungsmann Oberst Nicolas Carranza, gründete d'Aubuisson eine neue Todesschwadron mit der Kurzbezeichnung FAN (Frente Amplio Nacionalista, Breite Nationale Front) und bereitete den Mord an dem Oberhaupt der katholischen Kirche von El Salvador vor.

Der Schuß in der Kapelle

Oscar Arnulfo Romero weiß, daß er umzingelt ist. Immer häufiger muß die von ihm gehütete Kirche Demütigungen hinnehmen, immer öfter steht er persönlich unter Beschuß. In den kleineren Städten und Dörfern brennt die Armee mit den Bauernhütten auch Pfarrhäuser nieder, schänden Nationalgardisten die Altäre, haben Todesschwadronen inzwischen weitere fünf Priester ermordet. An der Nordgrenze vergewaltigen uniformierte Zollwächter (eine Truppe, die ebenfalls dem Major d'Aubuisson untersteht) vier Nonnen, die aus den USA stammen, und bringen sie bestialisch um.

Einmal dringt eine bewaffnete Gruppe junger Patrioten in San Salvador in öffentliche Gebäude ein und nimmt Geiseln. Als sich Romero als Vermittler zur Verfügung stellt, wird er schamlos betrogen. Die Besetzer erhalten über ihn Straffreiheit zugesichert. Kaum haben sie die Geiseln freigelassen und die Waffen niedergelegt, da werden sie allesamt erschossen.

Der Terror macht an den Pforten der Kirchen nicht halt.



Romero weiß wohl auch, daß die eigentliche Gefahr für ihn von den Todesschwadronen droht. Diese aus dem Hinterhalt operierenden Terrororganisationen bestehen aus rechten Fanatikern und bezahlten Kriminellen. Ihre Führer sind Offiziere mit faschistischer Gesinnung. Auch das weiß der Verfolgte, aber er weiß sicher nicht, daß der Major der Nationalgarde und Angehörige des Obersten Heereskommandos d'Aubuisson inzwischen die zentrale Figur geworden ist: Der ehrgeizige Kaufmannssohn schwadroniert in aller Öffentlichkeit: „Ich bin aus vollster Überzeugung Antikommunist, seit mir mein Großvater von der Bauernrevolte von 1932 erzählt hat."[14] Der „Überzeugungstäter" hat in Kursen in den USA, in Taiwan und in Panama von CIA-Leuten das Geheimdiensthandwerk und bei dem berüchtigten uruguayischen General Daniel Mitrione die Folterpraxis erlernt. In der salvadorianischen Nationalgarde führt er die Nachrichtenabteilung, in der alle Informationen ausgewertet werden, die man bei Torturen von Gefangenen gewinnt.

Der Erzbischof trifft keine Vorsichtsmaßnahmen. Wie denn auch? Ohne ein Leben in der Öffentlichkeit, ohne sich in Stadt und Land zu bewegen, könnte er seine humanistische Mission nicht erfüllen. Jeden Sonntag hören ihm 2 Millionen Menschen zu, wenn er die Verbrechen der Reaktion anprangert, denn er läßt seine Predigten über den katholischen Sender Ysax ausstrahlen. „... die Hingabe an die Aufgabe ist ein Imperativ, den die Geschichte fordert"[15], sagt er über sich selbst, und er kommt zu der Erkenntnis: „Wir leben in einer Periode der Volkserhebung, und die Morallehre der Kirche rechtfertigt die Volkserhebung, wenn alle friedlichen Mittel ausgeschöpft sind."[16]

Die Gegner führen Schlag auf Schlag. Am 21. Februar 1980 fliegt der katholische Rundfunksender in die Luft, der Romeros Andachten verbreitet hat. Am 16. März liegen Sprengstoffpakete in der Kathedrale, nicht versteckt, sondern so offen plaziert, daß sie nur als letzte Warnung verstanden werden können.

Romero spürt die drohende reaktionäre Offensive. Am 23. März 1980 hält er eine neue beschwörende Predigt in der Kathedrale. Es wird seine letzte sein. Er appelliert an die Soldaten, nicht mehr auf Bauern, Arbeiter und Studenten zu schießen, die ihre Brüder sein könnten: „Im Namen Gottes fordere ich euch auf, bitte ich euch, befehle ich euch: Macht dieser Unterdrückung ein Ende!"[17]

Damit ist der Fehdehandschuh geworfen. Ein priesterlicher Befehl an die katholisch erzogenen Soldaten, die Waffen zu strekken! Das kann die um ihren Besitz und ihre Macht fürchtende

Oligarchie dem eigensinnigen Oberhirten der katholischen Kirche nicht mehr durchgehen lassen. Der Armeesprecher Marco Aurelio Gonzales tritt vor die Fernsehkamera und erklärt: „Monseñor Romero begeht ein Verbrechen, wenn er die Soldaten zur Rebellion aufhetzt."[18]

Der Betroffene nimmt die Beschuldigung gelassen zur Kenntnis. Er begibt sich am nächsten Abend zu einer Totenmesse in die Kapelle des Hospitals „Zur Göttlichen Vorsehung" am Stadtrand von San Salvador. Dort, in einem kleinen Krankenhaus, das auf Romeros Initiative eingerichtet wurde und jedem Armen offensteht, werden vor allem Opfer des Terrors behandelt. Manche sind nicht zu retten, und es bleibt dem Priester nur, für sie zu beten.

Zwanzig Nonnen haben sich an diesem 24. März 1980 in der Abenddämmerung zum Gebet für einen Toten versammelt. Der Erzbischof beginnt mit dem Requiem. „In diesem Kelch wird der Wein zu Blut, das der Preis war für die Rettung der Menschen", tönt seine Stimme durch die Kapelle. „Möge jenes Opfer uns Mut geben, unseren Körper dem Leiden und Schmerz hinzugeben, wie Christus es tat."[19]

Niemand achtet auf die Tür im Hintergrund, die zum Krankenhaus führt und die sich langsam spaltbreit öffnet. Während der Erzbischof den Abendmahlskelch über den Kopf hebt, wird von dort eine langläufige Waffe auf seinen Körper gerichtet.

Nur ein einziger Schuß fällt.

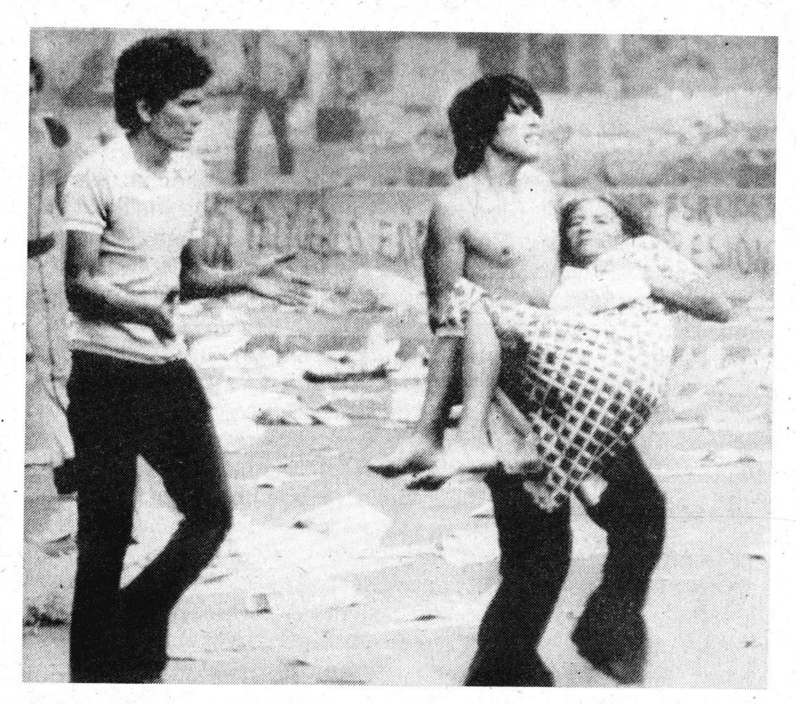
Romero läßt den Meßkelch los, stürzt ohne einen Schrei zu Boden, und sein Gewand färbt sich rot von Wein und Blut.

Die Nonnen bemühen sich verzweifelt um ihn, aber es ist vergebens. Die Kugel des Attentäters hat ihn mitten ins Herz getroffen.

Eine Woche später, am 30. März, wird der „Bischof der Armen" zu Grabe getragen. Eine unübersehbare trauernde Menschenmenge hat sich auf dem Platz vor der Kathedrale zusammengefunden und drängt gegen die von Gittern begrenzte Freitreppe. Sie gedenkt eines großen Toten und läßt sich nicht provozieren. Polizei und Armee haben wichtige Punkte der Hauptstadt besetzt und zeigen sich demonstrativ, um die Anhänger des Bischofs einzuschüchtern.

Dabei übersehen die Offiziere – oder wollen übersehen –, daß die Todesschwadronen schon wieder unterwegs sind. Plötzlich hört man auf dem weiten Platz Explosionen, Rauchsäulen steigen auf. Wer kann, sucht Schutz in der Kathedrale, viele laufen in Panik davon, aber mehr als vierzig Tote bleiben auf dem Pflaster, und einige hundert Verletzte wälzen sich in Staub und Blut.

Das geschieht am Palmsonntag, eine Woche vor Ostern, an jenem Tag, an dem die katholische Kirche den Einzug von Jesus Christus in Jerusalem zu feiern pflegt. An diesem Palmsonntag



Auf der Trauerfeier für Oscar Arnulfo Romero richteten die Todesschwadronen ein neues Blutbad an.

habe der Erlöser El Salvador verlassen, sagen verzweifelte Gläubige. Denn das Volk bekomme nicht einmal mehr Zeit, seine Toten zu betrauern.

Vier Jahre später errechnet eine von den Jesuiten gegründete Menschenrechtskommission (Socorro Juridico Cristiano), daß bis zum 30. Juni 1984 in El Salvador 47 853 Zivilpersonen umgebracht worden sind. Die meisten starben bei Massenmorden durch die Todesschwadronen oder durch die Armee. In vielen Fällen kann eine direkte oder indirekte Beteiligung von Beratern aus den USA nachgewiesen werden.

Alle Versuche, die Situation in El Salvador zu entschärfen und die Flammen des Bürgerkriegs zu löschen, scheitern. In der folgenden Zeit erneuert die Befreiungsbewegung mehrmals ihre Verhandlungsangebote, obwohl sie schon beim ersten Verständigungsversuch eine schreckliche Erfahrung machen mußte: Sechs ihrer Unterhändler wurden in San Salvador auf offener Straße erdrosselt.

Immer wieder mißbrauchen die herrschenden Kreise Gelegenheiten, die zu einer Beruhigung beitragen könnten, um militäri-

sche Vorteile daraus zu ziehen. Selbst der Papst mußte das erfahren, als er im Jahr 1983 Mittelamerika bereiste und in der Kathedrale von San Salvador in aller Stille am Grab des Märtyrerbischofs einen Kniefall tat. Die Befreiungsfront hatte für die Zeit dieses Besuchs einseitig einen dreitägigen Waffenstillstand angekündigt, die Regierungstruppen beantworteten das mit der Eroberung dreier Städte in den befreiten Gebieten.

Romeros mutmaßlicher Mörder, der Nationalgardist Walter Antonio Álvarez, wurde von seinen Komplizen beseitigt. Tote reden nicht. Der Anstifter Roberto d'Aubuisson aber läuft frei herum und macht nach der militärischen auch eine politische Karriere. Auf geschickte Weise profitierte er von der Scheindemokratisierung nach dem Sturz des Generals Romero Mena. Zunächst, im Hochgefühl der Anerkennung, die ihm die Oligarchie, die rechten Kräfte in der Armee und die Todesschwadronen nach dem Attentat gegen den Erzbischof zollten, versuchte er sogar selbst einen Putsch. Doch die Oligarchie unterstützte ihn nicht, d'Aubuisson mußte im August 1980 für ein paar Monate ins Gefängnis, und in dieser Zeit wurde das zivile Juntamitglied Napoleon Duarte zum Präsidenten El Salvadors aufgebaut. Dieser ist dem Parteibuch nach ein Christdemokrat, von Ideen, die einen Oscar Arnulfo Romero bewegten, ist er jedoch weit entfernt. Lediglich ein paar Reformen zur Modernisierung des Landes, die nicht die Machtverhältnisse antasten, strebt er an. Mehr läßt das politische Denken der Oligarchie nicht zu.

D'Aubuisson, den selbst der ehemalige USA-Botschafter in San Salvador, Robert White, einen „psychopathischen Killer" nennt, sammelt seine politischen Gefolgsleute in der rechtsradikalen Partei ARENA. Zweimal, 1982 und 1984, tritt er bei Präsidentenwahlen mit dem Ruf nach „Ordnung" und mit allerlei Versprechungen für den Mittelstand gegen Duarte an. Er verliert nur knapp. Dank einer gutfinanzierten und mit faschistischer Verlogenheit geführten Wahlkampagne sichert er sich immerhin das Amt des Parlamentspräsidenten.

Dort sitzt der Bischofsmörder und entgegnet höhnisch auf die Frage, ob er bei dem Komplott die Fäden gezogen habe: „Wenn man es so genau weiß, warum stellt man mich dann nicht vor Gericht?"[20]

D'Aubuisson braucht keinen Kläger und keinen Richter zu fürchten, solange sich in El Salvador die Verhältnisse nicht ändern.

Der Anwalt Atilio Ramirez, dem 1980 die Aufklärung des Mordes an Erzbischof Romero übertragen worden war, suchte sofort, nachdem er das Resultat seiner Ermittlungen vorgelegt hatte, sein Heil im Exil. Denn er will keine Zielscheibe für einen bezahlten oder ausgewürfelten Killer abgeben.

In den folgenden Jahren tauchen immer neue Indizien auf. Präsident Duarte selbst gelobt, die Hand auf der Heldenbrust, im Juni 1984 am Grab des Ermordeten in der Kathedrale von San Salvador, er werde das gemeine Verbrechen aufklären.

Zunächst nimmt das keiner ernst. Doch im November 1987 weist der Präsident zur allgemeinen Überraschung auf eine Spur, die ebenfalls zu d'Aubuisson führt. Er nennt den Namen des Chauffeurs, der den Attentäter zum Tatort und dann in eine Kaserne der Nationalgarde beförderte. Der Mann heißt Antonio Garay, er hielt sich jahrelang im Ausland auf und sei nun, geplagt vom Gewissen, gegenüber salvadorianischen Behörden aussagebereit.

Der Chauffeur beruft sich auf Befehle des Geheimdienstmajors Alvaro Saravia, eines Intimfreunds von d'Aubuisson. Saravia soll im Auto gewartet haben, als in der Kapelle „Zur Göttlichen Vorsehung" der tödliche Schuß fiel. 3 Tage später habe man sich bei dem ARENA-Chef zum Rapport eingefunden. Diesem sei der für den Mord gewählte Zeitpunkt unwillkommen gewesen. Der Aufpasser Saravia habe es schließlich vorgezogen, nach Miami zu emigrieren. Dort wird er nun festgenommen. Aber nicht des Verdachts einer Beteiligung an dem Attentat wegen, sondern mit der Begründung, sein Touristenvisum sei abgelaufen. Von Auslieferung keine Rede.

In El Salvador hat inzwischen d'Aubuisson zur Gegenattacke mobilgemacht. Vermittels einer doppelseitigen Anzeige in der Zeitung „Diário de Hoy" beschuldigt er den Präsidenten falscher Angaben. Bei der Suche nach den Tätern solle sich Duarte lieber in seinem eigenen Freundeskreis umtun, zum Beispiel bei dem früheren Polizeichef und nunmehrigen Innenminister Reynaldo López und dessen exilnikaraguanischen Klientel. In eingeweihten Kreisen versteht man die Anspielung sofort. 2 Jahre zuvor ist der ehemalige Oberst der Nationalgarde des Diktators Somoza, Ricardo Lau, als Täter oder Mittäter ins Gerede gekommen. Lau, genannt „El Chino", galt als Saufkumpan des Polizeichefs und wurde seither nicht mehr im Lande gesehen.

Das plötzliche Bemühen des Duarteregimes um Aufhellung hat einen politischen Hintergrund. Im August 1987 schlossen mehrere Staaten der Region in der Hauptstadt Guatemalas ein Abkommen zur Herstellung des Friedens in Mittelamerika, darunter El Salvador. Präsident Duarte traf sich inzwischen mit führenden Vertretern der Revolutionären Demokratischen Front (Frente Democrático Revolucionário, FDR), und auch mit der Befreiungsfront Farabundo Marti sind Gespräche in Gang gekommen. Durch die Nachforschungen über das Attentat auf Romero will das Regime guten Willen im internationalen und im nationalen Dialog bekunden.

Und ebendeshalb schlägt d'Aubuisson zurück. Nicht, daß er um sein persönliches Wohlergehen besorgt wäre. Er will überhaupt keinen Ausgleich und keine Versöhnung. Denn er betreibt das politische Geschäft jener Fraktion der salvadorianischen Oligarchie, welche den würgenden „eisernen Reifen" keinen Fingerbreit zu lockern bereit ist.

Irgendwann aber, so hoffen katholische Salvadorianer, wird das Jüngste Gericht über d'Aubuisson hereinbrechen. Und bei diesem Stoßseufzer blicken sie nicht zum Himmel, sondern zum Horizont, zu den Bergen. Dorthin, wo die Befreiungsfront solchen Kreaturen der Oligarchie schon keinen Zutritt mehr erlaubt.

Quellen der Zitate

1 zit. nach: Horst Gust, Oscar Arnulfo Romero, Union Verlag, Berlin 1980, S. 15
2 zit. nach: „Volksstimme", 22. Juni 1983
3 zit. nach: Horst Gust, a. a. O., S. 14
4 ebenda, S. 40
5 ebenda, S. 7
6 zit. nach: „Volksstimme", a. a. O.
7 ebenda
8 zit. nach: Horst Gust, a. a. O., S. 14
9 ebenda, S. 16
10 ebenda, S. 38
11 zit. nach: „stern", 15/1980
12 zit. nach: Horst Gust, a. a. O., S. 31
13 zit. nach: „stern", a. a. O.
14 zit. nach: „horizont", 21/1982
15 zit. nach: Horst Gust, a. a. O., S. 41
16 zit. nach: Hannes Bahrmann/Christoph Links, Sechsmal Mittelamerika – Konflikte einer Region, Dietz Verlag, Berlin 1985, S. 121
17 zit. nach: „stern", a. a. O.
18 zit. nach: Horst Gust, a. a. O., S. 41
19 zit. nach: „Der Spiegel", 14/1980
20 zit. nach: „Wochenpost", 23. April 1985

Zuletzt erschienen:

nl·konkret 87

Harry Nick

Prometheus oder Pandora?

Herausforderung wissenschaftlich-technische Revolution

nl·konkret 88

Günter Schenke

Manipuliertes Leben

Biologische Techniken – zwischen Angst und Faszination

nl·konkret 89

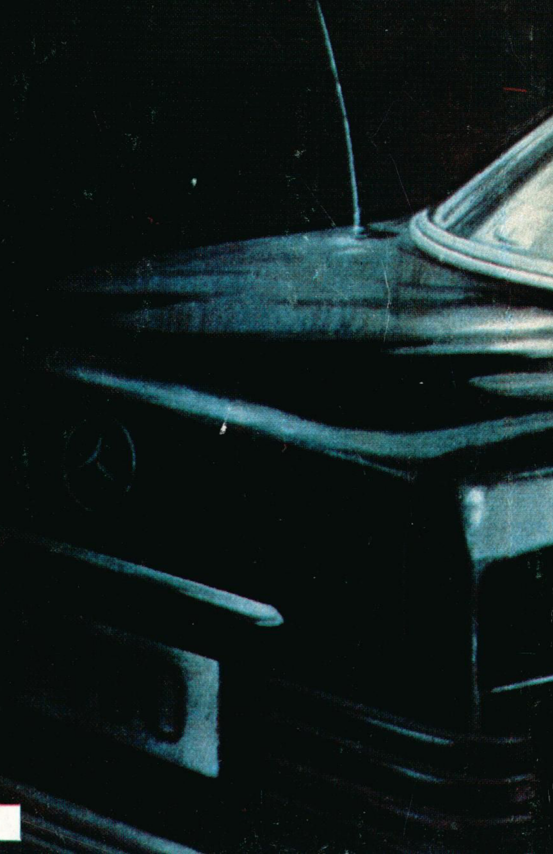
Jochen Weichold

Zwischen Götterdämmerung und Wiederauferstehung

Linksradikalismus im Wandel

Die Mörder und die Macht
„Warum ich, warum gerade der Papst?“
High noon in Dallas
Die Jagd auf den General
Ein Toter wird der CIA sympathisch
Verrat in der Leibgarde
Der Mörder kam zur Totenmesse

Verlag Neues Leben Berlin



ISBN 3-355-00009-4